



3. Sitzung

Mittwoch, 22. April 2020

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsident André Trepoll und Vizepräsident Deniz Celik

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Änderung der Tagesordnung

87

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes

– Drs 22/30 –

106

und

Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gemäß § 12 Absatz 1 GO

mit

Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO

87

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von fünf ordentlichen Mitgliedern und zehn stellvertretenden Mitgliedern für die Härtefallkommission

– Drs 22/31 –

106

Erster Bürgermeister Dr. Peter

Tschentscher

87

Dennis Thering CDU

89

Dirk Kienscherf SPD

92

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE

95

Deniz Celik DIE LINKE

98

Dirk Nockemann AfD

100

Anna-Elisabeth von Treuenfels-

Frowein FDP fraktionslos

103

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE

104

Ergebnis

106

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts

– Drs 22/85 –

105

Krzysztof Walczak AfD

105

Dringlicher Senatsantrag:

Dringlicher Antrag – Haushaltsplan 2019/2020: Nachbewilligung nach § 35 der Landeshaushaltsordnung im Einzelplan 9.2 sowie Änderung des Haushaltsbeschlusses für das Haushaltsjahr 2020 zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie

– Drs 22/88 –

106

Ergebnis

106

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Parlamentarische Haushaltshoheit erhalten, keine Blankovollmacht für den Senat		Beschlüsse	114
– Drs 22/102 –	106	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
und		Beschäftigung und Lebensstandard sichern, sozialen Abstieg verhindern!	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		– Drs 22/80 –	114
Corona-Hilfen müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Gewerbsmäßigen Betrug und Wirtschaftskriminalität auch langfristig wirksam bekämpfen.		mit	
– Drs 22/103 –	106	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
sowie		Existenzsichernde Soforthilfe für alle sicherstellen – auch für Menschen in Grundsicherung	
Antrag der Fraktionen der SPD, GRÜNEN, CDU und der LINKEN:		– Drs 22/78 –	114
Einsetzung eines Sonderausschusses "Bewältigung der Corona-Krise"		Olga Fritzsche DIE LINKE	114
– Drs 22/107 –	106	Ksenija Bekeris SPD	116
mit		Mareike Engels GRÜNE	116
Antrag der CDU-Fraktion:		Andreas Grutzeck CDU	118
Angemessene Beteiligung und transparente Information der Bürgerschaft an Milliarden-Nachbewilligung zur Bewältigung der Corona-Krise sicherstellen		Marco Schulz AfD	118
– Drs 22/110 –	106	David Stoop DIE LINKE	119
und		Jan Koltze SPD	120
Antrag der SPD- und GRÜNEN Fraktion:		Beschlüsse	120
Mehrbedarfe zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie – Parlamentarische Kontrolle sicherstellen		Antrag der AfD-Fraktion:	
– Drs 22/111 –	106	Gesetz zur Beschränkung der Größe des Senats sowie der Zahl der Senatssyndici (Staatsräte)	
Dr. Mathias Petersen SPD	107	– Drs 22/66 Neufassung –	120
Farid Müller GRÜNE	108	Dirk Nockemann AfD	120, 124
Thilo Kleibauer CDU	109	Ole Thorben Buschhüter SPD	121
David Stoop DIE LINKE	110	Lena Zagst GRÜNE	121
Thomas Reich AfD	110	André Trepoll CDU	122
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP fraktionslos	111	Krzysztof Walczak AfD	123
Senator Dr. Andreas Dressel	112	Beschlüsse	124
Marco Schulz AfD	113	Bericht des Eingabenausschusses:	
		Eingaben	
		– Drs 22/45 –	125
		Bericht des Eingabenausschusses:	
		Eingaben	
		– Drs 22/46 –	125
		Bericht des Eingabenausschusses:	

Eingaben		In Zeiten von Corona auf Knöllchen verzichten	
– Drs 22/47 –	125	– Drs 22/65 –	128
Beschlüsse	125	Dirk Nockemann AfD	128
Sammelübersicht	125	Beschluss	128
Beschlüsse	125	Antrag der AfD-Fraktion:	
Senatsantrag:		Entschlossen, schnell und solidarisch – 37-Punkte-Plan der AfD-Bürgerschaftsfraktion zur Bewältigung der Corona-Krise in Hamburg!	
Gesetz über den Beitritt der Freien und Hansestadt Hamburg zum Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern		– Drs 22/75 (Neufassung) –	129
– Drs 22/9 –	125	Beschlüsse	129
Beschlüsse	125	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Antrag der AfD-Fraktion:		Online-Anträge auf Corona-Soforthilfen müssen für alle verständlich sein	
Änderungsantrag zur Geschäftsordnung: Gleichheit aller Fraktionen bei der Aktuellen Stunde sicherstellen		– Drs 22/76 –	129
– Drs 22/15 –	126	Beschluss	129
Detlef Ehlebracht AfD	126	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Beschluss	126	Corona schnell Einhalt gebieten – sofortige Maßnahmen umsetzen	
		– Drs 22/77 –	129
Antrag der AfD-Fraktion:		Beschluss	129
Änderung der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft – Behandlung von Oppositionsvorlagen in den bürgerschaftlichen Ausschüssen		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
– Drs 22/18 –	126	Versammlungen und Infektionsschutz sind vereinbar – Versammlungsfreiheit muss auch in Krisen gewährleistet werden!	
Krzysztof Walczak AfD	127	– Drs 22/79 –	129
Dr. Alexander Wolf AfD	127	Beschluss	129
Beschlüsse	128	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Antrag der AfD-Fraktion:			

**Obdachlose Menschen schützen:
Unterbringung in Hotels
sicherstellen**

– Drs 22/81 – 129

Beschluss 129

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Schüler/-innen ernst nehmen:
Prüfungen aussetzen – Wahl-
freiheit einführen!**

– Drs 22/82 – 129

Beschluss 129

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Geflüchtete in der Corona-Kri-
se besser schützen!**

– Drs 22/83 – 129

Beschluss 130

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Folgen der Corona-Pandemie
für Studierende und Beschäf-
tigte an den Hochschulen soli-
darisch bewältigen**

– Drs 22/84 – 130

dazu

Antrag der Fraktionen der SPD und
der GRÜNEN:

**Wissenschaftsstandort Ham-
burg: In der COVID-19-Krise
solidarisch und innovativ**

– Drs 22/112 – 130

Beschlüsse 130

Beginn: 13.37 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie jetzt Ihre Plätze ein, dann können wir beginnen. – Unsere heutige Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich Ihnen gern noch eine freudige Mitteilung machen, und zwar ist inzwischen unser Kollege Nils Springborn Vater einer Tochter geworden. Im Namen des ganzen Hauses herzliche Glückwünsche und alles Gute.

(Beifall)

Bevor wir gleich mit der Regierungserklärung beginnen, teile ich Ihnen gern noch mit, dass sich die Fraktionen auf eine von der Empfehlung des Ältestenrats abweichende Reihenfolge der Tagesordnungspunkte verständigt haben. TOP 6, die Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts, wird direkt im Anschluss an die **Regierungserklärung** des Ersten Bürgermeisters stattfinden, und zu dieser kommen wir jetzt.

Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraf 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zur Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema "Aktuelle Corona-Lage – erste Schritte in ein normales Leben" zu geben. Die Fraktionen haben einvernehmlich vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei wird jeder Fraktion und dem Senat eine Redezeit von 20 Minuten, fraktionslosen Abgeordneten eine Redezeit von 5 Minuten zur Verfügung zu stehen.

Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Hamburg hält der Corona-Pandemie stand. Die globale Ausbreitung des Coronavirus schreitet voran. Seit der letzten Sitzung der Bürgerschaft vor drei Wochen hat sich die Zahl der Menschen, bei denen eine Infektion mit diesem neuartigen Virus nachgewiesen wurde, weltweit mehr als verdreifacht. Laut Weltgesundheitsorganisation wurden in 213 Ländern über 2 Millionen Fälle registriert, mehr als 160 000 Menschen sind an COVID-19 gestorben.

In Deutschland ist es mit den von uns beschlossenen Beschränkungen des öffentlichen Lebens gelungen, Infektionsketten zu durchbrechen, unser Land vor einer Überlastung des Gesundheitswesens zu schützen und sicherzustellen, dass alle eine gute medizinische Behandlung bekommen können, wenn es darauf ankommt. Obwohl die Einschränkungen für das Leben und die persönliche Freiheit weitreichend sind, bleiben die Bürgerinnen und Bürger verantwortungsvoll und halten die Auflagen sehr gut ein.

Wie im März vereinbart, haben die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder in der Woche nach Ostern über das weitere Vorgehen in der Corona-Krise beraten. Die gute Nachricht des Robert Koch-Instituts und der Gesundheitsexperten lautete: Die Maßnahmen wirken. Es ist uns gelungen, die sehr schnelle Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland zu stoppen. Wer mit SARS-CoV-2 infiziert ist, überträgt den Erreger nicht mehr auf drei, sondern im Durchschnitt nur noch auf rund eine weitere Person. In Hamburg geht die Zahl der Erkrankten seit dem 6. April zurück. Es erholen sich mehr Menschen von dem Virus, als neue Infektionen hinzukommen. Die Zahl der Intensivpatienten ist stabil. Wir haben ausreichend Behandlungskapazitäten, und alle, die an COVID-19 oder aus anderen Gründen schwer erkranken, können in unseren Kliniken gut behandelt werden. Das ist ein großer Erfolg, den wir gemeinsam erreicht haben.

(Beifall)

Allen Hamburgerinnen und Hamburgern, die sich an die Auflagen halten und damit ihren Beitrag leisten, um Infektionen zu vermeiden, allen, die im Gesundheitswesen arbeiten und sich um diejenigen kümmern, die eine medizinische Behandlung oder Pflege benötigen, allen, die dafür sorgen, dass unsere Stadt funktioniert und wir alles haben, was wir zum täglichen Leben brauchen, allen, die sich für andere engagieren, im Alltag Unterstützung geben und zeigen, dass Hamburg zusammensteht, sage ich im Namen des Senats herzlichen Dank.

(Beifall)

Aufgrund der verlangsamten Virusausbreitung und der Besonnenheit unserer Bürgerinnen und Bürger trauen wir uns jetzt zu, einzelne Kontaktbeschränkungen zu lockern und erste Schritte in ein wieder normaleres öffentliches Leben zu gehen. Diese Schritte sind nicht nur möglich, sie sind auch nötig, um den psychologischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise zu begegnen. Gerade weil es darauf ankommt, unsere Maßnahmen in der Pandemie für eine längere Zeit bis zur Entwicklung eines Impfstoffes durchzuhalten, gerade deshalb müssen diese Maßnahmen auch durchhaltbar sein. Der Spielraum für eine Lockerung der Kontaktbeschränkungen ist derzeit aber noch gering. Das Robert Koch-Institut schätzt die Gefährdung der Bevölkerung nach wie vor als hoch, für Risikogruppen sogar als sehr hoch ein. Wir bewegen uns also auf dünnem Eis und müssen vorsichtig sein, um den Erfolg unserer Strategie nicht zu gefährden.

(Beifall)

In diesem Bewusstsein haben die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder einen einheitlichen Rahmen beschlossen, um die Kontakt-

(Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher)

beschränkungen in Deutschland schrittweise zu lockern. Die ersten Schritte in diese Richtung beziehen sich auf drei Bereiche: den Einzelhandel, das Bildungswesen und die Kindertagesbetreuung.

Für Hamburg bedeutet das erstens: Neben dem Auto, dem Fahrrad und dem Buchhandel können seit Beginn dieser Woche alle Einzelhandelsgeschäfte bis zu einer Verkaufsfläche von 800 Quadratmetern wieder öffnen. Die Unternehmen sind verpflichtet, den Verkauf so zu organisieren, dass die gebotenen Mindestabstände eingehalten werden.

Zweitens: Die Notbetreuung in den Kitas wird auf zusätzliche Bedarfsgruppen ausgeweitet. Das Angebot kann in Hamburg schon bisher von Eltern in Anspruch genommen werden, die in systemrelevanten Berufen arbeiten oder deren Kinder aus pädagogischen oder sozialen Gründen einen dringlichen Bedarf haben. Darüber hinaus können nun auch alle Alleinerziehenden die Kinderbetreuung in Anspruch nehmen.

Drittens: An den Hamburger Schulen beginnt der Unterricht in einzelnen Jahrgängen ab Montag kommender Woche. Zuerst werden die Abschlussklassen wieder aufgenommen, damit sich die Schülerinnen und Schüler auf ihre Prüfungen vorbereiten können. Ab dem 4. Mai folgen die vierten Klassen der Grundschulen sowie weitere Übergangsklassenstufen. Schulbehörde und Schulen legen hierfür neue Abläufe und Hygienemaßnahmen fest. Es werden kleinere Lerngruppen mit höchstens 15 Schülerinnen und Schülern gebildet, und der Unterricht findet jeweils etwa zur Hälfte in der Schule oder als Fernunterricht zu Hause statt. Die Kultusminister der Länder sollen bis Ende April ein einheitliches Konzept vorlegen, wie der Schulbetrieb in Deutschland insgesamt wieder aufgenommen werden kann. An den staatlichen Hamburger Hochschulen beginnt das Sommersemester zunächst mit digitalen Vorlesungen und Seminaren. Mit persönlicher Anwesenheit finden nur Prüfungen und Praxisveranstaltungen statt, die spezielle Labor- oder Arbeitsräume erfordern. Bibliotheken und Archive können geöffnet werden, wenn der Mindestabstand von 1,5 Metern eingehalten wird.

Ich weiß, dass es neben diesen ersten Maßnahmen in vielen weiteren Bereichen dringende Bedarfe und Erwartungen gibt, die Kontaktbeschränkungen wenigstens teilweise wieder aufzuheben. Das bezieht sich auf den Sport, den Zugang zu den Kultureinrichtungen und die Nutzung von Freiräumen für Kinder und Familien. Die Bundesregierung und die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hamburg sind im Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz mit den Religionsgemeinschaften im Gespräch darüber, wie wir die Ausübung des Glaubens in den Kirchen, Synagogen und Moscheen wieder erleichtern können. In

Hamburg haben wir die Religionsgemeinschaften hierzu bereits informiert und einbezogen.

Voraussichtlich am 30. April 2020 werden wir in der Ministerpräsidentenkonferenz erneut mit der Bundeskanzlerin über die weiteren Schritte in der Corona-Krise beraten. Wichtig für alle Entscheidungen zu den Kontaktbeschränkungen ist der Blick auf das Infektionsgeschehen und die möglichen Auswirkungen auf die Dynamik der Pandemie in Deutschland. Der Schutz von Leben und Gesundheit muss weiterhin an erster Stelle stehen.

(Beifall)

Deshalb gelten die Beschränkungen für direkte persönliche Kontakte sowie Ansammlungen fort. Öffentliche und nicht öffentliche Veranstaltungen bleiben bis auf Weiteres nicht gestattet. Die Elbphilharmonie, die Staatsoper, Theater und Musikclubs bleiben zunächst bis Ende Juni geschlossen, Großveranstaltungen sind mindestens bis Ende August 2020 untersagt. Diese Festlegungen haben wir getroffen, um den Einrichtungen und Veranstaltern ein Mindestmaß an Planungssicherheit zu geben. Wie es nach den genannten Terminen weitergeht und ab wann kleinere Veranstaltungen wieder möglich sind, lässt sich derzeit leider noch nicht sagen. Klar ist aber eins: Je besser es uns gelingt, die Lockerungen der Kontaktbeschränkungen mit einem wirksamen Infektionsschutz zu verbinden, desto schneller ist die Rückkehr in ein wieder normales öffentliches Leben möglich. Deshalb haben wir beschlossen, das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, sogenannter Community- oder Alltagsmasken, insbesondere im Einzelhandel und im öffentlichen Nahverkehr dringend zu empfehlen. Dies ist umso wichtiger, je schwieriger es wird, einen ausreichenden Abstand zueinander einzuhalten. Das wird in den kommenden Tagen und Wochen noch deutlicher werden, wenn wir den Einzelhandel und die Kindertagesbetreuung weiter öffnen und wenn am 27. April auch der Schulunterricht teilweise wieder beginnt. Deshalb soll ab diesem Zeitpunkt das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes im öffentlichen Nahverkehr und beim Einkaufen verbindlich vorgeschrieben sein. Hierzu eignen sich selbstgenähte Stoffmasken und die bereits im Verkauf befindlichen Angebote kleinerer Läden und Apotheken. Auch große Lebensmittel- und Drogerieketten haben zugesagt, entsprechende Masken kurzfristig in das Verkaufssortiment ihrer Filialen aufzunehmen.

Ich bitte alle Bürgerinnen und Bürger, sich auf das Tragen solcher Gesichtsmasken vorzubereiten und diese sinnvolle Vorkehrung zum Schutz vor Infektionen ab kommenden Montag einzuhalten.

(Beifall)

Wie Sie wissen, haben die Bundesregierung und der Hamburger Senat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um Bürgerinnen und Bürger vor den

(Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher)

schlimmsten Folgen der Corona-Krise zu schützen, um Arbeitsplätze zu erhalten und Insolvenzen zu verhindern. Diese Hilfen werden dringend benötigt und gut in Anspruch genommen. Die Beschäftigten von etwa einem Drittel der Hamburger Unternehmen erhalten Kurzarbeitergeld. Unsere Finanzämter haben bisher mehr als 35 000 Steuervorauszahlungen in einem Gesamtumfang von über 1 Milliarde Euro herabgesetzt. Bei der Hamburger Corona Soforthilfe sind bisher rund 50 000 Anträge eingegangen. Die Investitions- und Förderbank hat fast 80 Prozent der Anträge in kurzer Zeit bearbeitet und mehr als 300 Millionen Euro ausgezahlt. Auch gemeinnützige Vereine und Organisationen sowie Künstlerinnen und Künstler nutzen diese Soforthilfe. 25 Millionen Euro stehen für Kulturbetriebe zur Verfügung, und 1,5 Millionen Euro fließen in die Quartiere, um die Angebote der Stadtteilkultur und das Engagement vor Ort zu unterstützen. Kurzfristig haben wir entschieden, dass Start-ups eine zusätzliche Förderung von bis zu 100 000 Euro erhalten können.

Auch den sozialen Bereich haben wir im Blick. Es gibt Hilfen, zum Teil auch mehrsprachig, über Telefon-Hotlines, zum Beispiel für Senioren, Eltern und Schüler. Der Notruf "Gewalt gegen Frauen" ist Tag und Nacht erreichbar, berät und vermittelt Kontakte zu Hilfseinrichtungen. Gemeinsam mit Initiativen wollen wir sicherstellen, dass auch während des Ausfalls von Kitas und Schulen alle Kinder in allen Stadtteilen ein warmes Mittagessen bekommen.

In dieser schwierigen Zeit machen wir alles möglich, was nötig ist, wir helfen, wo es geht. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen.

(Beifall)

Zugleich stärken wir unser Gesundheitswesen und treffen neben dem Aufbau der Intensivkapazitäten weitere Vorkehrungen, um das Ansteckungsrisiko in der Bevölkerung zu verringern. Auch das haben die Länder mit der Bundesregierung vereinbart. Der Bund hat angekündigt, die Ermittlung von Kontaktpersonen durch eine neue digitale Anwendung zu verbessern: eine Smartphone-App, deren Einsatz auf Freiwilligkeit beruht und strenge Datenschutzanforderungen einhält. Mit rund 3 500 Coronatests pro Tag wird in Hamburg pro Einwohner bereits mehr getestet als im Bundesdurchschnitt. Die Kassenärztliche Vereinigung beziehungsweise zunächst die Hamburger Labore haben ihre Testkapazität deutlich erhöht. Es sind jetzt bis zu 7 000 Tests pro Tag möglich. Die Kassenärztliche Vereinigung hat Infektpraxen für Patienten mit COVID-19-Symptomen eingerichtet, die keinen Hausarzt haben oder deren Hausärzte die Behandlung infektiöser Patienten ablehnen. Das Deutsche Rote Kreuz hat mobile Teams eingerichtet, die pro Tag etwa 600 Bewohnerinnen und Bewohner und Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen testen können.

Und auch das Personal in den Gesundheitsämtern wird weiter verstärkt. Bereits 300 Personen sind im Einsatz, die sich ausschließlich um die Betreuung von Corona-Infizierten und deren Kontaktverfolgung kümmern. Diese Zahl wird schrittweise auf insgesamt 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen, dass die Beschäftigten im Gesundheitswesen und in der Pflege hervorragende Arbeit leisten und dafür unseren Dank und größte Anerkennung verdienen.

(Beifall)

Die derzeitigen Einschränkungen für unser Leben sind gravierend. Alle können sich darauf verlassen, dass wir sie nur so lange aufrechterhalten, wie es notwendig ist. Je weiter die Pandemie voranschreitet, desto besseres Wissen erhalten wir über das Virus und die Erkrankungen, die es verursacht. Die Forschung arbeitet an der Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen. Bis dahin kann jede und jeder, jede und jeder Einzelne mithelfen, das Coronavirus zu stoppen.

Es gilt weiterhin, dass wir die Hygieneregeln beachten, direkte persönliche Kontakte vermeiden und Abstand halten. Wir müssen neue Wege finden, um unseren Alltag, unsere Arbeit und unser soziales Miteinander in der Pandemie zu organisieren. Dafür brauchen wir Disziplin, Kreativität und Veränderungsbereitschaft. Hamburg hat die Krise damit bisher gut bewältigt. Alle arbeiten zusammen und sorgen dafür, dass unsere Stadt funktioniert. Die Verkäuferinnen und Verkäufer, die Lkw-Fahrer, die Polizeibeamten und Feuerwehrleute, diejenigen, die unsere Stadt am Laufen halten mit Bussen und Bahnen, in den Stadtwerken, in den Behörden und Unternehmen, die wir für das tägliche Leben brauchen.

Zwischen dem Senat, der Bürgerschaft und den Fraktionen herrscht großes Einvernehmen, das zu tun, was erforderlich ist. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Die Bürgerinnen und Bürger verhalten sich verantwortungsvoll und solidarisch. Ich bin überzeugt, dass wir, wenn wir diesen Kurs fortsetzen, die Krise gut überstehen können. Wir sind eine starke Stadt und stehen gemeinsam gegen Corona. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Thering für die CDU-Fraktion.

Dennis Thering CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns gemeinsam auf einem anstrengenden Langstreckenflug, bei dem zwar das Ziel bekannt, aber der Zielflughafen leider noch lange nicht in Sicht ist. Seit rund sechs Wochen sind wir jetzt bereits

unterwegs, um die Corona-Krise und die daraus folgenden Auswirkungen gemeinsam abzufedern. Aber eins ist klar: Solange es keinen Impfstoff gibt, wird diese Reise weitergehen. Bereits vor drei Wochen habe ich an dieser Stelle deutlich gemacht, dass die Lage ernst ist, dass wir Geduld brauchen, dass wir eiserne Disziplin brauchen, dass wir lernen müssen, mit dem Virus zu leben, und dass wir alle gemeinsam und entschlossen handeln müssen, um diese Krise zu überwinden. Das alles ist auch heute noch aktuell. Und ich möchte Ihnen, den Hamburgerinnen und Hamburgern, auch persönlich danken. Die Mehrheit von Ihnen hat sich strikt an die Beschränkungen gehalten trotz des tollen Frühlingswetters, trotz des Osterwochenendes. Vielen Dank für Ihre Unterstützung; damit retten Sie Leben.

(Beifall)

Mein Dank gilt ausdrücklich auch unserer Bundeskanzlerin. Sie hat es wieder einmal geschafft, ein einheitliches Grundgerüst bei den ersten vorsichtigen Lockerungen für ganz Deutschland durchzusetzen. Das ist in unserem föderalen System, das wissen wir alle nur zu gut, keine Selbstverständlichkeit. Es ist aber notwendig und auch eine Frage der Gleichbehandlung und der Gerechtigkeit in unserem Land. Wir können froh sein, die erprobte Krisenkanzlerin Angela Merkel im Amt zu haben. Darum beneiden uns gerade viele in der Welt und das vollkommen zu Recht, gerade wenn man guckt, was andere Regierungschefs in anderen Ländern auf dieser Welt in dieser Corona-Krise hinbekommen oder auch nicht hinbekommen. Von daher sehr herzlichen Dank nach Berlin.

(Beifall)

Aber natürlich gilt das für die gesamte Bundesregierung und für die Landesregierungen in ganz Deutschland, die alle gemeinsam dazu beitragen, unser Land gut durch diese schwere Krise zu führen. Wir alle gemeinsam haben uns in den letzten Wochen eine Situation erarbeitet, die eine Überlastung unseres Gesundheitssystems verhindert hat. Darauf, meine Damen und Herren, können wir alle zusammen wirklich stolz sein.

Bilder wie in Italien und Spanien sind uns bisher erspart geblieben. Dafür können wir dankbar sein. Aber der Spielraum ist eben sehr, sehr eng. Wir sind leider noch lange nicht an dem Punkt, dass das gesellschaftliche Leben wieder völlig normal laufen könnte. Die Wahrheit ist, um es noch einmal deutlich zu betonen: Das wird es erst mit einem Impfstoff für alle. Bis dahin ist es ein vorsichtiges und schrittweises Hereintasten in mehr Freiheit. Das verlangt uns allen viel ab, und es ist jetzt nicht die Zeit für Leichtsinn, sondern für Vorsicht und Bedacht. Auf diesem Weg sehe ich Deutschland, auf diesem Weg sehe ich Hamburg, und diesen Weg müssen wir weiterhin gemeinsam durchhalten.

Daher ist es aus meiner Sicht auch richtig, dass Bundesregierung und Ministerpräsidenten letzte Woche gemeinsam entschieden haben, der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger weiterhin Vorrang zu geben, und den gut gemeinten Ratschlägen mancher Experten nicht einfach gefolgt sind.

(Beifall)

Wohin zu viel Öffnung oder gar eine vollständige Öffnung am Ende führen kann, dafür gibt es bereits genug negative Beispiele.

Meine Damen und Herren, wir alle tragen Verantwortung. Die einen in der Regierung, die anderen in der Opposition. Und dieser Verantwortung müssen wir auch alle zusammen gerecht werden. Natürlich kann man seine Vorstellung über die richtige Ausweitung der Lockerungsmaßnahmen öffentlich kundtun, aber man sollte dabei sehr genau aufpassen, keine unhaltbaren Forderungen zu stellen, denn die hohe Akzeptanz der Bevölkerung sollten wir nicht durch unnötige Spekulationen aufs Spiel setzen.

(Beifall)

Bei jeder Lockerung, jedem Gewinn von Freiheit dürfen Gesundheitssystem, Pflegepersonal und Ärzte nicht überfordert werden, denn ansonsten müssten wir gewährte Lockerungen am Ende hastig wieder zurücknehmen. Damit würde auch das Grundvertrauen in die Krisenbewältigung leiden. Das kann und darf nicht das Ergebnis sein.

(Beifall)

Da fand ich in der letzten Woche das Agieren eines kleinen Teils des Senats dann doch irritierend. Bisher haben die GRÜNEN im Senat bei der Bewältigung der Krise kaum öffentliche Wahrnehmbarkeit hervorgerufen. Das mag abhängig von den Fachressorts natürlich verständlich sein, und auch die Koalitionsverhandlungen haben lange auf sich warten lassen. Aber dann haben sie sich wohl gedacht: Irgendwie brauchen wir doch noch einmal ein bisschen Aufmerksamkeit, geben wir doch ein Ausstiegspapier heraus und vermarkten das dann auch noch öffentlich. Während unser Bürgermeister Peter Tschentscher deutschlandweit, wie ich finde, sehr richtig und sehr vernünftig abgestimmte Maßnahmen anmahnt, stimmt sich die Zweite Bürgermeisterin nicht einmal mit dem Ersten Bürgermeister ab. Das hat viele schon sehr irritiert, und ich sage deutlich: Das geht so einfach nicht, da müssen wir besser zusammenarbeiten, gerade auch im Senat.

(Beifall – Zuruf)

Man muss gar nicht weit gucken: Wie es deutlich besser geht, zeigt uns die Große Koalition in Berlin. Die treten sehr geschlossen einheitlich auf, und von daher, glaube ich, würde uns das in Hamburg in diesem Bereich auch guttun.

(Dennis Thering)

Dann folgte darauf noch der katastrophale Zwischenfall im UKE mit rund 40 infizierten Patienten und Pflägern, der möglicherweise bereits über einen Monat zurückliegt. Uns muss es jetzt bitte darum gehen, wie sich ein solcher Vorfall unter keinen Umständen wiederholt. Öffentliches Distanzieren reicht aus meiner Sicht dort nicht aus. Die verantwortliche Senatorin muss da jetzt aufklären. Ich will mir überhaupt nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn das Ganze nicht im UKE, sondern in einer der privaten Kliniken passiert wäre. Darum sollten Sie sich kümmern und nicht um irgendwelche grünen Exitpläne.

(Beifall)

Lassen Sie mich das hinzufügen, damit es sehr deutlich wird, und ich habe es auch letzte Woche klargemacht: Ich finde es beeindruckend, wie Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger sich im ganzen Land um die Gesundheit ihrer Patienten kümmern. Ihnen gilt unser aller Dank. Und ich wünsche selbstverständlich allen Erkrankten im UKE schnelle Genesung; werden Sie schnell wieder gesund.

(Beifall)

Wir als Parlament, als Abgeordnete und die Regierung müssen auch immer die Kehrseite der massiven Einschränkung des öffentlichen Lebens im Blick haben. Wir können nicht nur danach gehen, was aus Sicht der Virologen der ideale Weg mit Kontaktverboten wäre, sondern wir müssen auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen in unserer Stadt im Blick haben. Umso länger diese Krise anhält, desto mehr Existenzen sind bedroht, desto mehr Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel und desto schwerer fällt der ausfallende Unterricht für die Schüler und die Betreuung der Kitas ins Gewicht. Und deshalb sind wir ebenso gezwungen, das öffentliche Leben schrittweise wieder hochzufahren. Deshalb ist es gerade in einer Millionenmetropole wie Hamburg richtig und wichtig, eine Maskenpflicht dort einzuführen, wo es zu Begegnungen kommt, zum Beispiel in Geschäften, auf Wochenmärkten oder in Bussen und Bahnen.

Es ist gut, dass auch Sie das erkannt haben, lieber Herr Bürgermeister, wenn auch etwas spät. Aber jetzt sind Sie in der Pflicht, und das sage ich deutlich, dass alle Hamburgerinnen und Hamburger auch eine Maske erhalten. Das ist, glaube ich, wichtig. Wenn wir eine Pflicht umsetzen, dann muss es auch möglich sein, dass alle Hamburgerinnen und Hamburger unkompliziert an eine Maske kommen.

Eine allgemeine Maskenpflicht halten wir auch vor allem aus psychologischer Sicht für extrem wichtig, denn sie erinnert uns alle daran, dass diese Krise noch lange nicht vorbei ist, und ermahnt uns weiterhin zur notwendigen Disziplin. Jena zeigt, dass es funktionieren kann. Aber auch alle anderen Geschäfte über 800 Quadratmeter und Unternehmen

brauchen jetzt klare Signale, und sie brauchen vor allem eine Perspektive. Unternehmen und Selbstständige in Hamburg müssen noch stärker unterstützt werden, denn ihre Lage bleibt weiterhin bedrohlich. Arbeitsplätze müssen gesichert werden, wo immer möglich und so viel wie möglich. Das ist jetzt neben der Gesundheit der Hamburgerinnen und Hamburger das Entscheidende.

(Beifall)

Gleiches gilt aber auch für die Schulen. Auch für Hamburgs Schüler kann es nur den beschlossenen schrittweisen Neustart geben mit Priorität auf den Abschlussprüfungen. Dafür und für alle weiteren Schritte müssen dann aber auch an allen Schulen erst einmal die Hygienevoraussetzungen da sein – Desinfektionsmittel, regelmäßige Reinigung, Abstandsregelungen, um nur einige wenige Punkte zu nennen. Hier ist die Schulbehörde in der Pflicht. Das muss dringend sichergestellt werden, denn – und das ist auch ganz klar – unsere Kinder müssen bestmöglich auch in den Schulen vor Infektionen geschützt werden.

(Beifall)

Aber das Ganze darf jetzt auch nicht nur für die ersten Tage gelten. Die Hygienestandards an Hamburgs Schulen müssen dauerhaft verbessert werden. Und lassen Sie mich noch allen Schülerinnen und Schülern sagen, die gerade Abitur schreiben: Ich wünsche euch auch unter diesen ungewöhnlichen Umständen alles Gute und viel Erfolg.

Als Familienvater hätte ich mir gewünscht, dass auch die Situation der Familien bei uns in Hamburg noch etwas mehr Beachtung gefunden hätte. Natürlich können nicht alle Kindergärten ad hoc wieder aufgemacht werden, aber die Notbetreuung hätte früher auf weitere Gruppen ausgeweitet werden müssen. Noch immer sind die Regeln zu streng gefasst, gerade dort, wo es nachweisbar große Schwierigkeiten gibt, die Betreuung der Kinder und den Vollzeitjob unter einen Hut zu bringen. In solchen Fällen sollten wir über eine schrittweise Ausweitung der Notbetreuung zumindest nachdenken.

Natürlich können insbesondere kleinere Kinder nicht ohne Hilfe die notwendigen Hygiene- und Abstandsregeln einhalten, aber mit Unterstützung und Verantwortung der eigenen Eltern ist das durchaus möglich. Kinder brauchen die Möglichkeit zum Spielen und Toben, das wissen wir alle nur zu gut. Das ist häufig in den eigenen vier Wänden nicht möglich, und daher plädiere ich dafür, lieber Herr Bürgermeister, dass Sie sich bei Ihrem nächsten Treffen oder Ihrer nächsten Videokonferenz mit der Kanzlerin, mit den Länderkollegen dafür einsetzen, dass zumindest erste geeignete Kinderspielplätze unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln wieder geöffnet werden.

(Beifall)

(Dennis Thering)

Und wo wir jetzt schon dabei sind, Herr Bürgermeister: Wenn der Senat seinen strikten Kurs aufgibt, die SPD-Landesvorsitzende den Bürgermeister öffentlich zu einer Handlung auffordert, die GRÜNEN unabgestimmte Punkte öffentlich vortragen statt im Senat, dann verändern Sie damit natürlich den politischen Arbeitsmodus in dieser Krise. Ich bin weiterhin fest davon überzeugt, dass der bisherige enge Austausch zwischen Regierung und Opposition dazu beigetragen hat, dass wir in Hamburg bisher so gut durch die Krise gekommen sind. Klar hätten wir als CDU uns das als Oppositionspartei deutlich einfacher machen können und täglich den Senat kritisieren und irgendwelche Forderungen öffentlich und medial verbreiten können. Das hätte uns mit Sicherheit auch mehr mediale Aufmerksamkeit verschafft, gar keine Frage. Wir haben uns aber sehr früh dafür entschieden, gemeinsam Hand in Hand mit dem Senat gegen dieses Virus zu kämpfen und die Hamburgerinnen und Hamburger bestmöglich zu schützen. Für uns war vom ersten Tag an klar, dass Hanseaten gerade in diesen Krisenzeiten eng zusammenhalten müssen, und das haben wir zusammen mit Ihnen ja auch getan.

Da die Regierungsfractionen und der Senat jetzt offensichtlich die Spielregeln verändert haben, ist es völlig klar, dass wir als CDU dann auch in die öffentliche Auseinandersetzung, in das Ringen um die besten Wege aus der Krise einsteigen. Selbstverständlich haben wir dazu unzählige Vorschläge in allen Bereichen. Flächendeckende Antikörper-Screenings, Hamburg-Fonds für Start-ups, reduzierte Mehrwertsteuer für Gastronomie und Hotellerie, Busse und Bahnen täglich desinfizieren, StadtRÄDER vollständig kostenlos nutzen und, und, und. Wenn Sie darüber lieber in der Öffentlichkeit diskutieren wollen, können wir das gern machen. Die CDU-Fraktion ist dafür bereit.

(Beifall)

Dann geht es neben der ganzen Aufarbeitung, was schiefgelaufen ist, was zukünftig besser werden muss, auch um die Frage, was bleibt. Wir alle haben die großen Möglichkeiten der Digitalisierung und des Homeoffice in der Krise zwangsweise erfahren, wenn viele von uns das nicht sowieso schon genutzt haben. Auch dazu wird es von uns in naher Zukunft Konzepte geben, wie wir die sinnvollen Instrumente in die Nachkrisenzeit mitnehmen können.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wahrscheinlich nicht viel anders als mir: Ich kann es kaum erwarten, mit meiner Frau und unserer Tochter wieder zu Hagenbeck zu gehen, mit unserem Hund und meiner Familie wieder regelmäßig nach draußen zu gehen, um mich mit anderen Familien zu treffen. Ganz selbstverständlich wieder über die Landesgrenze zu gehen und sogar wieder an Nord- und Ostsee zu fahren, ohne von dort vertrie-

ben zu werden, nur weil wir das falsche Autokennzeichen haben.

(Beifall)

Diese Zeit wird auch wieder kommen. Das Leben wird sich wieder normalisieren und wir werden zurückgewinnen, worauf wir gerade verzichten müssen. Ich bin optimistisch, dass wir gemeinsam durch diese Krise kommen und genauso gestärkt daraus hervorgehen, wie wir das auch schon aus der Wirtschafts- und Finanzkrise sind.

Meine Damen und Herren, zu Beginn sprach ich von einem Langstreckenflug. Lassen Sie uns geduldig und diszipliniert bleiben, damit wir am Ende dieses Fluges gesund wieder in der Normalität des Lebens landen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, Herr Kienscherf bekommt das Wort für die SPD-Fraktion.

Dirk Kienscherf SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Hamburgerinnen und Hamburger! Lieber Herr Thering, ich will doch einleitend kurz mit zwei Anmerkungen auf Sie eingehen. Zum einen finde ich es schade, dass Sie meinen, wir hätten die Spielregeln irgendwie verändert. Ich glaube, gerade die Rede des Ersten Bürgermeisters hat sehr deutlich gemacht, dass der Senat weiterhin daran festhält, dass wir alle gemeinsam – Regierung, aber auch Bürgerschaft mit den Bürgerinnen und Bürgern – diese Stadt voranbringen wollen und diese Krise bewältigen können. Da ist nichts gewesen von Spielregeln ändern, und das sollten Sie sich auch merken, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Deswegen hoffe ich, dass das Thema Normalität eben nicht dazu führt, dass die CDU-Fraktion sich wieder so normal verhält, wie es in der letzten Legislaturperiode der Fall war,

(Heiterkeit)

sondern helfen Sie lieber mit.

Das Zweite ist auch etwas, was uns sehr bewegt, und deswegen will ich es am Anfang meiner Rede sagen. Sie haben gefordert, dass wir endlich die Familien wiederentdecken sollen. Ich glaube, gerade unsere Sozialsenatorin steht dafür, wenn sie sagt: Denkt immer an die Familien und helft den Familien. Und schauen wir uns einmal an, wie in dieser Stadt das Kita-System weiter am Leben erhalten worden ist. Bei uns sind die Kitas nämlich nicht geschlossen worden. Es gibt eine Notbetreuung, aber jede Mutter, jeder Vater, jede Familie kann, wenn es Bedarf gibt, ihr Kind da reingeben.

(Dirk Kienscherf)

Es wird gut betreut. Das ist einmalig in dieser Republik und deswegen: Familien sind in unserem Fokus in dieser Stadt.

(Beifall)

Wenn man sich noch all die anderen Maßnahmen anschaut, die wir ergriffen haben in den letzten Wochen, um Familien zu unterstützen, dann komme ich auch zum Ersten Bürgermeister, der das unter anderem dargelegt hat, und dann muss man wirklich sagen: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Was Sie auszeichnet und was den Senat insgesamt auszeichnet, ist, dass man mit sehr klarem Sachverstand herangeht, dass man schnell analysiert hat, dass man einen kühlen Kopf behalten hat und dass man versucht hat, die Stadt mitzunehmen, die Menschen mitzunehmen, und dass man das Ganze zu einer Aufgabe der Stadt erklärt, zu unserer gemeinsamen Aufgabe in der Bürgerschaft, aber auch mit den Menschen vor Ort. Für diese kluge Politik – wenn man sich das gerade im Vergleich dazu anschaut, was auf Bundesebene bei dem einen oder anderen abgeht – möchten wir Ihnen sehr herzlich danken und dem Senat insgesamt danken für diese Leistung in den letzten Wochen. Danke.

(Beifall)

Aber es ist natürlich auch die Zeit, und ich finde, man kann es nicht häufig genug machen. Dieser Rahmen, aber auch eine zweite Regierungserklärung innerhalb von drei Wochen machen ja sehr deutlich, in welcher besonderen Situation wir hier sind und dass wir weit entfernt sind von Normalität in diesem Land und in dieser Stadt. Es ist ein gutes Zeichen, dass wir hier und heute wieder sehr ausgiebig darüber diskutieren und dass wir, glaube ich, auch zu Recht den Menschen in unserer Stadt danken, die in den medizinischen Berufen tätig sind, die helfen, unsere Stadt am Leben zu halten, den Familien, all denen, die dazu beitragen. Und deswegen aus Sicht auch der SPD-Fraktion noch einmal herzlichen Dank, dass all diejenigen, die sich verantwortungsvoll verhalten, dazu beigetragen haben, dass wir Entlastung geschaffen haben, dass wir die Infektion zurückgedrängt haben oder sie jedenfalls nicht so beschleunigt haben, wie es vorhergesagt worden ist. Vielen Dank, Sie haben verantwortungsvoll gehandelt, und Sie haben diese Entwicklung erst möglich gemacht.

(Beifall)

Neben diesem Dank gilt unsere Anerkennung natürlich auch denen, die wirklich eine schwierige Zeit durchleben, deren Einkommen gemindert ist, die zu Hause sind mit ihren Familien, die beengt leben, die versuchen, all das, was vorher an verschiedenen Orten stattgefunden hat, nun in beengten Räumlichkeiten hinzukriegen als mehrköpfige Familien. Aber auch die, die nur Kurzarbeitergeld erhalten, die jetzt zwar weiterhin einen Arbeitsplatz

haben und nicht entlassen worden sind – auch das ist ja letztendlich eine große Leistung –, aber die trotzdem mit sehr, sehr wenig Einkommen auskommen müssen. Die Unternehmen, die Selbstständigen, die wenig Einkommen haben und die trotzdem den Mut haben, durch diese Krise zu kommen. Auch dafür sollten wir unsere Anerkennung ausdrücken, dass sie sich nicht entmutigen lassen, dass wir bei ihnen sind, dass wir gemeinsam diese Krise bewältigen wollen.

(Beifall)

Der Bürgermeister hat in seiner Rede davon gesprochen, dass die Stadt und der Staat viel geleistet haben. Und ich muss ausdrücklich sagen, dass auch das, was auf Bundesebene geschehen ist, die vielen Hilfspakete, eine tolle Leistung war, dass man so schnell so viele Gelder bewegt hat und dass wir dies in Hamburg auch genutzt haben und ergänzt haben. Dass man es geschafft hat, innerhalb kürzester Zeit unter unserem Corona-Schutzschirm – der Bürgermeister hat schon drauf hingewiesen – über 370 Millionen Euro zu bewilligen, und dass Hamburg dabei mit rund 150 Millionen Euro einen großen Teil dieser Mittel erbracht hat, ist eine tolle Leistung, und es zeigt, dass diese Stadt diese Krise bewältigen kann.

(Beifall)

Es zeigt eben auch, dass wir über die anderen Unterstützungsmaßnahmen, sei es die Erweiterung bei der Grundsicherung, der leichtere Zugang, sei es aber auch bei den Liquiditätshilfen für die Bereiche Kultur oder Sport, wirklich bemüht sind, all das zu ermöglichen, was notwendig ist. Das ist natürlich auch dem geschuldet, dass wir vorher gut gewirtschaftet haben.

Ich will auch auf einen Antrag der LINKEN eingehen, der noch einmal zum Gegenstand hat, ob die Soforthilfe eigentlich überall ankommt. Ich glaube, gerade das ist etwas, was uns auszeichnet und worauf man stolz sein kann, dass sie eben wirklich bei allen ankommt, auch bei allen Unternehmen, auch bei allen Selbstständigen, und zwar egal, welche kulturelle Herkunft es gibt, ob fremdsprachig oder ob Deutsch die Heimatsprache ist. Das hat diese Verwaltung, das hat das Personal ermöglicht. Deswegen noch einmal ein großer Dank an diejenigen, die mit den Unternehmen in engem Kontakt sind und die wirklich versuchen, sie zu unterstützen.

(Beifall)

Dass wir es auf der einen Seite geschafft haben, die Neuinfektionen zu reduzieren, und es auf der anderen Seite geschafft haben, durch diverse Maßnahmen die Kapazitäten im Intensivbereich zu erhöhen, führt letztendlich dazu, dass wir die Spielräume geschaffen haben, die nun Lockerungen ermöglichen. Und es ist gut und richtig, dass man sich auf Bundesebene zusammengetan hat und

(Dirk Kienscherf)

dass die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin sich darauf verständigt haben, erste Lockerungen durchzuführen im Einzelhandel, im Bereich der Kita und im Bereich der Schulen. Und auch da, lieber Herr Thering, ist es doch nur vernünftig, dass der Bürgermeister dies gemeinsam mit den anderen Ministerpräsidenten beschlossen hat und dass wir in Hamburg nicht eine Verpflichtung hergestellt haben, wo wir gar nicht hätten wissen können, wie wir diese einhalten sollen. Es ist der richtige Weg, jetzt mit den Verbänden und Unternehmen die Grundlage zu schaffen, dass entsprechende Schutzmasken auch in Kürze zur Verfügung stehen, und dann zu sagen, jetzt gibt es auch die Möglichkeit, dass jeder über solche Schutzmasken verfügen kann, und deswegen ist es gut, dass wir ab Montag dies verbindlich in der Stadt einführen.

(Beifall)

Das, was jetzt folgen wird, stellt uns wahrscheinlich vor ganz andere Herausforderungen. Ich glaube, vor dem Hintergrund dessen, was da zu sehen war in Italien, was da zu sehen war in Spanien, die schlimmen Bilder von sterbenden Menschen, von fehlenden medizinischen Ausrüstungen und Ärzten, die entscheiden mussten, wem sie solche Geräte entziehen und wem nicht, all das hat dazu beigetragen, dass wir letztendlich auf Bundesebene und auch in Hamburg zu schnellen Maßnahmen gekommen sind. All das hat dazu beigetragen, dass man gemeinsam Maßnahmenbündel entwickelt hat. Und ich glaube, gerade diese Gemeinsamkeit, aber auch diese dramatischen Bilder aus Italien und Spanien haben dazu beigetragen, dass die Akzeptanz für die erheblichen Eingriffe, die wir vorgenommen haben, sehr groß war. Dieses wichtige Momentum sollten wir nicht verspielen, wenn es darum geht, Lockerungen durchzuführen. Das wird die große Herausforderung sein, weil natürlich viele kommen und sagen werden: Warum ich nicht zuerst, warum der andere, warum gehen wir nicht weiter? Dort Gemeinsamkeiten zu schaffen wird wichtig sein, um Akzeptanz herzustellen, um weiter gut durch diese Krise zu kommen. Und deswegen lobe ich noch einmal ausdrücklich den Senat und den Ersten Bürgermeister, der auf Bundesebene weiterhin so aktiv ist.

Und, Herr Thering, ich muss Ihnen einmal ehrlich sagen: In dieser schwierigen Situation geht es um den Schutz von Menschenleben, geht es um die Wirtschaft, geht es um das Thema Soziales, und es geht nicht um die CDU/CSU-Kanzlerkandidatur, und deswegen ist das, was Nordrhein-Westfalen und Bayern machen, der falsche Weg, und das ist unverantwortlich.

(Beifall)

Deswegen sind wir alle gefordert, diesen gemeinsamen Weg fortzusetzen. Da wird es natürlich darum gehen, wie wir das in der Schule hinkriegen. Da wird es darum gehen, wenn wir zu weiteren Lo-

ckerungen kommen, wie wir es denn schaffen, dass die Kinder, die über keinen Onlinezugang und keine technischen Geräte verfügen, endlich diese technischen Geräte und diese Zugänge erhalten, und ich weiß, dass der Senat dabei ist. Das wird eine der großen Anstrengungen sein. Wir werden einen Unterricht haben, der temporär in kleineren Lerngruppen stattfinden wird, und wir müssen es schaffen, dass alle Kinder mitkommen, gerade auch die aus den benachteiligten Familien – eine große Herausforderung, die wir bewältigen müssen.

(Beifall)

Natürlich wird es auch darum gehen, wie wir beim Thema Kita weiter vorankommen. Und natürlich muss es darum gehen, wenn die Ministerpräsidenten zusammenkommen, wie es beim Thema Kinderspielplätze und beim Thema Sport weitergeht. Überall dort müssen wir gemeinsame Entscheidungen treffen, um Akzeptanz herzustellen. Überall da müssen wir vorankommen, und das setzt das verantwortungsvolle Verhalten der Hamburgerinnen und Hamburger voraus. Aber ich bin sicher, dass die Mehrheit sich dieser Verantwortung bewusst ist, und daher wollen wir gemeinsam eben diese Erleichterung in der Stadt durchführen.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch zwei Anmerkungen machen, zum einen zu Dingen, die trotzdem weiter vorangehen müssen. Es finden natürlich trotzdem in Europa noch andere Dinge statt, die für uns besorgniserregend sind. Das Thema Flüchtlinge und die Situation auf den griechischen Inseln treibt uns natürlich weiterhin um, gerade vor dem Hintergrund der Corona-Krise. Wir haben damals einen Beschluss in der Hamburgischen Bürgerschaft gefasst, der den Senat gebeten hat, und wir wissen, dass der Innensenator und der Erste Bürgermeister dem auch nachgekommen sind. Ganz klar ist für uns, und daran sollte auch keiner Zweifel haben, dass Hamburg seiner Verantwortung gerecht werden wird. Hamburg sagt, es müsse eine europäische Lösung geben, aber Hamburg sagt auch, bis es die gebe, werde Hamburg eben mehr Verantwortung übernehmen und mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen. Das ist für uns ganz klar: Hamburg nimmt Verantwortung in Europa wahr.

(Beifall)

Lassen Sie mich auch einen Ausblick geben zum Thema Versammlung und Versammlungsrecht. Auch hier haben wir Beschränkungen. Aber ich sage Ihnen auch eines sehr deutlich: Wenn am 1. Mai die Gewerkschaften auf ihre traditionsreichen Kundgebungen verzichten aus Gründen des Gesundheitsschutzes, dann finde ich das gut, aber ich finde es auf der anderen Seite äußerst bedenklich, dass wir so viele Anmeldungen für Versamm-

(Dirk Kienscherf)

lungen an diesem Tag wie bisher noch nie in dieser Stadt haben. Und ich kann nur an jeden appellieren, sehr bewusst damit umzugehen und sich dessen bewusst zu werden, dass damit auch unsere Sicherheitskräfte gefordert sind, die darauf achten müssen, auch bestimmte Dinge des Gesundheitsschutzes einzuhalten. Deswegen mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam verantwortungsvoll mit dem Versammlungsrecht umgehen. Hier steht nicht das Eventmoment im Vordergrund, hier steht der Gesundheitsschutz im Vordergrund, und hier steht auch die Demokratie im Vordergrund und kein spielerischer Umgang damit. Das ist der Appell.

(Beifall)

Und als Letztes noch einmal, wie es hier weitergeht mit der Zusammenarbeit. Ich glaube, dass die Zusammenarbeit in dieser Zeit sehr intensiv war innerhalb des Parlamentes und zwischen Regierung und Parlament. Es ist ein guter Weg, dass wir heute die Einsetzung eines Sonderausschusses beschließen werden, der dazu führt, dass wir in einem sehr engen Tagungsrythmus die wichtigen Themen bündeln werden, und der dazu führt, dass wir transparent für die Bürgerinnen und Bürger auch draußen deutlich machen, wie die Regierung diese Dinge weiter vorantreiben will. Ich will mich ausdrücklich bedanken bei der Opposition, bei der Linksfraktion und bei der CDU, dass sie gemeinsam mit uns diesen Weg mitgehen werden. Ich glaube, diese Gemeinsamkeiten, auch der Diskurs, aber diese Gemeinsamkeiten, dass wir diese Krise bewältigen wollen und dass wir dort alle mitnehmen wollen, sind ein wichtiges Signal für die Bürgerinnen und Bürger, das wir heute setzen werden.

(Beifall)

Der Bürgermeister hat es gesagt: Wir haben den Menschen in den letzten Wochen viel abverlangt. Die Menschen in unserer Stadt haben verantwortungsvoll gehandelt, die Politik, die Bürgerschaft ist bei ihnen, und wir versprechen, dass wir alles dafür tun werden, um die Notlagen zu mindern, und dass wir alles daran setzen werden, damit wir alle, damit diese Stadt so gut wie möglich durch diese Krise kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Schönen Dank. – Herr Dr. Tjarks bekommt das Wort für die GRÜNE Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den letzten fünf Wochen haben wir in unserer Stadt, in unserer Gesellschaft viel aushalten müssen, und wir alle, glaube ich, haben eine Situation erlebt, von der wir vor zehn Wochen nie gedacht hätten, dass wir sie einmal erleben werden, angefangen von Schul- und Kita-

Schließungen, über das Herunterfahren des öffentlichen Lebens bis hin zur sozialen Kontaktsperre. Ziel aller dieser Maßnahmen war es – und ich betone ausdrücklich, ist es auch immer noch –, die Ausbreitung des Coronavirus in Hamburg deutlich zu verlangsamen und unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Ich glaube, heute muss man, wie es der Bürgermeister getan hat, zu Recht feststellen, dass wir dieses Ziel erreicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Hamburg haben sich bereits über 2 300 Menschen von dem Virus erholt, und wenn wir jetzt keine Fehler machen, wird die Zahl der täglich Genesenen weiterhin die Zahl der Infizierten übersteigen. Das bedeutet, dass die ergriffenen Maßnahmen wirken, und das bedeutet, dass alle, wirklich alle in unserer Gesellschaft, ihren Beitrag dazu geleistet haben. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle den Vorrednern anschließen und wiederholen, dass auch ich nach wie vor beeindruckt bin von dem Engagement und der Disziplin der Menschen in Hamburg, diesen Maßnahmen trotz der gravierenden Einschränkungen und der weitreichenden Folgen für ihr persönliches Leben zu folgen. Sie alle haben als Citoyens im besten Sinne gehandelt und den Gemeinsinn in Hamburg auf eine neue Stufe gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die bisherige Strategie war erfolgreich, aber gleichzeitig dürfen wir uns nichts vormachen. Gemessen an der Wegstrecke, die noch vor uns liegt, ist der Erfolg äußerst fragil. Dieser Erfolg ist unter hohen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten sowie individuellen Entbehungen entstanden und kann schnell zunichtegemacht werden. Aber der bisherige Weg zeigt auch, dass es Hoffnung gibt. Er zeigt nämlich, dass wir selbst es buchstäblich in der Hand haben, indem wir beispielsweise auf das Händeschütteln verzichten. Wir haben dieses Etappenziel selbst erreicht, und es ist an uns, das weiterhin zu gestalten und hierbei auch weiterhin nicht nachzulassen. Dann können wir es auch schaffen, uns wieder in einen freieren und offeneren Zustand, den wir alle haben wollen, vorzutasten. Das ist der Appell an uns selbst, aber das ist auch die Hoffnung, weil wir es jetzt sechs Wochen lang geschafft haben. Wir werden es auch weiterhin schaffen, und hieran müssen wir gemeinsam und konsequent arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil der Weg nicht kurz sein wird, ist es, glaube ich, wichtig, sich nach dem ersten Etappenziel eine nötige Diskussion über die Leitlinien des weiteren Vorgehens zu gönnen. Aus meiner Sicht stehen dabei sechs Überlegungen im Vordergrund. Die erste – es ist fast schon müßig zu sagen, aber es ist trotzdem wichtig, das zu betonen – ist natürlich die Einhaltung der sozialen Distanz und die peni-

(Dr. Anjes Tjarks)

ble Einhaltung der Hygieneregeln. Sie müssen unter allen Umständen weiterhin beachtet werden, werden uns aber, wenn wir das alle tun – deswegen noch einmal: Wir haben es selbst in der Hand –, ermöglichen, weitere Lockerungsschritte zu beschließen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir das am Ende des Tages gemeinsam hinkriegen.

Es ist wichtig, dass wir dann eine zweite Situation erzeugen, dass wir uns nämlich anschauen, dass wir die soziale Distanz nicht an allen Orten werden wahren können. Ein aktuelles Beispiel dafür: Wir haben im öffentlichen Nahverkehr zwar gerade einen Rückgang der Fahrgastzahlen von 75 Prozent, und deswegen ist der Dreierbus jedes Mal, wenn er an mir vorbeifährt, im Gegensatz zu vor acht Wochen ausnehmend leer. Aber gerade dann, wenn die Kinder wieder zur Schule gehen, ist es wichtig, dass sie, wenn sie den sozialen Abstand einhalten, es schaffen können, den öffentlichen Nahverkehr zu benutzen. Und es auch wichtig und richtig, dass wir gesagt haben, dass im Einzelhandel, auf den Wochenmärkten und im öffentlichen Nahverkehr dann auch das Maskentragen Pflicht ist. Dies ist wichtig zum Schutz seiner selbst, aber – ich möchte noch einen zweiten Gedanken hinzufügen – es ist vor allen Dingen auch wichtig für diejenigen, die zu einer Risikogruppe gehören, die vielleicht schon etwas älter sind, denn es geht auch darum, diese Menschen nicht einfach wegzusperren, sondern auch ihnen die Teilhabe an diesem Leben zu ermöglichen. Dazu müssen alle anderen einen besonderen Beitrag leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens ist mir sehr wichtig – und ich glaube, darin sind wir uns einig –, dass wir bei den weiteren Schritten auf ein behutsames und bedachtes Vorgehen Wert legen. Ich weiß auch nicht, ob 790 Quadratmeter und 810 Quadratmeter sich groß unterscheiden, aber der entscheidende Punkt ist an dieser Stelle nicht der Unterschied in den Zahlen, der entscheidende Punkt ist doch, dass wir alle nicht genau wissen, was die weiteren Maßnahmen für das Infektionsgeschehen bedeuten. Wir sollten uns unbedingt ermöglichen, dass wir auf ein Hin und Her bei Lockerungen und Beschränkungen verzichten. Wir wollen eine freie und offene Gesellschaft, aber es wird immer schwieriger werden, das Gegenteil davon wieder durchzusetzen. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier behutsam vorgehen und die Maßnahmen nach und nach evaluieren. Das ist der entscheidende Grund, warum man nicht gleich alles auf einmal machen kann und bestimmte Dinge vielleicht auch nicht in sich sofort logisch erscheinen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viertens – auch das ist mir wichtig –: Ich finde es gut, wenn es ein bundesweit einheitliches Vorgehen gibt, das übersichtlich und für die Menschen

nachvollziehbar ist. Ich finde es aber auch wichtig – das merken wir praktisch, wenn man das ab spricht –, dass es eben auch Korridore für regionale Unterschiede gibt: Das Infektionsgeschehen in Bayern ist zum Beispiel anders als in Hamburg. Und ich möchte auch sagen, dass in einem Stadtstaat Spielplätze wichtiger sind als in Flächenländern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier muss man bestimmte Dinge klar haben. Für diesen Senat und für diese Fraktion sind Familien systemrelevant. Deswegen haben wir uns bei Kitas und Spielplätzen besonders eingesetzt und werden es auch in Zukunft tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Thering, ich weiß nicht, ob Sie an dieser Stelle jetzt beleidigt waren, weil Sie keine eigenen Vorschläge gemacht haben. Die Sozialsenatorin hat Vorschläge gemacht, die GRÜNEN haben Vorschläge gemacht, die LINKE hat neun Anträge eingereicht. Ich wollte heute eigentlich auf parteipolitische Spielchen verzichten, Herr Thering, aber wenn Sie das so wollen, dann kann ich Ihnen, wenn Sie einen wirklichen Beitrag leisten wollen, einfach nur raten, einmal Ihren Kollegen Herrn Günther anzurufen, denn er ist, glaube ich, der einzige Ministerpräsident, der in der Krise nicht an Ansehen gewonnen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuerst eine Grenze zu Hamburg aufzumachen, dann eine Grenze im eigenen Land aufzumachen, und dann das komplette Chaos bei der Öffnung anzurichten, da könnten Sie doch einmal nachhelfen, um das auch für die Hamburgerinnen und Hamburger ein bisschen besser zu machen. Sie wollen ja selbst am Ostseestrand wieder spazieren gehen, ich hätte auch nichts dagegen, also rufen Sie ihn an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein fünfter Punkt, der mich und uns als GRÜNE Fraktion sehr umtreibt, ist der, dass wir momentan zwar noch alle weitestgehend gleichmäßig von dieser Krise betroffen sind in dem Sinne, dass die Kontaktbeschränkungen für alle gelten. Aber wenn wir jetzt über weitere Lockerungsschritte nachdenken, dann werden wir natürlich sehen, dass es Menschen gibt, die einem größeren Risiko als andere ausgesetzt sind. Ich glaube, dass der große gesellschaftliche Zusammenhalt dieser Citoyens im besten Sinne auch dadurch entstanden ist, dass es alle ähnlich betrifft. Und wenn das in Zukunft, weil man die Menschen nicht einsperren kann und will, etwas anders ist, müssen wir darüber diskutieren, wie wir mit diesen vulnerablen Gruppen umgehen.

Ich glaube, es gibt da zwei sehr wichtige Ankerpunkte. Der erste ist, dass diejenigen, die nicht zu

(Dr. Anjes Tjarks)

einer Risikogruppe gehören, ein wenig mehr leisten müssen, indem sie beispielsweise trotzdem eine Maske tragen im Einzelhandel, im öffentlichen Nahverkehr und somit auch besonders solidarisch sind mit denen, für die das noch viel wichtiger ist.

Und das zweite Thema ist, dass wir uns auch für diese Menschen als Gesellschaft Räume erarbeiten können, in denen sie sich wieder entfalten können. Diese Debatte präzise und genau zu führen zeigt, warum der Parlamentarismus in diesem Land wichtig ist, aber auch, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt uns wichtig sein sollte. Deswegen ist es gut, wenn wir hier genau und präzise argumentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen sechstens von staatlicher Seite die Voraussetzungen für die tatsächlichen Lockerungen schaffen, und auch hier gilt, dass wir als Politik das selbst in der Hand haben. Wir haben schon gehört, dass der Senat unter Hochdruck arbeitet an einer Verdoppelung der Testkapazitäten in Hamburg von 3 500 auf 7 000, an der Aufstockung des Personals in den Gesundheitsämtern, die schon jetzt von 300 Vollzeitäquivalenten auf 450 gestiegen ist, an der Akquise von Produktion von Schutzmaterial, an dem Ausbau der intensivmedizinischen Kapazitäten, wo wir hohe Kapazitäten freihalten, an dem Thema Infektpaxen. Ich halte es für entscheidend, dass die Menschen das Vertrauen haben können, dass dieser Senat und diese Politik und diese Bürgerschaft wirklich mit Hochdruck an diesen Themen arbeiten, denn diese sind die Voraussetzung für weitere Lockerungen.

Nicht nur für die Stadt, sondern natürlich auch für jeden Einzelnen, für jede Institution, für jeden Ort, für jede Einrichtung gilt, sich ernsthaft zu überlegen, was eigentlich der eigene Beitrag für ein Schutzkonzept ist, was der eigene Beitrag ist, um im Detail zu klären, wie Abstände, wie Hygiene und wie Infektionsschutz eingehalten werden können. Wenn wir das alles sehen und diese Ideen befolgen, dann haben wir es selbst in der Hand, voranzukommen, zwar nicht das Virus zu besiegen, denn es wird unter uns bleiben, aber mit ihm umzugehen und in eine deutlich freiere und offenere Gesellschaft zu kommen. Wir haben es in der Hand, und wir sollten daran arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man dann die einzelnen Einschränkungen betrachtet und schaut, wo wir stehen, dann muss man natürlich immer bei den Grundrechten anfangen. Wir alle wissen, dass wir viele Grundrechte, nicht nur eins, eingeschränkt haben. Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal vorn an einem Mikrophon in einem Parlament stehe und sage, wir hätten viele Grundrechte eingeschränkt, denn deswegen sind wir eigentlich nicht angetreten, um Politik zu

machen. Wir haben die Versammlungsfreiheit eingeschränkt, die Religionsfreiheit über Ostern und demnächst über Ramadan eingeschränkt, die Bewegungsfreiheit, die Reisefreiheit, die allgemeine Handlungsfreiheit und wahrscheinlich noch einige Freiheiten mehr eingeschränkt. Deswegen muss man, auch wenn das in Hamburg fast selbstverständlich ist, immer wieder betonen, dass niemand Zweifel daran haben sollte, dass dieser Senat und diese Fraktionen darauf hinwirken werden, diese Grundrechtsbeschränkungen auch wieder aufzuheben und sich selbst für die Grundrechte einzusetzen, weil wir es richtig finden, auch und insbesondere für das Versammlungsrecht, um in Hamburg diesen Grundrechten auf der Grundlage des Infektionsschutzes wieder Geltung zu verschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir dann gucken, welche Bereiche noch besonders betroffen sind, die vielleicht auch bei der Bundespolitik noch nicht genug Beachtung finden, dann sehen wir, dass Familien und insbesondere Mütter, die schon vorher einen Großteil der Care-Arbeit geleistet haben, von den Schutzmaßnahmen mit voller Wucht getroffen werden. Frauen in Hamburg gehen in der Regel nicht nur arbeiten, sondern organisieren jetzt auch noch das Home-schooling und die Ganztagsbetreuung. Das ist auf Dauer nicht nur belastend, sondern insbesondere da, wo die Situation schon vorher nicht einfach war, wird die soziale Spaltung weiter verschärft. Deswegen sollte jetzt jeder wissen, dass dieser Senat und diese Fraktionen auch an den Themen Kita und Spielplätze weiterarbeiten werden. Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir jetzt Alleinerziehenden die Notbetreuung ihrer Kinder gewähren können. Sie sind jetzt diejenigen, die das am dringendsten brauchen, und sollten unsere volle Unterstützung bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus möchte ich sagen, dass nicht nur die Eltern, die Familien, sondern auch die Kinder eigenständige Rechte haben. Diese eigenständigen Rechte sind in Stadtstaaten noch ein bisschen wichtiger als in Flächenländern. Wir haben eine hohe bauliche Dichte, wir haben dadurch vielleicht auch ein paar Problemlagen mehr und deswegen, um das noch einmal klar zu sagen, sind es nicht nur epidemiologische Fragestellungen, über die wir uns hier unterhalten, sondern auch gesellschaftliche Wertentscheidungen, und mir wäre es sehr wichtig, das Thema Kinderrechte auch in den Mittelpunkt der weiteren Überlegungen zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen bin ich froh, dass es immerhin erste tastende Schritte zur Schulöffnung gibt. Wir beginnen dabei richtigerweise mit den Abschlussklassen, weil der Druck aller Beteiligten hier am größten ist. Es gilt der Grundsatz Sorgfalt vor Ge-

(Dr. Anjes Tjarks)

schwindigkeit, und es sollte sich niemand darüber hinwegtäuschen, dass der Schulalltag definitiv ein anderer sein wird, und zwar auch auf längere Sicht, mit weniger Kindern, mit festen Räumen, mit festen Lehrpersonen, mit kürzerem Schulalltag und auch mit der peniblen Einhaltung der Hygieneregeln, auch wenn wir alle aus eigenem Erleben wissen, dass das an Schulen nicht immer einfach ist. Aber dennoch ist es ein Zeichen der Hoffnung und ein erster richtiger Schritt, und ich bin sehr hoffnungsfroh, wenn dort weitere folgen werden.

Gleichzeitig hat die Corona-Krise – ich glaube, das ist das andere große Thema – natürlich auch vor der Wirtschaft nicht Halt gemacht. Wir als Land und auch der Bund haben richtigerweise große Anstrengungen unternommen, um eine wirtschaftliche Katastrophe abzuwenden. In Hamburg haben bereits 27 000 Firmen Kurzarbeit beantragt. Seit dem 31. März 2020 haben wir über 50 000 Anträge entgegengenommen und bereits deutlich über 300 Millionen Euro an Not leidende Unternehmen ausgezahlt und über 1 Milliarde Euro an Steuernachlässen gewährt. Das ist gut und richtig, aber – im Ernst – keine Dauerlösung. Hier gilt letztlich wie in allen anderen Bereichen auch, dass die Folgen mit jeder Woche deutlich härter werden. Deswegen geht es auch hier genau darum, gemeinsam mit den Verbänden und den Unternehmen daran zu arbeiten, wie unter Maßgabe der Leitideen, wie unter Maßgabe des Hygieneschutzes, wie unter Maßgabe der Abstände dafür gesorgt werden kann, dass beispielsweise in der Industrie mit sozialer Distanz wieder mehr passieren kann. Es geht darum, dass wir auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehen, und deswegen ist die Überlegung, das Kurzarbeitergeld wie in der Finanzkrise auf 24 Monate zu verlängern und es sozial gestaffelt zu erhöhen, eine richtige Überlegung, denn wir müssen auch hier als Gemeinschaft zusammenstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade in Zeiten der Krise braucht eine Gesellschaft Möglichkeiten der Selbstvergewisserung, der Reflexion und des kritischen Hinterfragens. Das gilt zum einen hier für das Parlament, und deswegen ist der Parlamentarismus auch besonders wichtig, aber es gilt auch für den Kunst- und Kulturbereich.

(Zuruf von der AfD)

– Einige debattieren offen, und andere lachen darüber. Letztere sollten sich vielleicht selbst überlegen, ob das sinnvoll war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber da haben der Parlamentarismus und der Kulturbereich eins gemeinsam: Sie werden von einer Seite verächtlich gemacht.

(Krzysztof Walczak AfD: Von Ihnen, ja!)

– Nein, von Ihnen. Und das muss man leider sagen: Sie haben sich hier in der zweiten Sitzung eingeführt und fangen gleich an, über das Parlament und den Diskurs zu lachen. Herr Walczak, ich finde das ziemlich bedenklich, und Sie sollten einmal überlegen, ob das eigentlich der richtige Ausgang als neuer Abgeordneter in einem Haus ist. Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lockerungen, die wir alle sehnlichst erwarten, und die Maßnahmen, die wir jetzt auf den Weg gebracht haben, dürfen aber nicht vergessen machen, dass die Krise noch lange nicht überwunden ist. Denn das Virus ist da und wird erst einmal nicht weggehen, zumindest nicht, solange wir keinen Impfstoff haben. Deswegen kann es in den nächsten Monaten auch nicht primär um einen Weg aus dieser Krise gehen, sondern vor allen Dingen um einen Weg, mit ihr umzugehen und das gesellschaftliche Leben so zu organisieren, dass wir den Schutz der Bevölkerung gewährleisten. Alle Lockerungen und alle weiteren Schritte stehen dabei vor einem großen Vorbehalt, dem Infektionsschutz, und wir müssen uns darüber bewusst sein, dass sich unser Leben auch weiterhin stark von unserem alten Leben unterscheiden wird. Dabei gilt, dass wir weiter diszipliniert sein und die Lage trotz dieser ersten dringend ersehnten Schritte weiterhin sehr ernst nehmen müssen, aber dabei gilt auch und noch viel mehr, dass wir selbst es in der Hand haben. Wir alle können dafür sorgen, dass die Lockerungen funktionieren und ausgeweitet werden. Wir haben es mit harten Anstrengungen gemeinsam geschafft, das erste Etappenziel dieser existenziellen Krise zu meistern. Wir haben es geschafft, weil wir Abstand gewahrt haben, den Hygienestandards gefolgt sind und als Stadt und als Gemeinschaft solidarisch waren. Wenn wir uns diese Solidarität und diesen Gemeinsinn erhalten, dann haben wir es im besten Sinne des Wortes selbst in der Hand, diesen Erreger nicht zu übertragen und für mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr wirtschaftliches Leben zu sorgen. Lassen Sie uns deswegen gemeinsam an diesen Strängen ziehen und Hamburg an dieser Stelle voranbringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Celik bekommt das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

Deniz Celik DIE LINKE:* Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist eine gute Nachricht, dass die Infektionsgeschwindigkeit in Deutschland und in Hamburg in den letzten Wochen deutlich abgenommen hat. Aber genauso richtig ist es, dass das Eis, wie der Herr Bürgermeister Tschentscher es ausdrückt, sehr, sehr dünn ist. Verfrühte Lockerungen könnten alle An-

strengungen zunichtemachen. Eine zweite Welle könnte mehr Menschenleben kosten sowie wirtschaftlich und psychologisch weitaus größere Schäden anrichten. Ich finde es unverantwortlich, wenn die Gefahr verharmlost wird und ein Überbietungswettbewerb in Sachen Lockerung stattfindet. Deshalb ist es gut, dass sich im Senat die Linie durchgesetzt hat, die Maßnahmen in kleinen Schritten und behutsam zu lockern. Denn die Rettung von Menschenleben und Gesundheitsschutz müssen oberste Priorität haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Gleichwohl sehen wir, dass die erheblichen Grundrechtseinschränkungen, die Schließung von Schulen und Kitas sowie die materielle Not viele Menschen extrem belasten. Es ist verständlich, dass die Menschen sich nach Lockerung sehnen und Hoffnung auf Wiedererlangen ihrer Freiheiten haben. Mehr denn je brauchen wir eine offene und breite gesellschaftliche Debatte über eine Exitstrategie unter Einbeziehung des Parlaments und der Zivilgesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine nachhaltige Krisenbewältigung und größere Akzeptanz der Maßnahmen erreichen wir nur durch mehr Demokratie.

Der Senat hat viele richtige Maßnahmen beschlossen. Um die wirtschaftliche Not zu lindern, wurde zum Beispiel viel Geld in die Hand genommen, um zügig Selbstständigen, Kleinunternehmern und Kulturschaffenden Direkthilfen zukommen zu lassen. Das begrüßen wir sehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wir müssen uns auch alle Lebensbereiche genau anschauen. Die unterschiedlichen Hilfen sind nicht überall ausreichend, existenzsichernd und auskömmlich. Zum Beispiel muss die Not der lohnabhängigen Menschen gesehen werden. Allein im Hotel- und Gastronomiegewerbe sind bis zu 60 000 Menschen von Kurzarbeit betroffen. Wie sollen Menschen, die schon vor der Krise zu Geringverdienern gehört haben, mit Einkommenseinbußen von bis zu 40 Prozent ihre Mieten bezahlen oder ihre Familien ernähren? Für viele Minijobber und Leiharbeiterinnen und -arbeiter ist die Situation zum Teil noch dramatischer, weil sie von heute auf morgen gar kein Einkommen mehr haben. Deshalb muss der Senat auch hier handeln und für diese Menschen durch Aufstockung und Direkthilfen ein Kurzarbeitergeld in Höhe von 90 Prozent sicherstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit einer wirtschaftlichen Krise geht auch eine soziale Krise einher. Sie trifft die einkommensschwachen Menschen am stärksten, und wir erleben eine verstärkte soziale Ungerechtigkeit, die jetzt noch massiver auftritt. Daher brauchen wir nicht nur ei-

nen Schutzschirm für die Wirtschaft, sondern auch einen Schutzschirm für die Menschen in Not.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil große Teile des Hilffsystems weggebrochen sind, sind zum Beispiel obdachlose Menschen in großer Not. Außerdem gehören sie aufgrund von Vorerkrankungen zu den besonders gefährdeten Personengruppen. Wir erwarten vom Senat, dass er auch hier seiner sozialen Verantwortung nachkommt und genauso, wie Berlin es macht, die obdachlosen Menschen in den leer stehenden Hotels und Pensionen unterbringt und somit auch für diese Menschen Infektions- und Gesundheitsschutz sicherstellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Viele Menschen, die bereits vor der Krise in Armut gelebt haben, sind in noch größerer Not. Vielfach können Menschen zurzeit nichts hinzuverdienen. Hilfsangebote und soziale Infrastruktur sind nur eingeschränkt vorhanden oder in großen Teilen weggebrochen. Selbst Pfandflaschen kann man heutzutage nicht mehr sammeln. Auch hier muss entsprechend geholfen werden, und daher muss die Grundsicherung um mindestens 150 Euro aufgestockt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist absolut verfehlt, wenn ein städtisches Wohnungsunternehmen wie die SAGA mitten in der Corona-Krise auf Mieterhöhungen besteht und sich bestenfalls auf eine Verschiebung der Mietzahlungen um wenige Monate einlässt. Das ist keine mieterinnen- und mieterfreundliche soziale Wohnungspolitik, schon gar keine angemessene Antwort auf die sich verschärfende Situation.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre ein Zeichen der so oft beschworenen Solidarität, wenn die SAGA in diesem Jahr komplett auf Mieterhöhungen verzichten würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sehen die Notwendigkeit, dass die Lockerungen mit Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und größerem Schutz der Bevölkerung einhergehen müssen. Deshalb begrüßen wir die personellen Aufstockungen der Gesundheitsämter, die beim Erkennen von Infektionsketten und bei der Nachverfolgung von Infektionswegen eine zentrale Rolle spielen. Zudem erwarten wir auch, dass viel mehr getestet wird, vor allem in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, und dass die Laborkapazitäten entsprechend ausgeweitet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch das Tragen von Masken im öffentlichen Nahverkehr und im Einzelhandel finden wir sinnvoll und richtig. Dazu hat Herr Tjarks gesagt, das sei auch ein Gebot der Solidarität mit Menschen, die

(Deniz Celik)

besonders gefährdet sind. Aber der Senat darf die Menschen mit den Problemen der Beschaffung von Masken nicht allein lassen. Viele Menschen sind in großer finanzieller Not; ihnen dürfen nicht weitere Belastungen zugemutet werden. Deshalb sehen wir den Senat hier in der Pflicht, wie andere Städte, zum Beispiel Berlin und Dresden, ausreichend kostenlose Masken zur Verfügung zu stellen, bevor überhaupt eine Maskenpflicht eingeführt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Maßstab für Lockerungen müssen neben der Ausbreitungsgeschwindigkeit des Virus natürlich die Kapazitäten im Gesundheitssystem sein. Die Pandemie zeigt in aller Deutlichkeit auch die Krise unseres kommerzialisierten und privatisierten Gesundheitswesens. Der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reihardt, hat das erkannt, wenn er sagt, Krankenhäuser seien Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und keine Industriebetriebe. Sie sollen dem Patienten dienen und nicht dem Profit. Und genau das ist in Hamburg aufgrund der Privatisierung häufig nicht der Fall. Das rächt sich angesichts der Krise, wenn zum Beispiel die Schön Klinik trotz Pandemie Kurzarbeit einführt und ihre Verluste den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aufbürdet. Das, finde ich, geht nicht, wenn man vorher jahrelang Riesenprofite gemacht hat. Das ist eine unsoziale und unverantwortliche Handlung; das geht einfach nicht.

(Beifall)

Die Klinikkonzerne, die jahrelang große Profite erwirtschafteten, haben es versäumt, ausreichend Masken und Schutzausrüstung in ihren Lagern vorzuhalten, und noch Wochen nach der dringlichen Empfehlung der Bundesregierung, elektive Eingriffe zu verschieben, haben Kliniken weiterhin medizinisch nicht dringliche, aber äußerst lukrative Eingriffe durchgeführt, statt sich mit voller Kraft auf die Bekämpfung der Pandemie zu konzentrieren.

Im System der Fallpauschalen bekommen die Kliniken kein Geld für vorgehaltene Betten, kein Geld für eine Notfallinfrastruktur und auch kein Geld für eine gute Personalausstattung, sondern einzig und allein für die Behandlung von Fällen. Um mehr Gewinne zu erwirtschaften, wurde über die letzten Jahre massiv an Personal gespart. Bereits vor der Corona-Krise hat der Pflegenotstand in den Krankenhäusern zu unhaltbaren Zuständen für Pflegekräfte, aber auch für Patientinnen und Patienten geführt. Die Folge war ein verschärfter Fachkräftemangel, gerade auch in der Intensivpflege, wo wir jetzt mitten in der Pandemie um mehr Personal ringen; auch die häufigen Sperrungen zeigen ja, dass dort einiges im Argen liegt.

Mehr denn je zeigt sich die Notwendigkeit für den Aufbau eines gemeinwohlorientierten und krisenfesten Gesundheitssystems mit guter Personalaus-

stattung und dauerhaft guter Bezahlung. Ein erster Schritt wäre, dass man als Sofortmaßnahme einen Pandemiezuschlag von 500 Euro im Monat für alle Beschäftigten in den Krankenhäusern einführt.

(Beifall)

Wir brauchen endlich die Debatte über die Vergesellschaftung der privatisierten Krankenhäuser und über die Abschaffung von Fallpauschalen.

(Beifall)

In dieser Krise erleben wir ein Marktversagen im Hinblick auf den Bezug von Masken und Schutzausrüstung. "Hauptsache billig" hat dazu geführt, dass Medikamente, Masken und Schutzausrüstung nicht mehr in Europa produziert werden, sondern in China oder Indien – die ständigen Lieferengpässe zeigen die fatalen Konsequenzen für das Personal in den Krankenhäusern und in den Pflegeeinrichtungen, das nicht ausreichend Schutzausrüstungen erhält und dadurch gefährdet ist. Mittlerweile werden für Atemschutzmasken Mondpreise verlangt und Wucher betrieben. Die Lehre daraus muss doch lauten, dass angesichts der Not zügig Produktionskapazitäten auch in Hamburg aufgebaut werden müssen.

(Beifall)

Zum Schluss möchte ich noch zur Versammlungsfreiheit kommen. Auch wenn angesichts der Corona-Epidemie gewisse Freiheitseinschränkungen unabdingbar sind, muss immer wieder betont werden, dass die Grundrechtseinschränkungen nur so lange wie absolut notwendig andauern dürfen und auch in der Krise auf das notwendige Maß beschränkt werden müssen. Ein pauschales Versammlungsverbot mit Ausnahmeverbehalt und die restriktive Praxis, die wir in den letzten Wochen gesehen haben, sind unverhältnismäßig und auch durch die Pandemie nicht zu rechtfertigen. Solange Protestierende Infektionsschutz und Kontaktverbot einhalten, muss im Regelfall legitimer Protest möglich sein. Insbesondere während eines Ausnahmezustands ist es für unsere Demokratie unverzichtbar, dass sich kritische Positionen aus der Zivilgesellschaft Gehör verschaffen. Auch das ist für unsere Demokratie systemrelevant. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Herr Nockemann bekommt das Wort für die AfD-Fraktion.

Dirk Nockemann AfD:* Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Erste Bürgermeister hat dargelegt, dass Hamburg, was die gesundheitlichen Belastungen angeht, bislang relativ akzeptabel durch diese Corona-Krise gekommen ist, und vorsichtige Schritte in Richtung Normalität aufgezeigt. Herr Bürgermeister, was ich

mir wünschen würde, wären große Schritte im Bereich der Verwirklichung der Senatsbildung, damit wir als Opposition endlich unsere Aufgaben in den Ausschüssen wahrnehmen können, und zwar nicht nur in den coronabezogenen Ausschüssen, sondern auch in den anderen Ausschüssen.

– Frau Kollegin, ich weiß nicht, warum Sie darüber lachen. Es ist die Aufgabe eines Parlaments, hier tatsächlich den Senat zu kritisieren. Das finde ich nicht lächerlich, sondern sehr ernsthaft.

(Beifall)

Ich möchte anmahnen, dass wir hier endlich zu vernünftigen Arbeitsbedingungen kommen. Es ist fast schon ein Skandal, dass man nach zwei Monaten immer noch keinen Senat zustande gebracht hat. Das sieht selbst in diesen schwierigen Zeiten fast ein klein wenig nach Arbeitsverweigerung aus.

(Zurufe)

– Herr Kienscherf, zu Ihnen komme ich gleich noch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen die Arbeit des Senats in Sachen Corona kritisch begleiten. Deswegen haben wir bereits vor drei Wochen an dieser Stelle die Einsetzung eines Corona-Sonderausschusses verlangt. Niemand hat darüber berichtet, vielleicht hat auch kaum jemand hingehört, weil es ja die AfD gesagt hat. Und jetzt, drei Wochen später, setzen Sie einen Corona-Sonderausschuss ein und jeder berichtet darüber, aber ohne zu erwähnen, dass der erste Aufschlag dazu von der AfD-Fraktion gekommen ist – wie gehabt in Hamburg.

Verschwiegen wird auch, dass wir bereits vor drei Wochen einen 37-Punkte-Antrag vorgelegt haben, wie man in der Corona-Krise den wesentlichen Auswirkungen widerstehen könnte. Aber auch das ist verschwiegen worden. Wenn ich es richtig verstehe, Herr Kienscherf, soll unser 37-Punkte-Antrag nachher nicht an den Ausschuss überwiesen werden. Ist das das, was man unter Parlamentarismus versteht, Herr Dr. Tjarks?

(Beifall)

Sie hatten vorhin meinen Kollegen Walczak ein klein wenig verbessert – er verstünde nichts von Parlamentarismus. Ist es Parlamentarismus, wenn man einem 37-Punkte-Antrag, der sorgfältigst ausgearbeitet worden ist von Medizinern, von Juristen, in Bausch und Bogen verweigert, im Ausschuss behandelt zu werden? Ich glaube, Sie haben Parlamentarismus nicht verstanden. Ich sage Ihnen ganz deutlich, Herr Kienscherf, ich empfinde es als piffig – und ich wiederhole, ich empfinde es als piffig –, wenn solch ein Antrag, dezidiert differenziert, noch nicht einmal an den Ausschuss überwiesen werden soll. Wir nehmen unsere Arbeit ernst. Sie tun das anscheinend nicht.

Und, Herr Thering, ich möchte auch gern auf Sie eingehen. Ich hätte nicht gesagt, was ich jetzt sagen werde, aber da Sie Ihre wunderbare Kanzlerin wieder einmal über den grünen Klee gelobt haben ... Die Corona-Pandemie kam natürlich mit Vorankündigung. Das wissen Sie auch. Eine Risikoanalyse der Bundesregierung zum Bevölkerungsschutz von 2012, bei der eine Pandemie durch ein SARS-Coronavirus mit erschreckenden Parallelen skizziert wurde, hat Ihre Bundeskanzlerin anscheinend nicht ernst genommen. Folglich war die Bundesregierung mangelhaft vorbereitet, reagierte zu spät und vor allem auch unkoordiniert.

(Beifall)

Weder für die Bevölkerung noch für das medizinische Personal wurde ausreichend Schutzkleidung vorgehalten, und der Export von Gesichtsmasken nach China noch im Februar 2020 macht deutlich, dass man damals von dieser Krankheit noch gar nichts verstanden hat. Den mittlerweile eingetretenen beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden hat die Bundesregierung daher mit zu vertreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Land kann und darf nicht länger in diesem Lockdown-Zustand verharren. Er verschärft und verstärkt soziale Ungleichheit. Kinder, die zu Hause nicht dieselben Möglichkeiten haben zu lernen wie andere Kinder ... Es ist eine Folge dieser Politik. Das betrifft ja nicht nur den IT-Bereich, es geht grundsätzlich darum, dass Kinder in bestimmten sozialen ... in den Familien zu Hause gar keine Räumlichkeiten haben, in die sie sich zum Arbeiten an ihren schulischen Aufgaben zurückziehen können.

Viele Unternehmen stehen bereits jetzt vor der Insolvenz, persönliche Existenzen werden reihenweise vernichtet. Das Coronavirus droht demnächst abgelöst zu werden durch ein Pleite- und Arbeitslosigkeitsvirus. In der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie drohen mittlerweile massive Verwerfungen. Rund ein Viertel der Betriebe stehen mittlerweile vor der Insolvenz, wenn sich die Situation nicht durchgreifend bessert. Aus der Konjunkturdelle, die sich bereits im vergangenen Jahr – vor Corona – angekündigt hat, droht ein Strukturbruch mit weitreichenden Folgen zu werden. Ein Viertel aller Start-ups werden wahrscheinlich in den Konkurs gehen, 20 Prozent der Cafés werden es nicht überleben. Wir können uns noch gar nicht vorstellen, was nach Corona in wirtschaftlicher Hinsicht auf uns zukommt. Steuermindereinnahmen und massive Ausgabenerhöhungen lassen sich auf Dauer nicht miteinander vereinbaren, sondern führen über kurz oder lang zu massiven Wohlstandsverlusten. Auch das muss der Bevölkerung klar und deutlich gesagt werden.

Herr Kienscherf, Sie machten vorhin deutlich, dass es allein dem guten Wirtschaften des Senats zu verdanken sei, dass man sich diese Leistungen

(Dirk Nockemann)

heute erlauben könne, die man im Bereich Kurzarbeit und so weiter zahlt. Nein, Sie haben das nicht verstanden. Sie haben es nicht verstanden. Sie haben sich diesen wirtschaftlichen Wohlstand erkaufte durch die Niedriglöhne, die wir in Deutschland haben. Sie haben sich ihn erkaufte durch die Nullzinspolitik, mit einer Enteignung von Millionen Sparern. Aber es waren mit Sicherheit nicht Ihre guten Leistungen.

(Beifall)

Wir brauchen eine offensive und intensive Diskussion im Bereich der Öffnung weg vom Lockdown, und es ist völlig inakzeptabel, wenn eine Bundeskanzlerin Merkel der Bevölkerung, den Menschen, die vor dem Konkurs stehen, entgegenschleudert, sie habe kein Verständnis mehr für diese Debatten um Lockerungen. Es ist ehrlich gesagt unglaublich, dass sie derartige Diskussionen als Orgien verunglimpft. Frau Merkel scheint immer noch nicht verstanden zu haben, Herr Thering, dass die Bürger des Landes diesen Wohlstand generieren und dass die Bürger dieses Landes nicht die Befehlsempfänger der Bundeskanzlerin sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bevölkerung hat ein Recht auf diese Debatte. Auf die Äußerungen von Frau Merkel sollte man da durchaus verzichten, was die Öffnung angeht. Denn wenn man sich einmal anschaut, wie Frau Merkel in der Vergangenheit reagiert hat: Erst hatte sie von sich gegeben, man müsse die Verdopplungszahlen über einen Zeitraum von zehn Tagen erstrecken. Als wir dann Verdopplungszahlen von zehn Tagen hatten, sagte sie, wir bräuchten mehr, nämlich jetzt 10 bis 14 Tage. Und als wir das erreicht hatten, ging es irgendwann zur Reproduktionszahl von 1. Erst wenn wir bei dieser Reproduktionszahl von 1 oder darunter lägen, dauerhaft darunter, gebe es keine Gefahr einer exponentiellen Steigerung mehr, keine Gefahr mehr dafür, dass das Gesundheitssystem mit einer plötzlichen Patientenwelle überrollt wird.

Allerdings – und wenn man sich die Zahlen heute rückwirkend ansieht – muss man zugestehen, dass die Reproduktionszahl bereits seit dem 10. März, also fast eine Woche vor dem Lockdown am 16. März, nicht mehr über 1 gelegen hat. Daher stellen sich manche heute die Frage, ob in der Tat dieser Lockdown diese entsprechende Wirkung hatte.

Ich möchte nicht, dass es da zu Missverständnissen kommt: Dieses Virus ist aggressiv, hochgefährlich, und der Gesundheitsschutz hat eine hohe, sogar eine sehr hohe Priorität. Großveranstaltungen müssen noch lange untersagt bleiben, denn es wird immer deutlicher, wo die eigentlichen Brandbeschleuniger waren. Das war der Karneval und das war das Après-Ski in Österreich. Aber wir müssen auch aufpassen, dass die Maßnahmen, die zum Schutz der Gesundheit verfügt werden, nicht völlig außer Verhältnis zu dem Schaden ste-

hen, der infolge dieses Lockdowns entsteht. Ohne funktionierende Wirtschaft können die hohen Standards unseres Gesundheitswesens eben nicht länger finanziert werden. Ohne funktionierende Wirtschaft gibt es kein funktionierendes Gesundheitssystem. Deshalb muss die Politik der Wirtschaft endlich coronasichere Rahmenbedingungen geben. Die Hamburger haben ein Recht auf eine Perspektive. Bei welcher täglichen Rate der Neuinfektionen und bei welcher Quote der Belegung von Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeit werden denn die Beschränkungen weiter gelockert?

In unserem Land muss unter Einhaltung strenger Hygiene- und Abstandsvorschriften endlich wieder der Normalzustand hergestellt werden. Vorschriften müssen aus sich heraus nachvollziehbar und verständlich sein. Es geht nicht, dass kaum noch jemand weiß, in welchem Bundesland welche Vorschriften gelten bei diesem Wust von Vorschriften, die wir haben. Ich will dabei gar nicht auf dieses Beispiel mit den 400 oder 800 Quadratmetern eingehen; die Größe scheint ja reine Willkür zu sein.

Masken beschaffen. Ich kann als Senat doch nur die Maskenpflicht befürworten, empfehlen oder vorgeben – was ich durchaus für vernünftig halte –, wenn ich der Bevölkerung Masken zur Verfügung stellen kann. Alles andere macht mich doch als Politik unglaubwürdig. Auch bei der Entwicklung dieser sogenannten Corona-Apps ist mittlerweile ein Streit unter den Entwicklern ausgebrochen. Wir werden das wahrscheinlich gar nicht bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Föderalismus hat gegenüber dem Zentralstaat sicherlich auch gewisse Nachteile. Hamburg sollte aber eher die Vorteile sehen und für Industrie, Handel, Gewerbe bessere und verlässlichere Rahmenbedingungen schaffen, als andere Bundesländer das tun. Das ist wichtig wegen des dringend erforderlichen Wirtschaftswachstums. Das ist wichtig, weil, wie ich eben ausgeführt habe, der Lockdown wahrscheinlich gar nicht diese niedrige Reproduktionszahl herbeigeführt hat. Es ist vor allem auch deswegen wichtig, weil wir unsere Verfassung nicht gänzlich aus den Augen verlieren dürfen.

Die derzeitige Einschränkung von Grundrechten ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Verfassungsrechtlich garantierte Rechte sind suspendiert. Fortbewegungsfreiheit, Freiheit der Wahl des Aufenthaltsorts sind massiv beschränkt. Die Ausübung der Berufsfreiheit wird Millionen von Geschäftsleuten, Handwerkern, Gastwirten, Hoteliers, Musikern und anderen Künstlern vorenthalten. Die Versammlungsfreiheit ist suspendiert. Vielen Dank an die Gerichte, die im Bereich der Versammlungsfreiheit kürzlich andere Entscheidungen getroffen haben, natürlich immer unter Beachtung der entsprechenden Hygienevorschriften.

(Dirk Nockemann)

(Beifall)

Innerhalb weniger Wochen wurde aus einem Gemeinwesen, das auf seine Freiheitlichkeit stolz ist – zu Recht stolz ist –, ein Staat, der von fundamentalen Freiheiten kaum noch etwas übriggelassen hat, ein Staat, der die individuelle Freiheit einem kollektiven Ziel in einem Maße unterordnet, das man in demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnungen sonst nicht kennt. Verwiesen sei hier beispielhaft auf die Kritik des Staatsrechtlers Professor Murswiek in seinem Aufsatz "Raus aus dem Ausnahmezustand!". Professor Murswiek bezweifelt auch, ob der gesellschaftliche und ökonomische Lockdown im rein verfassungsrechtlichen Sinne – und es geht hier um die Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne, das will ich jetzt nicht näher ausführen, es gibt eine im engeren Sinne und eine im weiteren – erforderlich ist. Ist es erforderlich, der gesamten Bevölkerung etwas aufzuerlegen, was eigentlich dadurch vermeidbar wäre, dass man gewissen Risikogruppen durchaus etwas zumuten könnte? Noch problematischer als diese Erforderlichkeit ist die Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne, also die Frage der Vor- und Nachteilsabwägung. Diese scheint gar nicht stattgefunden zu haben.

Deswegen fordern wir: Geben Sie der Bevölkerung, geben Sie Handel und Gewerbe die Freiheit zurück. Wir fordern, dass das Demonstrationsverbot aufgehoben wird, natürlich immer unter Beachtung des Distanzgebots und der Hygieneregulungen. Wir fordern, dass nicht nur Geschäfte, sondern auch Restaurants und Cafés wieder öffnen dürfen. Wir fordern, dass Hotels für Gäste aus dem Inland wieder geöffnet werden. Bei ausreichender Desinfektion sehen wir hier überhaupt keine Risiken. Wir fordern, dass die Gottesdienste für alle Glaubensgemeinschaften wieder geöffnet werden; auch dort kann man durchaus Bänke freihalten.

Zum Abschluss möchte ich all denjenigen danken, die das Rad in dieser Gesellschaft am Laufen halten, Kranken und Hilfsbedürftigen beistehen, die die Ordnung wahren und der Krisenzeit hoffnungsvoll und mutig entgegengetreten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält jetzt Frau von Treuenfels-Frowein.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin, lieber Herr Bürgermeister und liebe Kollegen! Ja, ich finde auch, nach vier Wochen starker Freiheitseinschränkungen durch die Corona-Schutzmaßnahmen ist es Zeit, über Grundrechte zu sprechen, über die Freiheit der Berufsausübung, die Versammlungsfreiheit, die Religionsfreiheit und vor allem über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Der Lockdown vor ein paar Wochen war verhältnismäßig, denn es gab kein milderes Mittel, und ich war damals eine der Ersten, die Mitte März gefordert hat, dass wir die Schulen schließen müssen. Das war ebenso erforderlich wie viele andere Maßnahmen auch. Dank des effizienten und hohen Einsatzes aller Beteiligten – das ist hier auch schon erwähnt worden – und aufgrund der hohen Disziplin der Hamburger waren diese Schutzmaßnahmen erfolgreich, und so haben wir gemeinsam die Ausbreitung des Virus in Hamburg deutlich verlangsamt. Ich finde, das ist ein Dank an alle wert.

Die Schritte in die sogenannte neue Normalität, wie das jetzt ja so schön heißt, dürfen allerdings nicht unverhältnismäßig sein, und damit auch nicht die Lockerungen. Das Kriterium Größe/Quadratmeter führt zu Ungleichbehandlungen; der Bürgermeister hat es schon angemahnt. Das Gleiche gilt für weiter geschlossene Gotteshäuser und Außen-gastronomiebetriebe gegenüber offenen Shopping Malls. Sachgerecht und verhältnismäßig ist hier das mildere Mittel für alle, nämlich eine Maskenpflicht und Durchsetzung des Abstandsgebots. Bei allen Einschränkungen von Freiheitsrechten muss immer wieder geprüft werden, ob diese Einschränkungen notwendig sind oder ob es möglicherweise mildere Mittel gibt, denn das ist das Einzige, was wirklich Verhältnismäßigkeit schafft.

Wir hören nun, dass diese Problematik bei Ihnen im Senat angekommen ist. Die Maskenpflicht wird nun zumindest teilweise eingeführt, und Sie prüfen weitere Lockerungen. Ich sage Ihnen, das ist sehr gut so. Denn sonst könnte die stabile Zustimmung der Bürger irgendwann in eine fragile Zustimmung umschlagen, und das wäre gefährlich. Wir sollten das nicht riskieren, weil uns die Pandemie noch sehr lange beschäftigen wird.

Das gilt auch für die Folgen, zum Beispiel für die Schulen. Wir brauchen, das wird immer deutlicher, eine Offensive für den digitalen Unterricht. Genau so müssen wir jetzt endlich Investitionen in zeitgemäße Sanitärbereiche in den Schulen tätigen. Das ist lange überfällig, meine Damen und Herren.

Die Folgen für die Hamburger Wirtschaft, für unseren Haushalt werden langfristig sein. Hier drohen uns starke Struktureinbrüche. Und die Folgen für unser Parlament liegen auch auf der Hand. Die Milliardenbelastungen, die jetzt auf Hamburg zukommen, müssen dringend parlamentarisch kontrolliert werden. Deshalb nehme ich hier noch einmal die Gelegenheit wahr und mahne es deutlich an: Unabhängig von einem sogenannten Corona-Ausschuss bitte ich Sie, endlich einen Haushaltsausschuss und einen Gesundheitsausschuss einzusetzen. Nur die haben eine parlamentarische Kontrolle.

(Beifall)

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP)

Wir wollen gemeinsam Verantwortung übernehmen, und das können wir nur so.

– Haben Sie herzlichen Dank; ich freue mich, dass ich dafür Unterstützung bekomme.

Ich hoffe, dass Sie das auch so sehen. Wir brauchen diese Ausschüsse, das ist einfach so.

Ja, es ist so, Herr Kienscherf. Und Ihnen kann ich auch gleich noch dazu sagen, denn ich habe noch eine Minute, wie ich sehe: Wir müssen uns alle an Neues gewöhnen. Aber auch Sie sollten sich daran gewöhnen, dass es eine Opposition in diesem Haus gibt. Wir können ruhig auch einmal geteilter Meinung sein, und ich finde, das sollten wir auch, denn dafür sind wir da. Wir bringen Vorschläge ein – ich darf das nicht, weil ich kein Antragsrecht habe, sonst hätten Sie schon eine Fülle von Vorschlägen von mir. Aber dennoch müssen wir hier kritisch miteinander reden können und dürfen uns nicht gegenseitig sagen, was wir zu sagen haben und was wir nicht zu sagen haben, denn das ist wahre Demokratie und nichts anderes. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Mir liegt jetzt noch eine weitere Wortmeldung vor vonseiten der Fraktion DIE LINKE. Wenn es weitere Wortmeldungen nicht gibt, Frau Boeddinghaus, dann bekommen Sie gleich das Wort.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch ein paar Worte zum Bereich Schule sagen, weil das ja schon ein sehr, sehr wichtiger Bereich ist, der jetzt von den Lockerungsmaßnahmen betroffen ist. So wie ich das wahrnehme, sind die Eltern, sind die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte durchaus hin- und hergerissen zwischen Erleichterung aber auch großer Besorgnis. Ich glaube, wenn wir ehrlich sind, müssen wir uns alle eingestehen, dass es im Grunde ein fragendes Voranschreiten gibt, ein Tasten nach den richtigen Verhältnismäßigkeiten in den Maßnahmen.

Ich fand es sehr beeindruckend, den letzten Podcast von Professor Drost zu hören, der eine Studie zitiert, die die Frage zumindest in den Raum wirft, dass auch junge Menschen in gleicher Weise wie ihre Eltern selbst Überträgerinnen und Überträger dieses Virus sein können. Ich finde, so etwas muss man ernst nehmen und so etwas muss man berücksichtigen. Solche Diskussionen, lieber Herr Nockemann, müssen erlaubt sein. Genau das macht die Kanzlerin. Ich verteidige sie nicht oft, aber ich finde ihre Abwägung, über mögliche Lockerungen zu diskutieren, diese aber auch immer kritisch zu hinterfragen und sie wissenschaftlich abzusichern, absolut legitim und wichtig.

(Beifall)

Gerade vor dem Hintergrund, dass hier von Herrn Kienscherf gesagt wurde, wir seien noch weit weg von Normalität, dass wir vor drei Wochen die Corona-Krise in einem Antrag als Naturkatastrophe eingeordnet haben und Herr Tjarks zu Recht an die Kinderrechte appelliert hat und sie in den Fokus rücken will, sind wir und viele andere in der Stadt auch voller Unverständnis darüber, dass die Schulen jetzt unter dem Druck der Prüfungen beginnen sollen. Das finden wir völlig kontraproduktiv. Wir finden, es ist eine Bankrotterklärung der KMK, dass sie in solchen Krisenzeiten nicht über ihren Bildungsbürgertellerrand schauen und überlegen kann, wie Schule und wie Bildung in diesen schweren Krisenzeiten organisiert werden kann.

Aus unserer Sicht wäre das richtige Mittel gewesen, jetzt diejenigen wieder in die Schulen einzuladen, die es aus unterschiedlichen Gründen zu Hause wirklich gerade nicht leicht haben – siehe Kita-Öffnung, die wir sehr unterstützen –, oder eben auch die, die einfach Lust haben, wieder in die Schule zu kommen. Wir hätten auf das Prinzip Freiwilligkeit gesetzt und auf das Prinzip Inklusion und Integration derer, die es jetzt wirklich bitter nötig haben.

(Beifall)

Aber dass die Schule jetzt anfängt mit diesem Prüfungsdruck, wo man doch weiß, dass die letzten vier Wochen in den Elternhäusern unter wirklich teilweise schwierigen Bedingungen stattgefunden haben, das, finde ich, ist nicht Kinderschutz in den Blick nehmen, und das ist nicht die Würdigung dessen, dass wir in einer krisenhaften Situation sind und dass der Schulalltag alles andere als normal ist.

(Beifall)

Und ich möchte dem Bürgermeister noch einen Hinweis auf den Weg geben, der mir wirklich am Herzen liegt. Schauen Sie sich bitte die Belehrung an, die aus der Behörde kommt an die Eltern. Die Eltern sollen eine Belehrung unterschreiben, und ihre Kinder. Da steht ein Punkt:

"... ich erkläre, dass mein Kind nicht unter Quarantäne steht ..."

Ja, das könnte ich erklären – und dann:

... "und in unserem Kontaktbereich kein Fall von COVID-19 besteht"

Das könnte ich nicht wissen. Wer will das von uns wissen? Wer will Verantwortung dafür übernehmen, dass das so ist oder dass es so nicht ist? Das geht überhaupt nicht. Ich bitte Sie inständig, dass Sie das bitte dem Schulsenator vermitteln, dass es nicht geht. Ich würde diese Unterschrift verweigern und ich würde dich als Vater dahin belehren, das auch nicht zu tun. Du bist nämlich am Ende da und trägst die Verantwortung. Ich finde, das ist ein so hohes Gut, wie wir mit unseren jun-

(Sabine Boeddinghaus)

gen Menschen in den Bildungseinrichtungen umgehen müssen, dass das unbedingt noch einmal überprüft werden muss.

Ich möchte zum Schluss noch einmal sagen, dass ich wirklich großen Respekt hatte vor Karin Prien, die schon am 24. März 2020 als CDU-Bildungspolitikerin nach vorn gegangen ist und gesagt hat, liebe Leute, lasst uns dieses Jahr auf die Prüfungen verzichten. Dass dann ein sozialdemokratischer Schulsenator aus Hamburg sie sofort in einer Pressemeldung basht und sich wirklich dann geriert als einer, der das hier alles trotz Krise wunderbar durchziehen kann, das, finde ich, ist wirklich peinlich, das muss ich sagen.

Zum Schluss, sehr wichtig: Ich bedanke mich natürlich auch bei allen in der Behörde, die Tag und Nacht rödeln, das ist überhaupt keine Frage, in den Schulen, bei den Lehrerinnen und Lehrern, und ich wünsche den jungen Leuten viel Glück bei ihren Prüfungen. Ich hätte mir für sie einen anderen Schulstart gewünscht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, dann haben wir die Aussprache zur Regierungserklärung beendet.

Und wir kommen zu Punkt 6 unserer Tagesordnung: Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts

– Drs 22/85 –]

Hierzu hat der Abgeordnete Walczak mitgeteilt, dass er gemäß Paragraf 38 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt zur Abgabe einer allgemeinen Erklärung. Ich weise Sie gern noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Erörterung von Personalfragen ausgeschlossen ist. – Herr Walczak, Sie haben das Wort für maximal zwei Minuten.

Krzysztof Walczak AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft vollzieht heute eine der wichtigsten Aufgaben, die ihr in unserer Verfassungsordnung zukommt, die Wahl eines Verfassungsrichters. Im Vorweg wurde den Fraktionen eingeräumt, den Kandidaten für einige Minuten telefonisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit anzuhören, das war eine Geste des Respekts gegenüber den Abgeordneten, es war aber keine Pflicht, es fand keine öffentliche Anhörung statt, selbst die Identität des

Kandidaten ist abseits von uns Abgeordneten der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis gebracht worden.

Diese Vorgehensweise ist ein Konstruktionsfehler in unserer Rechtsordnung. In der Demokratie müssen alle Staatsgewalten, also auch die Judikative, eine Legitimation durch den Souverän erfahren, nicht unbedingt durch direkte Volkswahl, aber doch in jedem Fall durch einen fairen, offenen und transparenten Auswahlprozess, bei dem das Volk sich eine Meinung bilden kann, ob nun zu Abgeordneten, Senatoren oder Verfassungsrichtern.

Das politische System in Deutschland geht nicht von einer Gleichordnung aller drei Gewalten aus, in Deutschland hat die Judikative häufig das letzte Wort. Wenn eine Regierung Fehlentscheidungen trifft, kann sie von den Abgeordneten abgewählt werden. Wenn Abgeordnete Fehlentscheidungen treffen, können sie vom Volk abgewählt werden. Was aber, wenn ein Verfassungsgericht Fehlentscheidungen trifft? Wie können Sie die Fehlentscheidung eines Verfassungsgerichts korrigieren, ohne gleich die Verfassung zu ändern? Die Antwort lautet: gar nicht. Im Verfassungsstaat haben diejenigen, die die Verfassung auslegen, das letzte Wort. Deshalb müssen wir diejenigen, die unser Recht auslegen, sorgfältig, demokratisch und transparent auswählen. Bitte überlegen Sie sich also, ob wir nicht für die Wahl zukünftiger Verfassungsrichter eine Transparenzreform brauchen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann kommen wir zur Durchführung der Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts. Dafür benutzen Sie bitte den gelben Stimmzettel, der Ihnen vorliegt. Sie sehen je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Bitte machen Sie nur ein Kreuz, alles andere macht den Stimmzettel ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel sind ungültig. Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidungen vor. Unsere beiden Schriftführerinnen werden gleich mit dem Einsammeln der Stimmzettel beginnen. Bitte bleiben Sie auf Ihren Plätzen.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Jetzt sind, glaube ich, alle Stimmzettel abgegeben worden, dann schließe ich die Wahlhandlungen. Wir zählen die Stimmzettel jetzt aus und unterbrechen so lange die Sitzung, bis gleich.

Unterbrechung: 15.38 Uhr

Wiederbeginn: 15.56 Uhr

(Glocke)

(Präsidentin Carola Veit)

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet, und ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt.

Bei der Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 67 Stimmzettel abgegeben worden, alle waren gültig. Herr Carsten Gericke erhielt 52 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen. Damit ist Herr Gericke nun zum Vollmitglied des Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall)

Herzlich willkommen hier in unserer Mitte, Herr Gericke. Die Bürgerschaft hat Sie soeben zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt, dazu meine herzlichen Glückwünsche. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Carsten Gericke: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Carola Veit: Gut. Als bisheriges vertretendes Mitglied, das Sie schon waren, haben Sie den Eid über das Hamburgische Verfassungsgericht vor diesem Haus bereits geleistet, wir brauchen Sie also nicht erneut zu vereidigen. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen jetzt als Mitglied des Verfassungsgerichts weiterhin eine glückliche Hand in der Amtsführung, alles Gute und auch viel Freude bei der Aufgabe. Herzlichen Glückwunsch noch einmal.

(Beifall)

Dann kommen wir zu den Punkten 2 und 3 unserer Tagesordnung, weitere Wahlen. Einmal die Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes und die Wahl von fünf ordentlichen Mitgliedern und zehn stellvertretenden Mitgliedern für die Härtefallkommission.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes

– Drs 22/30 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von fünf ordentlichen Mitgliedern und zehn stellvertretenden Mitgliedern für die Härtefallkommission

– Drs 22/31 –]

Wir haben vereinbart, dass die Wahl in einem Wahlgang durchgeführt werden kann. Sie haben zwei Stimmzettel vorliegen, orange und grün in diesem Fall, und auch hier finden Sie wieder Fel-

der für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Machen Sie bei jedem der Namen bitte nur ein Kreuz, alles andere macht dann die Wahl dieses Kandidaten ungültig, so wie das weitere Eintragen auf dem Stimmzettel auch tun würden.

Nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung bitte vor, und in einem Moment werden unsere beiden Schriftführerinnen wieder mit dem Einsammeln beginnen.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Stimmzettel werden ausgezählt und die Ergebnisse vereinbarungsgemäß zu Protokoll gegeben.**

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu Punkt 9a unserer Tagesordnung, dringlicher Senatsantrag: Nachbewilligung nach Paragraf 35 LHO im Einzelplan 9.2 sowie Änderung des Haushaltsbeschlusses für das Haushaltsjahr 2020 zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie.

[Dringlicher Senatsantrag:

Dringlicher Antrag – Haushaltsplan 2019/2020: Nachbewilligung nach § 35 der Landeshaushaltsordnung im Einzelplan 9.2 sowie Änderung des Haushaltsbeschlusses für das Haushaltsjahr 2020 zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie

– Drs 22/88 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Parlamentarische Haushaltshoheit erhalten, keine Blankovollmacht für den Senat

– Drs 22/102 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Corona-Hilfen müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Gewerbsmäßigen Betrug und Wirtschaftskriminalität auch langfristig wirksam bekämpfen.

– Drs 22/103 –]

[Antrag der Fraktionen der SPD, GRÜNEN, CDU und der LINKEN:

Einsetzung eines Sonderausschusses "Bewältigung der Corona-Krise"

– Drs 22/107 –]

[Antrag der CDU-Fraktion:

Angemessene Beteiligung und transparente Information der Bürgerschaft an Milliarden-Nachbewilligung zur Bewältigung der Corona-Krise sicherstellen

– Drs 22/110 –]

[Antrag der SPD- und GRÜNEN Fraktion:

** Wahlergebnis siehe Anlage 1, Seite 131 f.

(Präsidentin Carola Veit)

Mehrbedarfe zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie – Parlamentarische Kontrolle sicherstellen

– Drs 22/111 –]

Hierzu liegen Ihnen fünf Zusatzanträge vor. Als Drucksachen 22/102 und 22/103 zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE, als Drucksache 22/107 ein gemeinsamer Antrag von SPD, GRÜNEN, CDU und der LINKEN, als Drucksache 22/110 ein Antrag der CDU-Fraktion und als Drucksache 22/111 ein weiterer Antrag der SPD und GRÜNEN.

Wir starten mit der Debatte. – Das Wort bekommt Herr Dr. Petersen für die SPD-Fraktion.

Dr. Mathias Petersen SPD:* Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon in der letzten Bürgerschaftssitzung das eine oder andere beschlossen, damit die Hilfsmaßnahmen losgehen können. Herr Bürgermeister, Sie haben schon dargestellt ... Ach, der ist gar nicht da. Der Bürgermeister hat dargestellt, dass schon 50 000 Anträge bearbeitet worden sind, über 300 Millionen Euro ausgezahlt worden sind. Und ich finde, an dieser Stelle muss man auch einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden, die dafür zuständig sind, dies aufzuarbeiten – über Ostern gearbeitet haben –, sehr herzlich danken.

(Beifall – Vizepräsident André Trepoll übernimmt den Vorsitz.)

Der Senat bittet uns nun, damit die Hilfen auch weitergehen können, um die eine oder andere Finanzhilfe. Wir sollen Kreditrahmen erweitern, und das ist in der Drucksache nachlesbar. Wichtig ist, dass wir jetzt Maßnahmen ergreifen und den Senat dahingehend unterstützen, dass er kurzfristig und schnell handeln kann. Und deswegen ist das, was wir jetzt tun, auch ein bisschen außergewöhnlich, dass wir also dem Senat eine große, freie Möglichkeit geben, Gelder zu verwenden. Und der eine oder andere Antrag zeigt doch schon, dass dahinter ein bisschen Skepsis steht.

Wir haben einen großen Betrag von 1 Milliarde Euro, der aufgeteilt ist in 800 Millionen Euro zahlungswirksam und 200 Millionen für Investitionen und Darlehen. Allein die 800 Millionen Euro, die wir jetzt mit auf den Weg geben, sind schon zum großen Teil eingeplant. 300 Millionen Euro, es werden auch noch mehr, für die Schutzmaßnahmen. Davon, der Bürgermeister hat es dargestellt, 25 Millionen Euro für die innovativen Start-ups. Da sind dann auch 25 Millionen Euro für den Kulturbereich, 13 Millionen, oder 13,5 genau, für den Bereich Schutzmaßnahmen und dergleichen. 13 Millionen Euro oder sogar ein bisschen mehr für die Studenten und Studentinnen. Da muss man sagen, dafür könnte noch ein bisschen mehr Werbung gemacht werden, damit Studentinnen und Studenten das

auch nutzen. Das ist sehr viel einfacher zum Beispiel als das BAföG.

Wir haben 6,5 Millionen Euro allein jeden Monat für die Unterstützung bei den Elternbeiträgen bei den Kitas. Und 200 Millionen Euro sind vorgesehen als Erhöhung des Verlustbeitrags für die HGV. Darin ist zum Beispiel Bäderland enthalten, die natürlich jetzt keine Einnahmen haben. Darin ist die HOCHBAHN, die weniger Einnahmen hat. Diese Beträge summieren sich schon auf 600 Millionen Euro von den 800.

Und jetzt fragt man sich, wie ist denn unser Einfluss, der Einfluss der Bürgerschaft auf die Ausgaben? Dazu gehört zum einen Vertrauen. Wir vertrauen dem Senat und denken, dass er damit gut umgehen wird. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Deswegen haben wir einen Zusatzantrag gestellt gemeinsam, der deutlich macht, dass wir doch schon monatlich und auch zu den Quartalsenden genaue Hinweise bekommen wollen, wie denn das Geld im Einzelnen ausgegeben worden ist. Da hat die CDU einen Antrag gestellt, dass sie eine Haushaltssperre einführen möchte über 200 Millionen Euro. Ich glaube, das ist in dieser Zeit eine schwierige Situation, indem wir eine Haushaltssperre einführen, wo dann immer der Haushaltsausschuss tagen muss oder die Bürgerschaft, um diese Haushaltssperre wieder aufzuheben. Und in dieser Situation, wo es manchmal sehr schnell notwendig ist, Gelder bereitzustellen, ist das in unseren Augen nicht der richtige Weg.

(Beifall)

– Danke, Farid. Die SPD schläft noch ein bisschen. Wir könnten auch noch einmal, Farid, weil die SPD gerade nicht geklatscht hat, die SPD fragen, ob sie nun doch die Haushaltssperre haben möchte.

(Zurufe)

– Ja. Mache ich jetzt nicht. Alles gut.

Also, das, glauben wir, ist jedenfalls nicht der richtige Weg, eine Haushaltssperre dort einzuführen. Und wir glauben auch, dass es in den letzten Jahren so gewesen ist, dass der Senat Kreditemächtigungen nie ausgenutzt hat, um seinen Haushalt klarzumachen. Aber auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass wir Haushaltspolitiker sehr genau darauf gucken, ob die einzelnen Senatorinnen und Senatoren dann nicht doch vielleicht auf die Idee kommen, das Geld ein bisschen anders zu nutzen.

(Glocke)

Vizepräsident André Trepoll (unterbrechend): Herr Petersen, Sie ermöglichen mir, zum ersten Mal das Wort zu ergreifen und Sie auf die Redezeit hinzuweisen, die jetzt abgelaufen ist. Deshalb möchte ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Dr. Mathias Petersen SPD (fortfahrend):* – Ja, vielen Dank.

Also, ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident André Trepoll: Vielen Dank. – Dann erteile ich dem Abgeordneten Farid Müller von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor drei Wochen haben wir die Schuldenbremse an dieser Stelle ausgesetzt, um in der Not, in der sich diese Stadt befindet, sie jetzt mit zusätzlichen Haushaltsmitteln durch diese Zeit zu bringen. Heute liegt uns eine Senatsdrucksache vor, in der steht, wie dieses Geld jetzt verwendet werden soll. Das hat der Kollege Petersen eben auch schon erwähnt, ich will mich nicht so sehr wiederholen. Es wird schon aufgeteilt in bestimmte Bereiche, das ist bereits gesagt worden. Es ist also kein loser Blankoscheck. In der Telefonkonferenz, die der Finanzsenator den Vertretern der Fraktionen angeboten hat und auch abgehalten hat beim letzten Mal, ist dann noch einmal diese Verwendung der Summen, diese 600 Millionen Euro, die praktisch schon belegt sind, uns allen zur Kenntnis gegeben worden. Insofern ist da jetzt schon maximale Transparenz.

Es verbleiben momentan noch 200 Millionen Euro, die dann eben ausgeschöpft werden können und wahrscheinlich wohl auch werden, wenn man das momentan so beobachtet. Deswegen haben wir schon an dieser Stelle einen ersten guten Berichtspunkt vom Senator erhalten. Wir gehen davon aus, dass das gern so weitergeht. Aber wir haben auch gesagt, das wollen wir lieber hier noch einmal beschließen. Es waren alle Fraktionsvertreter dafür, dass wir möglichst zeitnah informiert werden. Das passiert jetzt immer monatlich. Und ich denke auch, dass wir den neu eingesetzten Corona-Ausschuss, den wir heute hier noch beschließen müssen, auch als Haushälterinnen und Haushälter, die interessiert sind, dazu nutzen sollten, dann nachzufragen, und nicht nur in Telefonkonferenzen einmal darüber kurz zu sprechen. Das versteht sich von selbst. Und ich gehe auch davon aus, dass dann die Finanzbehörde uns da Rede und Antwort stehen kann und wird.

Ja, es ist schon einmal gesagt worden, wofür wir jetzt diese Gelder verwenden wollen. Und wir haben hier auch noch einmal einen Bereich, wo wir die Kassenkredite sozusagen ausweiten. Es geht noch einmal über diese eine Sache, die wir schon beim letzten Mal beschlossen haben, hinaus. Auch da wollen wir natürlich, dass der Senat, ebenso für die öffentlichen Unternehmen, handlungsfähig bleibt. Und auch da wollen wir natürlich regelmäßig informiert werden, wenn größere Summen abge-

fordert werden, damit wir hier als Haushaltsgesetzgeber ein Gefühl dafür haben, wann und wo und wohin das Geld so fließt.

Wir haben schon den Eindruck, dass wir jetzt so langsam in eine Phase kommen, wo wir von den Soforthilfen, wo wir sehr froh sind, dass das in Hamburg jetzt gut gelaufen ist und die auch offenbar sehr gut abfließen – zu dem Betrug sage ich gleich noch etwas –, dass wir jetzt in eine Phase kommen, wo wir schauen müssen, dass wir gezielter und so ein bisschen mit mittelfristigem Blick sehen, wie wir diese Stadt jetzt sozusagen in eine Phase bringen finanziell und haushälterisch, die es uns ermöglicht, die Zeit während und beim Auslaufen der Krise – so muss man es momentan ein bisschen formulieren, sie wird nicht morgen vorbei sein, sie wird auch im Sommer nicht vorbei sein – durchzuschleusen. Und gleichzeitig hat dieses Parlament auch noch die Aufgabe, bald einen neuen Haushalt aufzustellen. Also all das kommt auf uns zu.

Ich finde, die rot-grüne Regierung der letzten fünf Jahre ist sehr sorgsam mit diesem Haushalt umgegangen. Das erlaubt uns jetzt auch zu handeln. Ich bin sehr zuversichtlich, dass das Vertrauen, was wir heute hier dem Senat geben, nicht enttäuscht wird, sondern dass wir sehr zeitnah informiert werden, dass wir davon ausgehen können, dass die Mittel sehr punktgenau eingesetzt werden im Sinne des Parlaments und im Sinne der Stadt. Und wir werden das als Parlament auch dann regelmäßig kontrollieren und abfragen. Das versteht sich von selbst, das ist unsere originäre Aufgabe.

Ich will gern noch etwas zu den Anträgen der LINKEN und der CDU sagen. Auch hier kann ich verstehen, dass Sie das Vertrauen nicht in denselben Maße teilen wie wir. Dennoch ist es einfach unpraktisch. Wir haben keinen Haushaltsausschuss oder irgendeinen Ausschuss, der für sich allein entscheiden kann, wenn zum Beispiel Sommerpause ist, dass wir Mittel freigeben. Da müsste das ganze Parlament zusammenkommen in einer Sondersitzung. Erst Haushaltsausschuss, dann Sondersitzung Bürgerschaft im Anschluss, um Mittel freizugeben. Ich halte das in der Krise momentan einfach für unpraktikabel. Und deswegen glaube ich und werbe darum, dass Sie das auch verstehen. Ich werbe darum, dass wir schnell informiert werden vom Senat, und ich gehe davon aus, dass das passiert. Und da kann man dann Kritik üben, wenn es nicht so läuft, wie man meint. Aber an dieser Stelle, glaube ich, müssen wir jetzt so handeln, und ich bitte um Ihre Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall)

Vizepräsident André Trepoll: Vielen Dank. – Dann erhält jetzt das Wort der Abgeordnete Kleibauer für die CDU-Fraktion.

Thilo Kleibauer CDU:* Herr Präsident, liebe Kollegen! In einer Krise geht es darum, dass die Stadt in jeder Situation handlungsfähig bleibt. Dazu gehört ohne Frage die Ausweitung des finanziellen Spielraums. Da geht es auch für uns darum, schnell zu handeln, schnelle Entscheidungen zu treffen. Dafür ist die Bürgerschaft bereit. Dafür sind wir als CDU-Fraktion bereit, das haben wir in der letzten Sitzung deutlich gemacht. Das haben wir auch bei dieser Drucksache deutlich gemacht, die wir sehr kurzfristig auf die heutige Tagesordnung genommen haben. Das ist wichtig, auch für uns als CDU-Fraktion, insbesondere damit oder dafür, dass die schon erwähnten Soforthilfen für das Corona-Sofortprogramm zur Stützung des Mittelstandes, der kleinen Unternehmen, wirklich gut und schnell ausgezahlt werden können und dass es da keinerlei Engpässe gibt bei der Umsetzung durch die IFB.

(Beifall)

Aber man muss natürlich sagen, dass die Drucksache eine deutliche Schattenseite hat. Denn wenn man sich die Drucksache anguckt, bewilligen wir gar keine Mittel für das Corona-Sofortprogramm, sondern es ist der Antrag des Senats, 1 Milliarde Euro in einen zentralen Ansatz des Haushalts einzustellen. 1 Milliarde Euro in zentralen Ansätzen, die dann im freien Ermessen des Senats stehen, wie er das Geld einsetzt. Das ist problematisch. Das ist wenig transparent. Und das ist vor allen Dingen auch im Widerspruch zu dem Budgetrecht, das wir hier als Parlament haben. Da geht es nicht darum, ob eine Fraktion dem Senat naturgemäß mehr vertraut als die andere. Es geht auch nicht darum, Herr Kollege Müller, was in der einen Situation praktisch oder unpraktisch ist, sondern es geht um den klaren Grundsatz, den wir hier haben, und um klare verfassungsrechtliche Sachverhalte, wenn es möglich ist, Dinge konkret zu benennen. Und Herr Petersen hat interessanterweise aufgeführt, wofür das Geld gedacht ist. 300 Millionen Euro Soforthilfe, 200 Millionen Euro HGV-Verlustausgleich, mehr Geld in der Kultur. Dann muss das auch in den Einzelplänen der Behörde sachgerecht dargestellt werden. Das haben andere Bundesländer gemacht, das hat der Bund in seinem Nachtragshaushalt vor wenigen Wochen gemacht, und das sollten wir dann doch ebenso in Hamburg machen.

(Beifall)

Es wird jetzt natürlich mit der Krisensituation begründet, die ohne Frage da ist, aber es ist ebenso eine Entwicklung – wir haben das mehrfach diskutiert, auch zu Ihren Regierungszeiten –, die durchaus die letzten Jahre Einzug gehalten hat. Ich habe noch einmal nachgesehen, im Doppelhaushalt 2015/2016 hatten wir globale Mehrkosten, die überall beliebig im Haushalt eingesetzt werden können, die nicht weiter spezifiziert sind,

von 1,5 Prozent des Haushaltsvolumens. Im Moment sind Sie schon bei 3 Prozent, vor dieser Drucksache, und legen jetzt noch einmal einen deutlichen Batzen drauf, sodass wir auf über 1,3 Millionen Euro globale Mehrkosten kommen. Das ist nicht ausreichend. Das ist in dieser Lage nicht angemessen. Und deshalb ist es doch naturgemäß, dass wir sagen, wir wollen als Parlament beteiligt werden. Wir wollen hier zumindest für einen Teilbetrag – nicht für das Geld, das definitiv sofort fließen muss, sondern für einen Teilbetrag – einen Parlamentsvorbehalt einziehen, dass wir als Bürgerschaft hier auch angemessen beteiligt werden, dass ein Haushalt wirklich sachgerecht die Dinge abbildet und dass nicht aus Gründen der Bequemlichkeit der Senat und die rot-grüne Koalition alles in zentrale Titel stellen und im Übrigen die Bürgerschaft nur informieren.

Und da sage ich Ihnen, eine reine Berichterstattung – das ist Ihr Zusatzantrag, und wir haben schon wahrgenommen, dass dort auch Ideen von uns eingeflossen sind; das finden wir gut, wenn zumindest das eine oder andere dann doch in die richtigen Kanäle gelangt –, reicht doch nicht aus. Es geht doch darum: Beschließen wir hier einen Haushalt oder nicken wir nur irgendwelche zentralen Positionen ab und erhalten dann hinterher Kenntnis darüber, wie der Haushalt verwendet wurde? Und wenn Sie mir das nicht abnehmen, dann verweise ich Sie noch einmal auf den Rechnungshof und den relativ frischen Rechnungshof-Jahresbericht des Jahres 2018, wo er sich genau mit der Thematik auseinandergesetzt hat. Und da führe ich gern noch einmal aus:

"Soweit eine konkrete Zuordnung auf Einzelpläne, Aufgabenbereiche möglich ist, bleibt angesichts der Landeshaushaltsordnung kein Raum für eine Veranschlagung in zentralen Ansätzen."

Dieser Messlatte widersprechen Sie hier. Und der Rechnungshof führt ebenso sehr deutlich aus:

"Auch ein späterer Bericht über die konkrete Verwendung der Mittel ..."

– das ist doch Ihr Ansatz –

"... auch ein späterer Bericht kann aber die konkrete Veranschlagung nicht ersetzen."

Und deshalb sind wir schon dafür, auch in Krisenzeiten an das Budgetrecht des Parlaments zu appellieren, an klaren haushaltsrechtlichen Prinzipien festzuhalten, und das sollte auch im Interesse jedes einzelnen Abgeordneten hier sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident André Trepoll: Vielen Dank. – Jetzt erhält das Wort Herr Stoop von der Fraktion DIE LINKE.

David Stoop DIE LINKE:* Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Hamburgerinnen und Hamburger! Als es um die Frage der Bewilligung von Geldern ging in der vergangenen Sitzung, haben wir LINKEN selbstverständlich gesagt, dass wir Gelder mit bereitstellen, dass jetzt Geld in die Hand genommen werden muss, um die notwendigen Maßnahmen zu treffen. In den Debatten, die heute gelaufen sind, war es mir allerdings ein bisschen viel der Schulterklopferei und des Selbstlobes. Ja, bestimmte Maßnahmen haben gegriffen. Aber, darauf möchten wir ausdrücklich hinweisen, es gibt auch noch große Lücken. Die vom Senat getroffenen Maßnahmen sind nämlich noch nicht ausreichend. Beispielsweise die Absicherung von Minijobbern, ebenso die von Soloselbstständigen. Und auch das Modell der Kurzarbeit ist in der aktuellen Höhe noch nicht angemessen, es reicht nicht aus. Auch Menschen in Grundsicherung werden alleingelassen. Für diese Menschen hat es vorher schon nicht gereicht, darauf haben wir LINKEN immer wieder hingewiesen, und jetzt in der Krise reicht es erst recht nicht und schon gar nicht, wenn sie sich jetzt Masken kaufen müssen und Desinfektionsmittel und Ähnliches. Das steigert die Kosten, aber mehr Einnahmen stehen dem nicht gegenüber.

Wir plädieren weiterhin für eine Abschaffung der Investitionsbremse in der Verfassung, denn dieses Thema wird uns weiterverfolgen, und wir werden weiter investieren müssen. Und wir müssen an alle denken in dieser Frage.

(Beifall)

Heute geht es aber nicht um die Höhe, sondern es geht um die Art der Verteilung der Gelder. Und da wird uns vorgeschlagen, dass ein allgemeiner Topf eingerichtet wird. Das soll pauschal bewilligt werden von der Bürgerschaft, und der Senat verteilt es dann nach Gutdünken. Dabei haben wir von Ihnen, Herr Petersen, doch gehört, dass eine detaillierte Auflistung existiert. Warum wird die dann hier nicht vorgelegt und zur Abstimmung gestellt? Das wäre doch möglich. Und, Herr Müller, was Sie sagen, dass Demokratie unbequem ist und unpraktisch, fand ich schon sehr erstaunlich. Nein, das Recht des Parlaments ist es, über diese Haushaltsfragen zu entscheiden. Und das sollten wir uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht nehmen lassen, sondern einfordern, dass diese konkreten Ausgaben hier vorgelegt und zur Abstimmung gestellt werden. Das hätte gemacht werden können. Und es hätte auch gemacht werden sollen.

(Beifall)

Wir LINKEN wollen sicherstellen, dass das Geld dort verwendet wird, wo es gebraucht wird, im Gesundheitsschutz, bei der Hilfe für Beschäftigte, bei Soloselbstständigen und kleinen Unternehmen, die um ihre Existenz kämpfen. Und was der Senat uns hier vorgelegt hat, ist, das muss man so sagen, eine Frechheit. Diese demokratischen Rechte neh-

men zu wollen ist auch in einer Krise nicht angemessen. Die Corona-Krise kann nicht Anlass sein, dem Senat Blankovollmachten auszustellen, sondern parlamentarische Rechte müssen gewahrt bleiben.

(Beifall)

Denn wenn wir das so pauschal beschließen, dann würde das doch sogar bedeuten, dass im Bereich Gesundheit beispielsweise keine Haushaltsmittel garantiert werden, sondern selbst die Gesundheitssenatorin unterläge bei neu und eilig zu beschaffenden Stellen einem drohenden Veto des Finanzsenators. Das wäre anders, wenn es dafür fixe Haushaltstitel gäbe. Darum plädieren wir eindeutig dafür. Das schafft Sicherheit, und es schafft auch erst die Voraussetzungen dafür, dass eilig gehandelt werden kann, wenn die entsprechenden Posten gebucht sind, und dass man nicht vorher noch in Verhandlungen zwischen einzelnen Senatoren und Senatorinnen treten muss, sondern da ist es mit fixen Haushaltstiteln möglich, schnell zu handeln. Das sollte so eingerichtet werden.

Übrigens gibt es dafür auch Beispiele. Im Bundesland Berlin beispielsweise wurde ein Nachtragshaushalt beschlossen, der selbstverständlich die Mittelverwendung innerhalb der Ressorts präzise festlegt und es dem Parlament so erlaubt, auch Änderungen zu beschließen. Und da muss ich sagen, was Berlin kann, liebe Kolleginnen und Kollegen, das können wir in Hamburg doch genauso. Und das sollten wir tun.

Es müssen alle berücksichtigt werden in der Vergabe, und es muss demokratisch im Parlament entschieden werden. Da sollten wir uns als Parlamentarier und Parlamentarierinnen auch ernst nehmen und uns eines der wichtigsten Rechte, nämlich das Haushaltsrecht, nicht nehmen lassen, sondern an diesen demokratischen Rechten festhalten, insbesondere in der Krise. – Danke.

(Beifall)

Vizepräsident André Trepoll: Vielen Dank. – Jetzt erteile ich dem Abgeordneten Reich das Wort für die AfD-Fraktion.

Thomas Reich AfD:* Sehr geehrter Präsident, liebe Abgeordnete, liebe Bürger! Unter der Maßgabe, dass die COVID-19-Pandemie eine Naturkatastrophe im Sinne des Artikels 72 der Hamburgischen Verfassung darstellt, hat die Bürgerschaft das Gesetz zum Erlass des COVID-19-Notsituationsgesetzes und zur Aufhebung haushaltsrechtlicher Vorschriften beschlossen. Zugelassen sind nun ein Fehlbetrag im Gesamtergebnis und eine Nettokreditaufnahme aus Anlass der COVID-19-Pandemie. Zu Zwecken der Krisenbewältigung dürfen aus den Haushaltsjahren 2020 und 2021 die Aufwendungen die Erträge im Gesamtergebnis um insgesamt

bis zu 1,5 Milliarden Euro übersteigen. So weit so gut beziehungsweise nachvollziehbar.

Nun präsentiert der Senat einen Nachbewilligungsantrag nach Paragraph 35 der Landeshaushaltsordnung, um seine Maßnahmen zur Krisenbewältigung finanziell abzusichern, unter anderem den sogenannten Hamburger Schutzschirm. Es geht darum, die heimische Wirtschaft und die Stadtgesellschaften vor der Auswirkung der Pandemie zu schützen. Die AfD bestreitet nicht, dass die vorgesehene Mittelverwendung zur Erreichung dieser Ziele sinnvoll ist, auch wenn noch nicht abschließend beurteilt werden kann, ob die von den Behörden durchgesetzten Lockdown-Maßnahmen in dieser Intensität und in diesem Umfang wirklich erforderlich sind und waren. Es bleibt der späteren Aufarbeitung der Krise vorbehalten zu begründen, ob die behördlichen Maßnahmen verhältnismäßig waren und ob eine ausreichende Gesundheitsfürsorge auch mit milderer Mitteln anstatt mit derart massiven persönlichen Einschränkungen und wirtschaftlichen Schäden für die Bürger hätte erreicht werden können. Die vom Senat vorgeschlagenen Instrumente erscheinen uns geeignet. Sei es die Bereitstellung finanzieller Sofortmaßnahmen für die KMUs, die aufgrund städtischer Lockdown-Regelungen in Schwierigkeiten geraten sind, seien es flankierende steuerpolitische Ansätze wie zum Beispiel zinslose Steuerstundung oder die Herabsetzung quartalsweiser Vorauszahlung der Gewerbesteuer.

Bedenklich finden wir die Finanzpolitik des Senats allerdings aus grundsätzlich drei Aspekten. Stichwort Tilgungszeitplan. Das erwähnte Notsituationsgesetz sieht vor, dass die aufgenommenen Kredite über einen Zeitraum von 20 Jahren zurückgezahlt werden. In Hinblick auf den Tilgungszeitraum hätte sich die AfD eine deutlich ambitioniertere Herangehensweise gewünscht. Warum 20 Jahre? Warum nicht 15? Wir sprechen uns dafür aus, dass der Senat die Option wahrnimmt, höhere Summen als gesetzlich festgelegt zu tilgen, und zwar in den folgenden Haushaltsjahren dadurch geringere Tilgungen vorzunehmen. Eine disziplinierte Schuldentrückzahlung wird allerdings nur vor dem Hintergrund einer konsequenten Ausgabenkritik realisierbar.

Und das führt mich zu dem Stichpunkt Ausgabenkritik. Hierzu hört man vom Staat überhaupt nichts. Warum eigentlich nicht? Wäre es nicht naheliegend, dass angesichts einer krisenbedingten Kreditermächtigung dieser Größenordnung Rechenschaft darüber abgelegt wird, ob in der Krise wirklich alle geplanten Ausgaben noch ausreichend begründbar sind? Die zusätzliche Kreditaufnahme darf keinesfalls dazu führen, dass eine erforderliche Ausgabenkritik in Hinblick auf die ursprünglichen Haushaltsansätze unterbleibt.

(Beifall)

Vielmehr ist zu fordern, dass der Senat seine Ausgabenpolitik dahingehend prüft, welche Projekte und Fördervorgaben in den Zeiten der Krisenbewältigung gestrichen oder zumindest verschoben werden können. Zudem sind sämtliche Zuwendungen aller Fachbehörden, die solche Auszahlungen leisten, auf den Prüfstand zu stellen.

Der dritte und letzte Punkt betrifft die Stellung der Bürgerschaft in Hinblick auf die finanzpolitische Entscheidung. Stichwort parlamentarische Haushaltshoheit. Im Nachbewilligungsantrag erfahren wir unter der Überschrift Kostenermächtigung zur Bewältigung der Corona-Krise, dass in der Produktgruppe 283, Punkt 01, ein neues Produkt eingerichtet wird und mit 1,0 Milliarden Euro in 2020 ausgestattet werden soll. Dabei werden allein 800 Millionen Euro im Kontobereich globale Mehrkosten und 200 Millionen Euro im Kontobereich sonstige Kosten veranschlagt. In Krisenzeiten entstehen nun einmal Kosten, die sich nicht ad hoc Produktgruppen des Haushalts zuordnen lassen. Aber auch eine Krise rechtfertigt nicht, derartig große Summen unspezifiziert und ohne jede politische Festlegung über Globalpositionen zu veranschlagen. Hier werden parlamentarische Grundkontrollrechte missachtet, indem sich der Senat maximale aufgabenpolitische Freiräume schafft. Diese Marginalisierung Ihrer Haushaltsbefugnisse sollten sich nicht einmal die Regierungsfractionen gefallen lassen.

(Beifall)

Als Opposition erheben wir an dieser Stelle natürlich besonders vehement den Protest gegen den Versuch des Senats, die finanzpolitischen Kontrollkompetenzen des Parlaments zu unterlaufen.

Aus den oben genannten drei Gründen kann die AfD-Fraktion dem Nachbewilligungsantrag des Senats nicht zustimmen. Wir erkennen allerdings die Dringlichkeit haushaltspolitischer Notmaßnahmen grundsätzlich an und werden uns deshalb enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident André Trepoll: Vielen Dank. – Jetzt spricht zu uns die fraktionslose Abgeordnete von Treuenfels-Frowein.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP fraktionslos: Sehr geehrter Präsident und sehr geehrte Kollegen! Die beantragten Ermächtigungen sichern die Hilfsprogramme und Ausweitungen von Schuldenaufnahmen im Hamburger Haushalt ab. Wir stehen hier vor großen Herausforderungen und wir brauchen diese Schutzmaßnahmen, und deswegen stimmen wir dem auch zu, besser gesagt, ich stimme ihnen zu.

(Zuruf)

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP)

– Sehr lustig, ja genau. Ruhe jetzt.

Und dennoch werden die Milliardenermächtigungen langfristige Folgen haben. Hamburg wird über mehrere Legislaturperioden hinweg mit der Tilgung dieser großen Summen belastet werden. Und das bedeutet für die Koalitionsverhandlungen – ich habe es neulich schon einmal gesagt, ich erwähne es gern noch einmal für Rot-Grün –: Für die Erfüllung von Wunschträumen wird kein Geld da sein.

Für verbesserte Rahmenbedingungen allerdings, um die Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder anzuschieben, muss Geld da sein. Denn in allen zentralen Bereichen unserer Wirtschaft, die für Hamburg und unsere Arbeitsplätze wirklich wichtig sind, drohen Strukturbrüche, die Arbeitsplätze und Existenzen kosten werden. Dem müssen wir aktiv entgegensteuern, um aus harten Brüchen einen gestalterischen Wandel zu machen. Dazu gehört eine wirtschaftsfreundliche Politik ohne große neue Belastungen für die Unternehmen, und dazu gehört eine Konzentration auf die Infrastrukturerneuerung in Hamburg. Und dazu gehört auch, gerade in Sachen Haushalt, eine funktionierende parlamentarische Kontrolle.

Eine weitreichende Berichtspflicht, wie SPD und GRÜNE es vorschlagen, ist schon einmal ein Anfang, ich finde sie auch sehr hilfreich. Aber ich finde es nicht ausreichend. Deswegen ist es wirklich dringend notwendig, das Parlament nicht nur zu informieren und immer einmal zu sagen, wie der Stand der Dinge ist, sondern es zu beteiligen, damit es sein Kontrollrecht ausüben kann. Für das im CDU-Antrag geforderte Freigabeverfahren ist nun einmal ein Haushaltsausschuss Voraussetzung und Instrument. Und deswegen fordere ich noch einmal – es ist keine halbe Stunde her, dass ich das gesagt habe, aber es bringt ja Sicherheit, wenn man ein bisschen wiederholt –: Wir brauchen diesen Haushaltsausschuss. Und da ist es auch völlig egal, ob Ferien sind oder keine Ferien sind, das werden wir hier schon regeln; wir haben im Moment sowieso einen Ausnahmezustand, da werden wir uns auch treffen können. Denn einen sogenannten Corona-Ausschuss einzusetzen ist zwar sinnvoll, er hat aber gar nicht die haushalterischen Befugnisse und ist in diesem Zusammenhang nicht ausreichend.

Es geht hier, das sage ich deutlich – auch an Sie, Herr Petersen –, nicht um Misstrauen, sondern es geht um die Beteiligung und damit auch um die gemeinsame Verantwortung der Opposition. Sie fordern doch von uns ein, dass wir mitziehen, dass wir Verantwortung übernehmen und mittragen. Dann müssen Sie uns aber auch beteiligen. Dann können Sie nicht einfach nur sagen, wir informieren euch zwischendurch, jetzt seid ihr auf dem Stand der Dinge. Sondern wir müssen schon auch darüber wachen, dass das Geld, das ja nicht uns gehört, sondern den Hamburgern – es ist nämlich

das Steuergeld der Hamburger –, wirklich gut verwaltet wird. Ich habe bis jetzt noch keinen Grund, daran zu zweifeln oder anzunehmen, dass hier Fehler passiert sind. Aber ich möchte doch daran erinnern, dass wir alle hier in die Bürgerschaft gewählt sind, um genau das zu kontrollieren, und ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident André Trepoll: Jetzt erhält das Wort Senator Dr. Dressel. Und solange er noch nicht da ist: Bei der Gelegenheit möchte ich die neuen Kollegen darauf hinweisen, dass Sie, wenn Sie sich zu Wort melden möchten, das auch tun müssen. Es reicht nicht aus, dass man das irgendwo in Fraktionssitzungen einmal besprochen hat, sondern ein deutliches Handheben ist hilfreich für das Präsidium, um Ihre Wortmeldungen zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Dr. Dressel, bitte.

Senator Dr. Andreas Dressel:* Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in der letzten Sitzung gemeinsam beschlossen, die Notsituationsausnahme der Schuldenbremse in Anspruch zu nehmen. Wir haben zudem einen Tilgungsfahrplan besprochen und beschlossen. Also insofern wird das nicht heute beschlossen, sondern das ist schon in der letzten Sitzung passiert. Ich glaube, die Bürgerschaft hat sehr klug entschieden, eine 20-jährige Tilgungsregelung vorzusehen, denn es ist das Faltscheste, was wir machen können, genau in der Krise gegenanzusparen, sondern jetzt muss investiert werden.

(Beifall)

Wir legen Ihnen heute eine zweite Vorlage vor, in der es darum geht, dass wir von diesen 1,5 Milliarden Euro 1 Milliarde Euro sozusagen vor die Klammer ziehen für das Jahr 2020. Wir haben gesagt, 800 Millionen Euro davon zahlungswirksam an konsumtiven Ausgaben und 200 Millionen Euro investiv oder als Darlehen, als Kapitalmaßnahmen, insbesondere für unsere öffentlichen Unternehmen. Denn unsere öffentlichen Unternehmen machen in dieser Krise – und das gilt für alle Bereiche, von der Stadtreinigung über die Ver- und Entsorgungsunternehmen und viele andere bis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Nahverkehrsunternehmen – einen tollen, sehr schweren Job. Deshalb ist es wichtig, dass diese Stadt hinter ihren öffentlichen Unternehmen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht.

(Beifall)

Wir wissen, dass dort schon jetzt wahrscheinlich 200 Millionen Euro auf der Uhr stehen. Dann die 300 Millionen Euro im Bereich der Soforthilfe. Wenn wir das einmal zusammenzählen, sind wir

(Senator Dr. Andreas Dressel)

eben auch schon bei 500 Millionen Euro. Insofern, wenn jetzt alle sagen, das sei ein Blankoscheck in dreistelliger Millionenhöhe – wenn man einmal mitzählt, und wir haben das in den Telefonkonferenzen ja besprochen, dann schmilzt der Bereich, wo man sich denkt, "Oh, was macht der Senat eigentlich damit?", sehr zusammen. Und wir sind erst am Anfang der Krise. Wir wollen natürlich weiter dafür sorgen, dass Kultureinrichtungen unterstützt werden, dass unsere Sicherheitsorgane unterstützt werden, dass die Studierenden unterstützt werden und, und, und. Gerade heute Morgen habe ich mit den Bezirksamtsleitungen gesprochen, die dafür sorgen sollen, dass bei den weiteren Lockerungsmaßnahmen die Nachverfolgung gewährleistet werden kann. Um das hinzubekommen, wird es einen dreistelligen Mitarbeiterzuwachs bei den bezirklichen Gesundheitsämtern geben müssen. Auch das macht etwa 15 Millionen Euro erforderlich. Da muss doch klar sein: Diese Gelder muss diese Stadt bereitstellen.

(Beifall)

Bei der Corona-Soforthilfe, die Zahlen erheben wir jeden Tag, haben wir bereits 370 Millionen Euro bewilligt. Wir haben 70 000 registrierte Antragsteller, 50 000 Anträge. Und zu dem Vorwurf der LINKEN, wir täten nicht genug für Soloselbstständige: Sehen Sie sich das einmal an in Deutschland. 69 Prozent unserer Antragsteller sind Soloselbstständige. Wir sind eines der wenigen Bundesländer, die überhaupt sagen, die bekommen eine Basisförderung. Ich glaube, wir müssen uns gerade in dem Bereich der Förderung dieser für den Wirtschaftsstandort Hamburg wichtigen Kräfte überhaupt nicht verstecken, sondern wir sind sehr gut dabei.

(Beifall)

Aber wir brauchen jetzt eben auch einen Rahmen, der uns handlungsfähig macht in den nächsten Monaten und dafür sorgt, dass wir diesen Handlungsrahmen haben. Ich habe die öffentlichen Unternehmen erwähnt, ich habe aber auch erwähnt, dass es möglich sein muss, dass wir auch in anderen Bereichen mit Kapitalspritzen helfen können. Auch dafür haben wir hier den Rahmen für gesetzt.

Und selbstverständlich – da bin ich bei dem Punkt der parlamentarischen Kontrolle – bin ich sehr dankbar, dass SPD und GRÜNE – es wurden auch Punkte aus den Vorschlägen von der CDU übernommen – einen Rahmen dafür setzen, dass wir das eng parlamentarisch begleiten können, in allen Einzelheiten. Ich glaube, das hat es noch nicht gegeben, dass innerhalb so kurzer Zeit drei Telefonkonferenzen stattgefunden haben, in denen jede Frage gestellt worden ist, wir wichtige Hinweise aufgenommen haben und alles besprechen. Das heißt, auch in der Corona-Krise sichert dieser Senat Ihnen allen eine volle parlamentarische Kon-

trolle und Begleitung zu. Das will ich hier ausdrücklich für den Senat festhalten.

(Beifall)

Da ich gesehen haben, dass eine nachträgliche Überweisung an den Corona-Sonderausschuss geplant ist: Es können alle Fragen, die jetzt im Nachgang zur Drucksache noch bestehen, dort noch einmal gestellt werden. Ich glaube, das ist ein sehr gutes Zeichen.

Wir sind auch dankbar für Anregungen. Ich bin mit vielen von Ihnen aus dem parlamentarischen Raum im Gespräch. Sie geben uns Hinweise: Da ist noch ein Thema, dort ist noch ein Unternehmen, das mit dem Antragsverfahren nicht klar kommt. Das greifen wir alles auf, denn im Moment sind wir alle in dieser Frage Hamburgerinnen und Hamburger, die dafür da sind, in dieser Situation dabei zu helfen, dass die Stadt gut durch die Krise kommt. Das gilt natürlich sozialpolitisch, das gilt wirtschaftspolitisch, aber es gilt eben auch finanzpolitisch. Und dafür schaffen wir heute die Voraussetzungen. Ich freue mich sehr, wenn Sie nachher breit Ihre Zustimmung geben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident André Trepoll: Dann rufe ich auf den Abgeordneten Schulz für die AfD-Fraktion.

Marco Schulz AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen Abgeordnete!

– Herr Präsident, stimmt.

Noch ein paar ergänzende Worte – der Herr Senator hat es gerade angesprochen, von daher ist das eine gute Überleitung – zum Zusatzantrag Corona-Sonderausschuss.

Dass Sie, man kennt es ja, um das Gesicht wahren zu können und auf konstruktive Anträge unsererseits nicht eingehen zu müssen – und dabei schlimmstenfalls noch eine bundesweite Staatskrise à la Thüringen auszulösen –, zügig vermeintlich interfraktionell – also interfraktionell hier in der Definition "Alle außer uns Schmuddelkindern" – einen Antrag zusammenbasteln, ist uns bewusst. Das ist auch gar nicht schlimm; das sind wir mittlerweile gewohnt, das kritisiere ich gar nicht mehr. Aber es ist wie in der Schule: Wenn schon abschreiben, dann richtig.

Wir haben damals bewusst gefordert, auch externe Experten in diesen Ausschuss zu holen – das fehlt aktuell. Warum? Weil wir uns trotz eines Biologen und einer medizinischen Fachangestellten in der Fraktion nicht die Kompetenz zutrauen, allein – die Betonung liegt auf allein – maximal mit Hilfe der Google-Timeline irgendwelche ausreichend qualifizierten Empfehlungen in dieser Thematik abgeben zu können, beispielsweise zu Lockerungen/Verschärfungen, was auch immer. Aber vielleicht

(Marco Schulz)

habe ich auch einfach lediglich schlecht recherchiert, liebe Kollegen Abgeordnete, und unter Ihnen befinden sich mehr nebenberufliche Virologen als erwartet.

Darüber hinaus wollen Sie den Ausschuss spätestens zwei Monate nach erfolgreicher Einsetzung der Fachausschüsse der Bürgerschaft enden lassen. Da muss man auch einmal nachfragen. Wissen Sie mehr als der Rest? Also entweder endet diese Pandemie dann wirklich innerhalb der nächsten ein, zwei Monate, oder Sie wollen tatsächlich den parlamentarischen Betrieb in eine Art Dauerstarre versetzen.

Da Ihre mangelhafte Vorstellung eines Sonderausschusses immer noch besser ist, als überhaupt keinen Sonderausschuss einzusetzen, werden wir uns hierbei enthalten.

(Beifall)

Vizepräsident André Trepoll: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zu den Abstimmungen.

Wir beginnen mit dem Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 22/110.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann hat er keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen dann zum gemeinsamen Antrag von SPD und GRÜNEN aus der Drucksache 22/111.

Wer möchte diesem folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist er einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen.

Weiter mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, GRÜNEN, CDU und LINKEN aus Drucksache 22/107.

Wer möchte diesen beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch der ist einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen.

Dann kommen wir zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 22/102.

Wer stimmt diesem Antrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Antrag hat keine Mehrheit erhalten.

Weiter zum Antrag der LINKEN aus Drucksache 22/103. Diesen möchten die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN an den Sonderausschuss "Bewältigung der Corona-Krise" überweisen.

Wer möchte sich diesem Überweisungsbegehren anschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung sonst einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Dringlichen Senatsantrag aus Drucksache 22/88.

Wer möchte dem Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Es bedarf hierzu nun einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Das ist nicht der Fall.

Wer will dann den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Den eben beschlossenen Senatsantrag möchten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN nun nachträglich an den Sonderausschuss "Bewältigung der Corona-Krise" überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das aus meiner Sicht einstimmig so beschlossen.

Und ich rufe auf Punkt 24 und Punkt 22, Anträge der Fraktion DIE LINKE: Beschäftigung und Lebensstandard sichern, sozialen Abstieg verhindern! und Existenzsichernde Soforthilfe für alle sicherstellen – auch für Menschen in Grundsicherung.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Beschäftigung und Lebensstandard sichern,
sozialen Abstieg verhindern!
– Drs 22/80 –]**

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Existenzsichernde Soforthilfe für alle sicherstellen – auch für Menschen in Grundsicherung
– Drs 22/78 –]**

Beide Drucksachen möchten die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN an den Sonderausschuss "Bewältigung der Corona-Krise" überweisen.

Wer wünscht zunächst das Wort? – Frau Fritzsche, Sie erhalten es für die Fraktion DIE LINKE.

Olga Fritzsche DIE LINKE:* Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Auf dem Weg hierher sind wir heute alle an einer Aktion von Beschäftigten in der Gastronomie vorbeigekommen, die sich für die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent ihres Nettolohns einsetzen. Erfreulicherweise gibt es dazu inzwischen im Bund einiges an Diskussion und an Bewegung. Nichtsdestotrotz ist dieses Problem bisher nicht gelöst.

(Olga Fritzsche)

80 000 Personen in Hamburg, so jedenfalls die Zahlen der NGG, sind allein aus den Bereichen Gastronomie und Hotel derzeit in Kurzarbeit geschickt worden. Wenn man von einem durchschnittlichen Verdienst von knapp 1 900 Euro brutto ausgeht, was mir nach meinen eigenen Erfahrungen eher sehr optimistisch vorkommt, bleiben diesen Menschen bei 60 Prozent Kurzarbeitergeld derzeit unter 1 000 Euro zum Leben. Muss man davon eine Miete bezahlen, um die 600 bis 800 Euro – was in Hamburg wirklich eher unterer Durchschnitt ist –, gerät man ab dem ersten Monat Kurzarbeitergeld sofort in existenzielle Not. In der Gastronomie arbeiten aber gerade extrem viele Beschäftigte in Teilzeit und liegen mit ihrem Lohn weit darunter. Für diese Menschen ist es jetzt unmöglich, davon ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Und dieses Problem wird sich unlösbar in die Zukunft vertragen, weil sie von ihrem Lohn – sollten sie ihn demnächst wieder vollständig erhalten und ihr Beschäftigungsgeber, ihr Chef, nicht pleitegehen – keinesfalls entstandene Verschuldungen tilgen können. Sie leben ohnehin schon von der Hand in den Mund. Jetzt rechnen wir das auf weitere Branchen in Hamburg hoch, in denen Menschen derzeit auf Kurzarbeitergeld angewiesen sind, und sind sehr schnell in einem Bereich, bei einem Ausmaß an Betroffenen, bei dem einem schwindelig werden kann.

Meine Damen und Herren! Menschen, die jahrelang gearbeitet haben, Überstunden gemacht haben, Nacht- und Wochenendarbeit geleistet haben, die Steuern gezahlt und in die Sozialversicherungen eingezahlt haben und dies auch wieder tun wollen, sobald es möglich sein wird, können doch nicht einfach so in die Armut geschoben werden. Der Staat, die Stadt, wir alle haben für diese Menschen Verantwortung.

(Beifall)

Ein Verweis auf aufstockende Leistungen aus Wohngeld oder auf Grundsicherung ist meiner Meinung nach keine ausreichende Antwort auf diese Situation, denn es kann doch nicht das Ziel unseres Handelns sein, dass die Menschen übergangslos in die unterste Stufe der Existenzsicherung geschoben werden. Es muss doch darum gehen, für alle Bürgerinnen und Bürger die Folgen der coronabedingten Einschränkungen der Wirtschaft abzumildern und auszugleichen, so gut wie möglich.

(Beifall)

Wer jetzt aufgrund des Lockdowns seiner Erwerbsarbeit nicht nachgehen kann, darf nicht gezwungen sein, quasi über Nacht seinen Lebensstandard aufzugeben. Auch hier sind wir in der Pflicht, einen Schutzschirm auszubreiten, der unbillige Härten abfängt und eine massenhafte Verarmung verhindert. Dies gebietet die Schutzpflicht, die der Staat gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern hat, und dies gebietet eigentlich auch der Anstand.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass eine massenhafte Überschuldung und Verarmung der privaten Haushalte auch eine extrem schädliche Wirkung auf die Wirtschaft im Nachhinein haben wird, weil die Kaufkraft natürlich nachlässt und so die Schutzschirme für Unternehmen, Unternehmer und Unternehmerinnen konterkariert werden. Das kann also als alleinige Maßnahme nicht ausreichen.

Daher bitte ich Sie um die Zustimmung zu diesem Antrag der LINKEN, die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes zumindest übergangsweise, bis es vielleicht eine bundesweite Regelung gibt, in Hamburg zu gewährleisten.

(Vereinzelter Beifall)

Jetzt komme ich zur zweiten Seite der Medaille. Aktuell sind es 93 000 Haushalte, so jedenfalls die letzte Zahl, die auf Grundsicherung angewiesen sind – mit stark wachsender Tendenz. Die Sozialsenatorin sagte letzte Woche, sie rechne mit einer durchschnittlichen Zunahme von 1 000 Anträgen pro Woche. Letzte Woche waren es wohl 1 900. Sicherlich wird sich das dann irgendwann wieder etwas runterregulieren. Es ist aber für mich nicht nachvollziehbar, welche sachlichen Gründe dazu führen, dass man derart mit zweierlei Maß die Existenzsicherung von Menschen messen darf. Einerseits erkennt der Staat an, dass die Menschen, die berechtigt sind, Kindergeld zu beziehen, einen Mehrbedarf haben; er gewährt ihnen ein Notkindergeld in Höhe von 158 Euro. Gleichzeitig aber bestreitet man bei Menschen, die Leistungen der Grundsicherung beziehen, vollständig, dass sie überhaupt einen Mehrbedarf haben. Massenhaft werden derzeit Sonderbedarfsanträge in Hamburger Jobcentern zurückgewiesen. Dies mag vielleicht der derzeitigen Rechtslage entsprechen, aber für die Menschenrechte auf Gleichbehandlung und das Recht auf eine Existenzsicherung ist das meiner Meinung nach ein Schlag ins Gesicht.

(Beifall)

Wir müssen anerkennen, dass in Zeiten geschlossener Kindergärten und Schulen, geschlossener Tafeln und Sozialeinrichtungen, in Zeiten steigender Lebensmittelpreise, Maskenpflicht und Home-schooling ein realer Mehrbedarf entsteht und dass dieser auch jedem Menschen zugestanden werden muss. Daher ist eine übergangsweise Aufstockung der Grundsicherung für die Zeit der coronabedingten Einschränkungen meiner Meinung nach unabdingbar. Wir brauchen einen Mindestschutz für alle Hamburgerinnen und Hamburger und sollten gerade auch Menschen, die immer schon am Limit leben, in dieser Zeit zur Seite stehen. – Vielen Dank.

(Beifall – Vizepräsident Deniz Celik übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsident Deniz Celik:* Das Wort erhält Frau Bekeris für die SPD-Fraktion.

Ksenija Bekeris SPD: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! DIE LINKE hat zwei ihrer vielen Anträge zur Debatte angemeldet. Es sind viele Punkte, die sie in ihnen aufgreift. Ich möchte hier einen Punkt kurz herausgreifen, der meiner Fraktion besonders wichtig ist – Frau Fritzsche hat ihn schon angesprochen –, das ist die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes des Bundes. Wir fordern, dieses Kurzarbeitergeld von jetzt 60 beziehungsweise 67 Prozent auf 80 beziehungsweise 87 Prozent anzuheben. Aber ich möchte betonen: Das gehört auf die Bundesebene.

(Beifall)

Finanziert werden könnte das Ganze aus den Rücklagen der Bundesagentur, und wenn man darauf achtet, dass man keine zu komplizierte Staffe lung hineinbringt, dann wäre das auch machbar.

Frau Fritzsche hat schon Zahlen genannt. Ich möchte noch einmal Zahlen nennen, die vielleicht verdeutlichen, über wie viele Menschen wir hier sprechen. In Hamburg haben 27 000 Unternehmen Kurzarbeitergeld angemeldet, auf Bundesebene 725 000 Betriebe. Dahinter stecken ja jeweils die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Man liest ein bisschen daraus, es ist im Moment ein, so könnte man fast sagen, Massengeschäft. Jedes weitere Kriterium der Genehmigung würde es tatsächlich zeitaufwendiger machen, dieses Kurzarbeitergeld auszuzahlen, und da muss man sich schon überlegen, ob man das im Moment sinnvoll findet.

Ja, es gibt aus Berlin im Moment noch keine positive Rückmeldung. Wir als SPD bleiben aber weiterhin dabei, dass das der richtige Weg ist und nicht ergänzende Hamburger Extraleistungen, wie Sie es fordern, liebe LINKE. Wir bleiben dran, dass sich das Ganze auf Bundesebene ändert.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es wäre gut, wenn die CDU hier und heute mitnehmen könnte, dass sie sich in dieser Frage auf Bundesebene bewegen muss. Es reicht nämlich nicht, sich auf die Aufstockung durch die Unternehmen selbst zu verlassen. Einige Unternehmen können dies, das stimmt, aber viele gerade kleine Unternehmen können das nicht. Eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes ist also richtig, aber das ist eine Aufgabe des Bundes und wir können das nicht aus Hamburger Mitteln ergänzen. Denn eines, was im Moment zählt – ich habe es schon gesagt –, ist Schnelligkeit, dass wir tatsächlich schnell auszahlen können.

Denken Sie bitte auch daran, dass der Senat keinen Einfluss auf die direkte Personalpolitik von Unternehmen außerhalb städtischer Hand hat. Das

vergisst DIE LINKE allerdings oft. Wo sie das allerdings nicht vergisst, ist in Thüringen. Dort trägt DIE LINKE anders als in Hamburg aber auch die Regierungsverantwortung mit, vielleicht hat es auch damit zu tun.

Wir haben vorhin mit einem Antrag einen Sonderausschuss zur Corona-Krise geschaffen, um die vielfältigen Aspekte, die dieses Thema inzwischen hat, in einer sachlichen Atmosphäre mit dem Senat und untereinander diskutieren und beraten zu können. Ohne Frage ist die Sicherung der Arbeitsplätze und die Absicherung der Einkommen der Beschäftigten ein sehr wichtiges Thema; diese Befassung teilen wir. Deshalb werden wir den Antrag zur Situation der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen und auch den Antrag zum Kurzarbeitergeld an den Sonderausschuss überweisen, ebenso wie weitere Anträge, die Sie gestellt haben. Dort können und werden wir das im Interesse der Menschen, die wirksame Hilfen benötigen, beraten und uns berichten lassen, was der Senat auf den Weg gebracht hat, und zum Beispiel auch, was beim Jobcenter gängige Praxis ist. Denn Sie berichten in Ihrem Antrag und von hier vorn, Frau Fritzsche, von Dingen, die dem Einsatz und dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern so nicht gerecht werden. Das kann so nicht stehenbleiben. Deshalb wird uns der Senat das im Ausschuss noch einmal darstellen. Aber auch ich möchte hier noch einmal klar sagen: Gerade in den Jobcentern werden die Menschen gerade sehr gut und so ausführlich wie möglich beraten, und es wird mit großem Engagement daran gearbeitet, dass die Menschen ihr Geld rechtzeitig bekommen.

(Beifall)

Eine Anmerkung zum Antrag zu den Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern müssen Sie mir aber noch gestatten. Mich hat eigentlich gar nicht verwundert, dass DIE LINKE Steuergelder zur freihändigen Verteilung von Corona-Handgeldern geben will. Das ist ein Punkt Ihres Antrags. Wie das allerdings nach Gutdünken funktionieren soll, können Sie ja vielleicht in den Ausschussberatungen noch erklären. Denn bei aller Liebe zur direkten und unbürokratischen Hilfe für Bedürftige, unsere Vorstellung von Sozialpolitik ist dann doch eine andere, eine zielgerichtete. Aber, wie gesagt, lassen Sie uns das im Ausschuss genauer anschauen. Ich freue mich darauf und bitte um die Zustimmung zu den Überweisungen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Deniz Celik: Vielen Dank. – Das Wort erhält Frau Engels für die GRÜNE Fraktion.

Mareike Engels GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Corona-Krise trifft uns alle,

und sie trifft uns alle auf unterschiedliche Art, und sie trifft manche härter als andere. Der Bund und die Länder haben große, ja riesige Hilfsprogramme und Rettungsschirme auf den Weg gebracht, und wir arbeiten auch hier in Hamburg hart daran, dass für alle von der Krise existenziell Betroffenen ausreichende Hilfen entwickelt werden.

(Beifall)

Dabei ist leider völlig klar, dass sich die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft auch in der Betroffenheit durch die Corona-Pandemie niederschlägt. Das müssen wir im Blick behalten. Besonders hart betroffen sind alle, die keine Reserven haben, die in Niedriglohnjobs arbeiten oder in zu kleinen Wohnungen oder sogar in gar keiner Wohnung leben, die sich ihr Studium mit Nebenjobs finanzieren müssen oder alleinerziehend Kinder betreuen.

Das bedeutet, der Sozialstaat ist in dieser Zeit besonders gefordert und seine Sicherungssysteme müssen sich flexibel anpassen und schnell genug reagieren, weil die Notlagen der Pandemie quasi innerhalb von Tagen entstanden sind und kaum Aufschub dulden. Wir merken das zum Beispiel bei Studierenden, die sich ihr Studium durch einen Job finanzieren und die keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben. Hier haben wir bereits erste schnelle Antworten gefunden, aber es müssen auch weitere entwickelt werden. Darauf weist unser Zusatzantrag hin, der später auf der Tagesordnung steht.

Ein Beispiel für eine schnelle Reaktion auf die soziale Krise ist das Sozialschutzpaket der Bundesregierung, das wir GRÜNE grundsätzlich gut finden, weil es weitgehend Hilfe für viele Betroffene mit minimalem bürokratischen Aufwand leistet. An dieser Stelle möchte ich einen Dank aussprechen an viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Grundsicherungsämtern und in den Jobcentern, die viel auf die Beine stellen und die Leistungen schnell und unkompliziert auszahlen. Ich hoffe, dass die Jobcenter am Ende etwas von der jetzigen unbürokratischen Haltung des Möglichmachens in ihren Nach-Corona-Alltag hinüberretten.

(Beifall)

Aber dem Sozialschutzpaket haften natürlich auch die Probleme der Grundsicherung noch an; die Notwendigkeit, insbesondere das SGB II zu reformieren, wird ja schon länger diskutiert, und die Krise zeigt dies noch einmal in aller Deutlichkeit, gerade mit Blick auf armutsfeste Regelsätze. Denn die Regelsätze in der Grundsicherung sind auf Kante genäht, und insbesondere viele Familien mit Kindern stehen jetzt vor finanziellen Problemen, immerhin fällt auch das Mittagessen in Kita und Schule gerade weg – auch ein Thema, an dem wir arbeiten und wo ich hoffe, dass wir kreative Lösungen finden.

Aber hinsichtlich der Regelsätze brauchen wir trotzdem eine andere Lösung, als einfach aus dem Hamburger Haushalt 150 Euro per pauschalen Mehrbedarfzuschlag draufzuschlagen. Vor allem, weil der Hamburger Zuschlag am Ende wieder als Einkommen angerechnet werden würde und den Betroffenen so nicht zugutekommt.

Wir sehen die rechtliche Möglichkeit, auch jetzt schon in begründeten Einzelfällen Mehrbedarfe nach SGB II zu bewilligen, und zwar dort, wo sie durch die atypische Lebenssituation unter Corona konkret entstehen. Das funktioniert aber in der Praxis noch nicht – darauf wurde schon hingewiesen – und hier muss sich der Bund bewegen. Wir werden auch diesen Ansatz weiter verfolgen.

Ähnlich ist es mit der Forderung nach der Aufstockung des Kurzarbeiterinnen- und Kurzarbeitergeldes aus Hamburger Mitteln auf 90 Prozent. Auch diese Forderung muss sich an den Bund richten. Wir GRÜNE fordern eine soziale Staffelung des Kurzarbeiterinnen- und Kurzarbeitergeldes, sodass im Niedriglohnbereich 90 Prozent gezahlt werden; warum dies wichtig ist, hat Frau Fritzsche in ihrer Rede schon ausgeführt. Das kann auch verhindern, dass eine Aufstockung durch die Jobcenter notwendig wird, weil die Existenz eigenständig gesichert werden kann, und entlastet zeitgleich die Städte von höheren Kosten der Unterkunft, sodass mehr Ressourcen für sogenannte freiwillige Leistungen zur Verfügung stehen.

Ich finde an dieser Stelle auch den Hinweis vom Deutschen Juristinnenbund wichtig, dass die Orientierung am Nettolohn problematisch ist. Diese bedeutet, dass viele Frauen im Verhältnis weniger Kurzarbeiterinnengeld erhalten, weil sie häufig in der schlechteren Steuerklasse sind. Geschlechtergerechtigkeit muss uns aber auch hier wichtig sein, gerade weil ja auch alle auf ihren Bruttolohn in die Arbeitslosenversicherung einzahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Auch wenn wir über konkrete Lösungen unterschiedlicher Meinung sein mögen, es ist unsere Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass wir die Corona-Krise, die auch eine soziale Krise ist, nicht nur bewältigen, sondern ihre sozialen Folgen bestmöglich abfedern und ausgleichen. Ich bin optimistisch, dass wir das hinbekommen und den meisten von uns das soziale Miteinander und die Solidarität in unserer Stadt, aber auch darüber hinaus, am Herzen liegt, und deswegen bin ich gespannt auf die Beratungen dazu im Ausschuss. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Deniz Celik: Das Wort bekommt Herr Grutzeck für die CDU-Fraktion.

Andreas Grutzeck CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Corona ist die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, sagt die Bundeskanzlerin, und damit hat sie wohl, wie fast immer, recht. Keiner stellt infrage, dass die Bekämpfung der Corona-Pandemie von uns allen viele Opfer einfordert, Opfer dabei im sehr weit gefassten Sinne: Während der eine darunter leidet, dass er abends nicht weg kann, geht es für viele andere um die nackte Existenz. Und hier versucht der Staat, also Bund, Länder und in den Flächenstaaten auch die Kommunen, aktuell die persönliche Situation abzumildern. Es wird nicht nur die Zahl der Intensivbetten ausgeweitet, die vorhandenen Betten freigehalten, eigentlich die gesamte medizinische Versorgung konzentriert auf die Pandemie, es werden auch viele, viele Milliarden Euro dafür aufgewendet, die schlimmsten Katastrophen abzumildern, das Überleben zu sichern. Nein, was der deutsche Staat in den letzten Wochen im Rahmen der Pandemie geleistet hat, ist in der Summe herausragend.

(Beifall)

Es wurden viele Milliarden Euro mobilisiert, so viele Verwaltungsmitarbeiter für die Gesundheitsämter und zur Auszahlung von Hilfen rekrutiert, so viele Ärzte und so viel Pflegepersonal umgeschichtet, dass mein Fazit lautet: Unser Staat funktioniert im Großen und Ganzen hervorragend. Vielleicht in der Krise sogar noch besser als im Alltag, in dem wir uns oft im Klein-Klein verfangen.

Kleinteilig sind inzwischen aber auch die Hilfen, die Bund und Länder zur Verfügung stellen, und sie werden jeden Tag kleinteiliger, da zielgruppengenaue. Erst allmählich kristallisiert sich heraus, welche Branchen und welche Personengruppen inwiefern überhaupt betroffen sind. Fast täglich erfahren wir von neuen Hilfsgeldern für die eine oder andere Branche oder Zielgruppe, und so sind einige der Forderungen der beiden Anträge der LINKEN, die hier debattiert werden, bereits erfüllt. Soloselbstständige erhalten bereits Zuschüsse und Kredite, die Agentur für Arbeit hat eine schnelle, unbürokratische Corona-Grundsicherung ins Leben gerufen, Sanktionen bereits seit März ausgesetzt, und Studenten können seit Ende vergangener Woche Hilfskredite in Anspruch nehmen, während auf Bundesebene die Debatte um eine Ausweitung der BAföG-Zuschüsse bereits läuft.

Insgesamt gilt es, jenen zu helfen, die zuerst Hilfe benötigen. Hier gab es ohne Zweifel auch Fehleinschätzungen – einige Bedürftige wurden im ersten Anlauf vergessen –, doch es wird ständig nachgebessert. Bereits als einer der ersten Schritte wurde Ende März das Kurzarbeitergeld ausgeweitet und erleichtert. Das war wichtig. Es wird auf Bundesebene diskutiert, es weiter aufzustocken, weil natürlich das Dilemma der mittleren und unteren Lohngruppen bekannt ist, zum Beispiel im Gastge-

werbe – Frau Fritzsche hat es gesagt – oder im Verkauf; die berühmte Aldi-Kassiererin.

Wir wollen weiterhin sowohl im Bund als auch in Hamburg darauf achten, dass Menschen – alle Menschen – mitgenommen werden. Aber das Geld mit der Gießkanne über alle auszugießen, das scheint dann doch nicht der Stein des Weisen zu sein.

(Beifall)

Daher finden wir die Überweisung an den Corona-Sonderausschuss gut und sinnvoll und zielführend, um die guten Ansätze der Anträge der LINKEN zu retten und um die weniger guten zu versenken.

(Beifall)

Vizepräsident Deniz Celik: Das Wort erhält Herr Schulz für die AfD-Fraktion.

Marco Schulz AfD: Sehr geehrtes Präsidium, wer te Kollegen Abgeordnete! Man soll bei der Evaluation ja immer mit dem Positiven anfangen, und dabei stelle ich fest: Die Kollegen von der Fraktion DIE LINKE sind trotz Corona-Ausnahmestand zumindest fleißig. Im Gegensatz zur voraussichtlich größten Oppositionsfraktion, der CDU, von welcher man vor zwei Wochen noch hören musste, es käme in dieser Krise nichts Konstruktives von den Rändern, haben sie in den vergangenen zwei Wochen zumindest etwas erarbeitet, statt sich nur kreative Treueschwüre auf die Kanzlerin auszu-denken. Von daher: Lob und Anerkennung.

Fleiß allein reicht aber leider nicht immer aus. Sie wollen die existenzsichernde Soforthilfe sicherstellen. Dabei sollen Leistungsbezieher von Arbeitslosengeld II beispielsweise einen monatlichen Mehrbedarfzuschlag von 150 Euro erhalten. Fast identische Forderungen stellen auch wir in unserem 37-Punkte-Plan auf. Die Feinheiten, ob nun 150 Euro, 100 Euro, 150 Euro nur für Familien, kann man dann im Ausschuss klären. Die Richtung ist aber schon einmal grundsätzlich als konstruktiv zu bewerten.

Kommen wir zum Aber oder besser zu Ihrer Vorstellung, den sozialen Abstieg verhindern, den Lebensstandard sichern zu wollen. Auch hier in Teilen Zustimmung. Über ein Überbrückungsgeld für Soloselbstständige können wir grundsätzlich reden. Eventuell bedarf es dort einer Art Relevanzprüfung, nicht systematischer, aber wirtschaftlicher Natur. Über ein Kurzarbeitergeld für Minijobber können wir auch reden; Gleiches fordern wir. Minijobs sind in der Masse schon lange keine Ich-überbrück-mal-die-Sommerferien-Tätigkeiten, sondern feste Bestandteile innerhalb Unternehmensstrukturen. Sie erfüllen dadurch also auch den Kerngedanken der Kurzarbeit, nämlich durch eine temporäre Reduzierung der Tätigkeit zulasten – leider zulasten – des Arbeitnehmers den Arbeitsplatz

(Marco Schulz)

und damit auch das Einkommen langfristig sichern zu können. Aber Kern Ihres Antrags ist es ja nun, beide – also sowohl das noch nicht auf Minijob-Ebene mögliche Kurzarbeitergeld als auch das normale – auf ein utopisches Niveau von 90 Prozent zu erhöhen. Als ich das gelesen habe, dachte ich mir zuerst einmal: Warum nicht gleich 100 Prozent? Die Betroffenen würde es doch ohne Frage freuen. Dann fiel mir aber wieder ein, dass es sich hierbei um einen politischen Antrag handelt und nicht um einen Roman. Folglich muss man Traum und Realität differenzieren.

Auf Bundesebene wird derzeit – es wurde schon angesprochen, nur ein bisschen schöner formuliert – die SPD mit ihrer Forderung nach Aufstockung von 60 Prozent auf 80 Prozent beziehungsweise 87 Prozent für Familien mit Kindern auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Schon dort wurde festgestellt, dass dies ohne Weiteres gar nicht möglich wäre, da bereits die getroffenen Maßnahmen den Spielraum der normalen Schuldenbremse von 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung ausgereizt haben. Folglich müsste eine solche Forderung mit einem Tilgungsplan unterlegt werden.

Aber vielleicht verfolgen Sie damit ja auch einen völlig anderen Plan, immerhin spricht sich Ihre Partei mehrheitlich gegen die Abschaffung des Solis aus. Und da Sie dies mittelfristig nicht verhindern können, wollen Sie so durch Gießkannengeschenke vielleicht zwanghaft einen neuen, einen Corona-Soli erzwingen. Anders wäre dieser Vorschlag auch nicht zu finanzieren, zumindest wenn man die Idee geistig auf eine Bundesebene übersetzen würde.

Sie wollen jetzt die beiden Anträge zusammen überweisen. Schade. Klare Zustimmung zur Überweisung des Antrags 22/78. Eine Einzelüberweisung der Drucksache 22/80 wäre zwar an sich eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Verwaltung, aber da dies jetzt anscheinend nicht anders geht, werden wir uns darum dann im Ausschuss kümmern können.

(Beifall)

Vizepräsident Deniz Celik: Das Wort erhält Herr Stoop für die Fraktion DIE LINKE.

David Stoop DIE LINKE:* Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN und der SPD! Ich habe nur noch ein paar Sekunden, wie ich erschreckt feststelle. Trotzdem finde ich es gut, dass Sie grundsätzlich anerkennen, dass das Kurzarbeitergeld aufgestockt werden muss. Es freut mich, insbesondere als Gewerkschafter, dass das zumindest anerkannt wird.

Jetzt sagen Sie, das ist eine Bundesangelegenheit. Damit, finde ich, geraten Sie ein bisschen in

Widerspruch mit Ihrer eigenen Argumentation, die wir heute gehört haben: dass wir schnelle Maßnahmen schaffen müssen, dass wir mit einem hohen Druck die sozialen Notlagen behelfen müssen. Und jetzt sagen Sie uns, wir müssen auf den Bund warten. In dieser unklaren Lage, in der Sie selbst nicht sagen konnten, wie der Stand ist und ob es überhaupt eine Durchsetzung auf Bundesebene geben wird, sagen Sie uns, wir sollen warten. Und da sage ich: Nein, wir können jetzt nicht warten, sondern das ist eine dringliche Frage, und da können wir hier in Hamburg ganz konkrete Hilfen bereitstellen – und das sollten wir auch tun, da schließe ich mich den Forderungen der Gewerkschaften an. Das ist eine Notlage, die jetzt angegangen werden muss und in der wir nicht auf unklare Verhandlungen auf Bundesebene warten können.

(Beifall)

Ein zweiter Aspekt, der mich ebenfalls ein bisschen erstaunt hat, ist Ihre pauschale Ablehnung von Kriterien in der Vergabe. Da haben Sie auf die Dringlichkeit verwiesen; auf den Widerspruch habe ich gerade schon hingewiesen. Aber es ist doch so: Wenn wir jetzt sehen, dass einige Konzerne hohe Dividendenauszahlungen vornehmen, dass hohe Managerboni gezahlt werden, dann ist das etwas, das als hochgradig ungerecht wahrgenommen wird und die soziale Spaltung in unserem Lande verstärkt. Die einen werden auf Kurzarbeit gesetzt und müssen um ihre Existenz bangen, und andererseits werden die Millionen ausgeschüttet und fließen in die Taschen der Reichen. Das ist etwas, was nicht hinzunehmen ist. Übrigens gibt es auch Beispiele dafür, Schweden etwa, dass Kriterien an die Auszahlung von Hilfen für bedrohte Unternehmen geknüpft werden. Denn ein bedrohtes Unternehmen, das gleichzeitig Millionen-Boni auszahlt, das kann es nicht geben. Dann kann die Notlage nicht so groß sein. Daher muss man klar sagen: Da brauchen wir Kriterien, und da müssen wir entsprechende Linien einziehen.

(Beifall)

Nur noch ein kurzer Hinweis zu der Frage der Grundsicherung. Ich fand es erstaunlich, wie Sie sich hier quasi hinter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter verstecken, wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten diese kritisiert. Das haben wir LINKEN natürlich nicht getan, sondern wir haben die Regelungen, die hier vom Senat, und die Regelungen, die auf der Bundesebene getroffen wurden, die politisch entschieden wurden, kritisiert. Dabei geht es beispielsweise um die Mehrbedarfe, die nicht in ausreichendem Maße anerkannt werden. Wir sagen, da muss nachgebessert werden. Und da sind wir in der Pflicht, da sind Sie in der Pflicht als Mitglieder des Senats, das ist nicht ein Fehler von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter. Das war nicht die Schlagrichtung, die wir angebracht haben, sondern es war eine Kritik

(David Stoop)

an Ihnen. Das von sich zu weisen mit dem Hinweis, wir hätten die Jobcenter-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kritisiert, das ist schäbig.

(Beifall)

Zum Schluss noch der Hinweis auf die Sanktionen. Ja, derzeit werden keine weiteren Sanktionen verhängt. Es ist uns aber in den Sozialberatungen zugetragen worden, dass bereits verhängte Sanktionen weiter durchgezogen wurden. Wir würden noch einmal bitten, das zu prüfen, denn es kann natürlich nicht sein, dass ausgerechnet in der Krisensituation dort weiter gekürzt wird. – Danke.

(Beifall)

Vizepräsident Deniz Celik: Das Wort erhält Herr Koltze für die SPD-Fraktion.

Jan Koltze SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Kollege Stoop, es hat mich dann doch ein wenig gereizt, hier an der einen oder anderen Stelle zu erwidern. Es ist zwar nett, wenn DIE LINKE die Forderungen der Gewerkschaften unterstützen würde, aber das ist nicht einhellig zu 90 Prozent in den Ländern umzusetzen. Die Forderungen der Gewerkschaften sehen da ein bisschen anders aus. Es gibt auch unterschiedliche Bereiche. Es ist manchmal eine Schwäche – oder eine Stärke auch –, dass es innerhalb der Gewerkschaften unterschiedliche Auffassungen gibt. Also hier einmal klare Richtung. Wir haben als DGB-Gewerkschaften, zumindest das, was hier vorhin schon im Raum stand, nämlich die Aufstockung auf 80 und 87 Prozent gefordert, und ganz bestimmt haben wir nicht eine Länderumsetzung gefordert. Also neben der Tatsache, dass wir ... Also die Vorstellung, wenn man es wirklich machen würde, was dann der Steuerzahler Hamburgs damit zu tun hat, das Kurzarbeitergeld, was doch ... Es ist nicht deckungsgleich immer, die arbeitende Bevölkerung mit der Bevölkerung, die in der Stadt Hamburg lebt. Das wäre auch noch einmal ein interessantes Unterfangen, was wir damit auslösen würden, wenn man das hinterher macht.

Also, an der Stelle bitte ich einfach einmal ein bisschen, den sachlichen Zusammenhang walten zu lassen und hier nicht einfach nur laut Forderungen zu erheben, sondern das miteinander zu besprechen, was man sinnvoll machen kann. Wir haben an verschiedenen Stellen, sowohl die SPD als auch die Gewerkschaften, da, wo es zu regeln ist, Anforderungen daran gestellt. Und was ich ein bisschen schade finde, aber das ist vielleicht auch symptomatisch für manche Themen, die aus der Linksfraktion kommen, ist, dass nicht darüber geredet wird, woran denn zum Teil auch die Schwäche da liegt, also die Frage, wie wir Tarifverträge an der Stelle stärken können. Ein Teil dessen, warum wir eine Aufstockung brauchen und warum wir uns gesetzlich darüber auseinandersetzen müssen, ist

zum einen, dass wir insgesamt eine Schwäche haben an vielen Stellen, die dazu führt, dass es Einkommen gibt, die eben auch schon in Normalzeiten nicht dafür ausreichen, die Existenz zu sichern. Da kämpfen wir an bestimmten Stellen darum, die Tarifverträge wieder mehr und besser zur Wirkung zu bringen, Tarifbindung voranzutreiben. Das sind Themen, die wir wirklich an dieser Stelle bewegen müssen.

Und der andere Punkt: Wir haben gerade heute wieder in der Kautschukindustrie eine Aufstockung abgeschlossen an dieser Stelle. Es gibt viele Gewerkschaften, die Aufstockungen vorgesehen haben, weil sie auch die Stärke haben. Es ist richtigerweise so, dass wir uns hier Gedanken machen, was der Staat tun muss, um Mindestsicherung zu betreiben, aber dann bitte schön immer auch in die richtigen Zielrichtungen und nicht hier einfach irgendeine Bühne für irgendwelche Forderungen, die nicht passen, nutzen. Das würde ich mir sehr wünschen. – Danke schön.

(Beifall)

Vizepräsident Deniz Celik: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zu den Abstimmungen.

Wer möchte nun die beiden Anträge der Fraktion DIE LINKE aus den Drucksachen 22/80 und 22/78 an den Sonderausschuss Bewältigung der Corona-Krise überweisen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde das Überweisungsbegehren einstimmig bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 17 auf, Antrag der AfD-Fraktion: Gesetz zur Beschränkung der Größe des Senats sowie die Anzahl der mit ihm assoziierten Syndici (Staatsräte) beschränken.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Gesetz zur Beschränkung der Größe des Senats sowie der Zahl der Senatssyndici (Staatsräte)
– Drs 22/66 Neufassung –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Nockemann, Sie bekommen das Wort.

Dirk Nockemann AfD:* Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade in diesen durch Corona geprägten Zeiten kommt es zu massiven Steuerminderereinnahmen und gleichzeitig aber zu einer Zunahme öffentlicher Ausgaben. Auf allen staatlichen Ebenen ist daher eisernes Sparen das Gebot der Stunde, und das nicht nur bei den großen Ausgabentiteln, sondern es gilt auch für die Anzahl der Behörden und damit für die Anzahl der Senatoren, Staatsräte und der Over-

head-Kosten. Denn mit jeder zusätzlichen Behörde gibt es neue, aufgeblähte Präsidialabteilungen und eine Reihe von zusätzlichen Ämtern. Dieses Sich-Bescheiden ist aber keine Hexenjagd, und wir verlangen doch auch nichts Unmögliches.

(Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

– Nein, denn bereits in der 18. und in der 19. Wahlperiode unter unserem Bürgermeister Ole von Beust 2004, 2008, Herr Kollege, begnügte sich der Senat mit neun Senatoren neben dem Bürgermeister. Das hat gezeigt, dass man eine Stadt wie Hamburg auch mit einem schlanken Senat mehr oder weniger gut regieren kann.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

– Danke.

Insofern war die Politik Herrn von Beusts fast vorbildlich, wenn er nicht ungefähr 13 bis 14 Staatsräte eingestellt hätte. Es soll sogar einmal einen Bürgermeister der SPD gegeben haben, der soll sogar einmal gesagt haben, eigentlich käme ich als Bürgermeister mit ein paar Staatsräten aus. Das wäre vielleicht sogar noch vorbildlicher.

Mit dem vorliegenden Antrag fordert die AfD-Fraktion die Begrenzung des Senats auf zehn Mitglieder, einen Bürgermeister und neun Senatoren.

(Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

– Herr Tjarks, ich bin offen für Ihre Anmerkungen.

Nicht nur deshalb, weil wir sparen wollen und weil dieses Festschreiben grundsätzlich auch möglich ist, sondern auch deshalb, weil zu befürchten steht, dass das verschobene Kräfteverhältnis zwischen SPD und GRÜNEN bei den vergangenen Bürgerschaftswahlen zugunsten der GRÜNEN eine weitere massive Aufblähung des Senats nach sich ziehen wird. Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, dass so etwas sehr wahrscheinlich ist.

(Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

– Ja, Herr Tjarks, ich glaube, Sie bleiben weiter dem Parlament erhalten, in Zukunft? Ja.

Um Senatorenposten zu schaffen, werden garantiert wieder sinnvoll zugeschnittene Behörden aufgeteilt, filetiert und dann zu neuen zusammengebaut werden. Das führt aber, wie die Vergangenheit deutlich gezeigt hat, immer wieder zu gewaltigen Reibungsverlusten. Nein, wir müssen das Gegenteil machen. Wir müssen vernünftige Geschäftsbereiche zu effektiv arbeitenden Behörden zusammenfassen, um Synergieeffekte zu erzielen. Und in diesem Sinne bitte ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Deniz Celik: Das Wort erhält nun Herr Buschhüter für die SPD-Fraktion.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist wieder einmal so eine typische AfD-Debatte, völlig an den Problemen der Zeit und der Bürgerinnen und Bürger vorbei. Wir werden Ihren Antrag ablehnen, das wird Sie nicht wundern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden Ihren Antrag ablehnen, und zwar aus drei Gründen.

Erstens: Hamburg ist ein Stadtstaat, der Senat hat mehr Aufgaben als herkömmliche Landesregierungen. Das spiegelt sich auch in seiner Größe wider. Das ist nichts Verwerfliches, im Gegenteil.

(Zurufe)

Zweitens: Dieser Senat ist erfolgreich. Die Wählerinnen und Wähler sind zufrieden mit den zwölf Senatorinnen und Senatoren, den zwölf Senatsmitgliedern und ihrer Arbeit. Es gibt insofern daran nichts zu ändern. Sie haben eben die Effektivität von Verwaltung angesprochen, und da spielt auch eine Rolle, dass Behörden nicht zu groß werden sollen, sondern dass sie auch handhabbar sein müssen.

Und genau das wurde, das ist mein dritter Punkt, 2011 zum Beispiel gemacht. Bei der Senatsvergrößerung damals ist eine eigene Gesundheitsbehörde herausgekommen, diese haben wir hervorgebracht, wie ich finde, eine kluge Entscheidung, von der wir heute noch zehren und die sich heute gerade in der Krise als sehr, sehr klug und vorausschauend erweist. Vielen Dank an Senatorin Prüfer-Storcks und ihre Arbeit.

(Beifall)

Das wollen wir auch nicht anders haben, insofern lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Deniz Celik: Das Wort erhält Frau Zagst für die GRÜNEN Fraktion.

Lena Zagst GRÜNE:* Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Weniger ist manchmal mehr, aber auch nicht immer. Man muss bei diesem Antrag hier die Begründung für die Forderung schon mit der Lupe suchen, aber die Grundannahme der antragstellenden Fraktion ist wohl, mehr Behörden, mehr Senatorinnen und Senatoren und mehr Staatsrätinnen und Staatsräte würden bloß Bürokratie und Mehrausgaben bedeuten, die angeblich für die Bürgerinnen und Bürger keinen Mehrwert haben. Sie wollen deren Zahlen daher reduzieren. Dieser Vorstellung widerspreche ich.

(Lena Zagst)

(Beifall)

Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine gute Regierung. Kleiner bedeutet aber nicht automatisch besser. Die Zusammensetzung der Regierung sollte sich danach richten, was inhaltlich sinnvoll ist, und danach, was das Votum der Hamburgerinnen und Hamburger bei der Bürgerschaftswahl möglichst genau abbildet. Das können und das sollten wir uns auch leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wie bereits gesagt wurde, haben die Hamburgerinnen und Hamburger mit ihren Stimmen gezeigt, dass sie mit der Arbeit des rot-grünen Senats in der bestehenden Größe sehr zufrieden waren.

Es ist außerdem der politische Kernbereich der Regierungsbildenden Parteien, dass sie über die Zusammensetzung der Regierung entscheiden. Eine Entscheidung, die in der Folge dann hier in der Bürgerschaft abgesehen wird. Wenn wir den Ersten Bürgermeister oder vielleicht irgendwann einmal auch eine Erste Bürgermeisterin wählen, dann wählen wir damit sein oder ihr Team, seinen oder ihren Senat. Und auch die Neuzuschnitte der Behörden müssen durch die Bürgerschaft und sich dann dem von den Hamburgerinnen und Hamburgern gewählten Vertreterinnen und Vertretern stellen.

Vergleichen wir außerdem einmal mit den anderen Stadtstaaten. Wir haben aktuell in Hamburg bei 1,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern 11 Fachbehörden und Senatorinnen und Senatoren und 15 Staatsrätinnen und Staatsräte. In Berlin mit über 3,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern gibt es neben dem regierenden Bürgermeister 10 Senatorinnen und Senatoren und ganze 25 Staatsrätinnen und Staatsräte. Im deutlich kleineren Bremen mit circa 550 000 Einwohnerinnen und Einwohnern gibt es neun Behörden. Fazit: Wir bewegen uns in einem absolut üblichen Rahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Festhalten möchte ich noch einmal, dass dieser Antragstext keine wirkliche Begründung der Forderung nach weniger Regierungsmitgliedern enthält. Stattdessen stellt er einfach nur fest, dass es früher einmal weniger Regierungsmitglieder gab, und führt sonst in enzyklopädischer Sachlichkeit historische Details zum hamburgischen Senat aus.

Ich muss zugeben, dass ich dabei tatsächlich noch etwas gelernt habe, lustigerweise aber genau das, was man in der Lektüre des Wikipedia-Artikels zum hamburgischen Senat lernen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und nun noch eine persönliche Bemerkung. Ich hatte einmal gedacht, dass ich meine erste Rede als Abgeordnete hier in diesem Haus vielleicht zu

einem eigenen Antrag halten würde und nicht unbedingt als Entgegnung auf einen solchen Antrag. Doch heute gibt mir das die Gelegenheit, einmal wieder deutlich zu machen, die antragstellende Fraktion macht hier im Parlament keine sinnvolle Sacharbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie versucht, den Parlamentsbetrieb zu stören und Zeit zu schinden, um den anderen Fraktionen die Arbeit zu erschweren.

(Zuruf)

Genau der Vorwurf, den der vorliegende Antrag suggeriert, dass keine sachorientierte Politik im Sinne der Bevölkerung gemacht wird, ist damit an die antragstellende Fraktion zurückzuspielen,

(Beifall)

und das in dieser krisenhaften Zeit, in der wir uns befinden. Wir bekämpfen gerade gemeinsam weitgehend über Parteigrenzen hinweg eine Pandemie und stellen uns der Verantwortung als Abgeordnete, wie es die Hamburgerinnen und Hamburger verdienen. Genau deswegen freue ich mich, hier zu sprechen und zu diesem Antrag auch meine erste Rede zu halten. Ich freue mich, dass ich hier heute deutlich machen kann, wofür meine Fraktion und ich stehen: für seriöse Sachpolitik, für die Hamburgerinnen und Hamburger, für einen verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Mandaten und natürlich immer auch für Antifaschismus. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Deniz Celik: Das Wort erhält Herr Trepoll für die CDU-Fraktion.

André Trepoll CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch in der Politik muss man sich ab und zu einmal in die Lage des anderen versetzen; ich will das gern tun. Aus meiner Sicht läuft es für die AfD nicht gut. In allen Umfragen geht es steil bergab, das Feindbild ist Ihnen abhandengekommen, Merkel, die Bundesregierung, die gesamte politische Mitte sind im Aufschwung, weil jetzt konkrete Problemlösungen und nicht nur Ihre spaltende Polemik im Mittelpunkt stehen.

(Beifall)

Man kann bei diesem AfD-Antrag förmlich spüren, wie Sie zusammengehockt und verzweifelt Themen gesucht haben, mit denen Sie Ihre destruktive Politik doch wieder anbringen können.

Die Hamburg-Wahl ist gerade erst wenige Wochen her, die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und GRÜNEN gehen gerade erst los; die Gründe dafür sind uns allen bekannt. Glauben Sie wirklich, dass das Thema Begrenzung der Senats- und Staatsräteposten derzeit Hamburgs größtes Pro-

(André Trepoll)

blem ist? In Umfragen sieht es aktuell eher so aus, als wolle der Wähler die AfD stärker begrenzen. Und das ist kein Wunder, Herr Nockemann.

(Beifall)

Das ist kein Wunder, wenn man nur auf Themen mit einfachen Antworten setzt, wie auch hier. Wir tragen alle gemeinsam Verantwortung. Dazu gehört auch, dass die Koalitionsverhandlungen jetzt beginnen, damit Hamburg endlich weiß, wohin die Reise mit Rot-Grün geht. Rot-Grün hat, sofern es zu einer Fortsetzung der Koalition kommen sollte, eine große Mehrheit hier im Parlament und natürlich auch einen riesigen Behördenapparat hinter sich. Dass die stärkste und die zweitstärkste Kraft in einem Parlament miteinander regieren, ist die absolute Ausnahme in unserem System. Es hätte andere Optionen gegeben; dazu waren Sie nicht bereit. Das macht die Kontrolle der Opposition nicht gerade einfacher. David gegen Goliath gilt in dieser Wahlperiode noch mehr als schon in der letzten. Ich weiß, wovon ich rede. Herr Kienscherf, Sie haben es heute in der Debatte zur Regierungserklärung auch erwähnt und über die Oppositionsarbeit in der letzten Legislatur geschimpft. Dazu will ich einmal deutliche Worte an Ihre Adresse richten: Danke, danke für dieses große Lob. Ich glaube, das zeigt sehr deutlich, dass wir keine Konkordanzdemokratie, sondern unterschiedliche politische Positionen brauchen, die sich zwischen regierungstragenden Fraktionen und Oppositionen widerspiegeln. Dabei sollte es aus meiner Sicht auch bleiben.

(Beifall)

Und wenn Sie darüber unzufrieden waren, dann zeigt das doch, dass wir alles richtig gemacht haben. Ich finde durchaus, dass der Senat nicht weiter anwachsen soll; er sollte kleiner werden. Hamburg hat eine der größten Landesregierungen Deutschlands, 26 oder 27 Senatoren und Staatsräte – man kommt immer durcheinander mit dem Zählen –; schauen Sie mal, das ist fast genau doppelt so viel, wie die größte Oppositionspartei hier im Parlament Abgeordnete stellt. Das sollte Sie schon zum Nachdenken bringen. Es geht auch anders. Schauen wir einmal nach Schleswig-Holstein: drei Parteien in der Regierung, sieben Minister, mehr Einwohner, größeres Land. Also ich finde, das kann man sich auch einmal zum Vorbild nehmen.

(Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

– Ja, so unerfolgreich sind sie gar nicht, und Sie sind dort an der Regierung auch beteiligt, Herr Tjarks. Deshalb haben Sie die Chance – auch die Sozialsenatorin, die noch ein wichtiges Ehrenamt als SPD-Landesvorsitzende hat –, in den Koalitionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass man den Senat wieder etwas reduziert, dass man sorgsam mit Ressourcen umgeht. Das ist durchaus unser

Appell. Aber dazu sagt der AfD-Antrag gar nichts. Er versucht lediglich wieder das Gefühl zu bedienen, dass sich die Politik selbst bedient. Einem solchen Ansinnen schließen wir uns als CDU-Fraktion ausdrücklich nicht an.

Lassen Sie mich am Ende noch eine Bemerkung machen, die auch ein bisschen die Scheinheiligkeit der AfD offenbart. Wir haben bei der letzten Bürgerschaftssitzung – es waren nicht alle dabei, weil wir aktuell rotieren, aber vielleicht haben Sie es doch verfolgt – darüber gesprochen, wie wir bei uns anfangen können, wie wir bei uns etwas verschlanken können, wie wir einsparen können. Wir haben das Bürgerschaftspräsidium von sechs auf vier stellvertretende Bürgerschaftspräsidenten reduziert.

(Heiterkeit)

Die einzige Partei, die nicht zugestimmt hat, war die AfD.

(Beifall und Heiterkeit)

Sollten Sie in Ihrem zweiten Beitrag gleich dazu in der Lage sein, diesen Fehler einzugestehen, könnten wir sogar darüber sprechen, dass wir den Antrag an den Ausschuss überweisen. Aber vorher macht das aus meiner Sicht keinen Sinn. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Deniz Celik: Herr Walczak erhält das Wort für die AfD-Fraktion.

Krzysztof Walczak AfD:* Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe zum Glück noch fünf Minuten, sodass ich auf all die wirklich bemerkenswerten Äußerungen, die in dieser Debatte gefallen sind, durchaus am Anfang eingehen kann. Ich glaube, Herr Buschhüter hat damit angefangen, dass er meinte, es sei ein Argument, dass der Senat in Hamburg so groß ist, wie er ist, weil er erfolgreich arbeitet. Wenn man diese Logik zugrunde legt – und ich gehe davon aus, dass die SPD ihrem eigenen Senat eine sehr gute Arbeit bescheinigt –, müsste der Senat nicht aus 12, nicht aus 15, nicht aus 20, ja, warum denn nicht aus 30, 40, 60, 70 Senatoren bestehen, wenn der Erfolg der politischen Arbeit ein Kriterium für die Größe des Senats sein soll.

Dann haben wir von den GRÜNEN gehört, dass es ein Akt des Antifaschismus sei, sich gegen diesen Vorschlag zu wenden. Man muss sich nun einmal wirklich die Frage stellen: Ist es tatsächlich ein Akt des Faschismus, dass wir sagen, der Senat möge auf die Zahl 10 begrenzt werden? Was ist an der Zahl 10 so faschistisch, dass man dies als einen unsachlichen Antrag abtun muss? Also das ist von der Logik her nun wirklich nicht zielgreifend.

(Krzysztof Walczak)

Und dann, Herr Trepoll: Ich versuche mich natürlich auch immer in die CDU hineinzusetzen. Sie haben mit Ihrem Wahlergebnis auch nicht sehr glänzend abgeschnitten, dennoch stellen wir im Gegensatz zu Ihrer Fraktion eine Reihe von Anträgen. Wir bringen unsere Vorschläge ein. Wir haben nach der Linkspartei hier die meisten Anträge gestellt. Vielleicht würde die CDU sich auch einmal überlegen, hier an der parlamentarischen Arbeit mitzuwirken.

(Beifall)

Und nun möchte ich zu den eigentlichen Sachargumenten kommen, denn die Größe des Senats zu reduzieren und zu beschränken ist für die Regierungsparteien naturgemäß eine unattraktive Forderung; das ist klar. Es gibt weniger Posten, weniger Geld, weniger Dienstwagen, die an Parteifreunde ausgeliehen werden können, zu verteilen. Eine Republik, die diese Bezeichnung verdient, braucht aber Frauen und Männer, die bereit sind, persönliche Interessen hintanzustellen. George Washington, der erste Präsident der Vereinigten Staaten, erklärte das buchstäbliche Desinteresse des Politikers bei Fragen, die ihn selbst betreffen, zum Kern des republikanischen Ethos. Wer sich hier also hinstellt und sagt, eine Verkleinerung des Senats sei aus vorgeblich sachlichen Gründen nicht möglich, dem kann ich nicht glauben. Der Schweizerische Bundesrat besteht aus sieben Mitgliedern und regiert ein Land von achteinhalb Millionen. Es gibt wissenschaftliche Studien zu der Frage, wie groß eine optimale Regierung ist, beispielsweise den Aufsatz "To how many politicians should government be left" von Klimek, Hanel und Thurner. Die Wissenschaftler der Universität Wien untersuchen und belegen, dass Wohlstand und Entwicklungsgrad eines Staates antiproportional mit der Größe von Kabinetten korrelieren.

(Beifall)

Deswegen kommt die Schweiz mit sieben und die demokratische Republik Kongo nur mit 40 Kabinettsmitgliedern aus. Insofern sehe ich der sich abzeichnenden Vergrößerung des Senats mit großer Freude entgegen. Und deshalb, werte Kollegen von SPD und GRÜNEN, appelliere ich an Sie: Machen Sie sich frei von Ihren eigenen persönlichen Interessen, zeigen Sie politisches Desinteresse, wenn es um Ihre eigenen Posten geht. Die Bürger werden es Ihnen danken und den Eindruck haben, dass integre Politiker unsere Stadt regieren. Wenn Sie den Senat hingegen weiter aufblähen, dürfen Sie sich nicht wundern, dass dies von den Bürgern zu Recht als Einfallstor für Klüngelei und Korruption gesehen wird. Das verdient unsere stolze Republik nicht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Deniz Celik: Das Wort erhält Herr Nockemann für die AfD-Fraktion.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Dirk Nockemann AfD:* Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in Zeiten von Corona gibt es Arbeitnehmer, die an ihrem regulären Arbeitsplatz erscheinen müssen. Diese sollten möglichst infektionsfrei an den Arbeitsplatz kommen und dazu nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren müssen. Wir haben vorhin vernommen, dass die öffentlichen Verkehrsmittel wieder ...

(Zuruf)

– Das hat nichts mit Staatsräten zu tun; es geht um den nächsten Tagesordnungspunkt.

(Zuruf)

– Nein, es geht um den nächsten Tagesordnungspunkt.

(Zuruf: Nein! – Zuruf: 17!)

– Gut. Dann kommt 16 hinterher. Dann machen wir ... Sorry, das war jetzt ...

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Es geht um Punkt 17 der Tagesordnung, Ihren Antrag zur Größe des Senats.

Dirk Nockemann AfD (fortfahrend):* Ich würde auch gern noch etwas zu dem anderen Tagesordnungspunkt sagen.

(Zurufe)

Herr Trepoll, Sie haben hier aus einer Position der Stärke heraus argumentiert.

(Zurufe)

Mit Ihren wunderbaren 11,5 Prozent haben Sie immerhin 5 Prozent verloren; wir haben nur 1 Prozent verloren. Es ist wirklich ein absolutes Kunststück von Ihnen, dass Sie selbst sagen, jawohl, inhaltlich sei der Antrag der AfD richtig, mit neun Senatoren komme man aus, aber gleichwohl stimmten Sie nicht zu. Um so viele Ecken kann doch wirklich niemand denken, Herr Trepoll.

(Zurufe)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, dann sind wir am Ende der Redeliste zu Punkt 17, Drucksache 22/66, Antrag der AfD-Fraktion.

Ich frage Sie zunächst, wer die Drucksache an den Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung überweisen möchte. – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache, und mir liegt das Begehren der AfD-Fraktion vor, hier

(Präsidentin Carola Veit)

namentlich abzustimmen. Das werden wir also jetzt tun. Unsere beiden Schriftführerinnen werden Ihnen abwechselnd die Namen der Anwesenden beziehungsweise auch die Entschuldigungen vortragen, und Sie antworten bitte laut und vernehmlich mit Ja, Nein oder Enthaltung.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)***

Vielen Dank, liebe Schriftführerinnen.

Dann ist der Antrag bei 52 Nein-Stimmen und 4 Ja-Stimmen abgelehnt.

Wir kommen jetzt, Herr Nockemann, weiter in unserer Tagesordnung, und zwar kommen wir zu Punkt 7, das sind die Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 22/45 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 22/46 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 22/47 –]**

Ich starte mit dem Bericht 45 und frage Sie, wer sich der Empfehlung anschließen möchte, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 107/20 und zur Eingabe 160/20 abgegeben hat. – Wer stimmt nicht zu? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist es bei einer Gegenstimme so beschlossen worden.

Wer folgt dann der Empfehlung zur Eingabe 70/20? – Wer nicht? – Auch hier die Enthaltungen? – Das ist dann bei einigen Enthaltungen ebenfalls einstimmig gewesen.

Und wer schließt sich der Empfehlung zur Eingabe 104/20 an? – Auch hier die Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Auch das war bei wenigen Enthaltungen einstimmig.

Ich darf Sie fragen, wer den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben folgen möchte? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das haben wir dann einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Bericht 46, zunächst Ziffer 1.

Wer möchte hier der Empfehlung zur Eingabe 75/20 folgen? – Wer nicht? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen worden.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den Eingaben 1479 aus 2019 und 46, wieder aus 2020, an? – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so beschlossen worden.

*** Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei.

Wer möchte den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben folgen? – Gibt es hier Gegenstimmen? – Oder Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall, dann haben wir das einstimmig so beschlossen und von den Ziffern 2 bis 5 Kenntnis genommen.

Bericht 47, auch hier zunächst Ziffer 1. Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte ihnen folgen? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Das war dann einstimmig, und ich stelle fest, dass wir von den Ziffern 2 bis 4 Kenntnis genommen haben.

Die

Sammelübersicht****

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass wir die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen haben, und frage Sie, wer den Überweisungsbegehren unter B zustimmt. – Gibt es Gegenstimmen? – Oder Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so überwiesen.

Punkt 9, Senatsantrag, Drucksache 22/9: Gesetz über den Beitritt der Freien und Hansestadt Hamburg zum Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern.

**[Senatsantrag:
Gesetz über den Beitritt der Freien und Hansestadt Hamburg zum Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern
– Drs 22/9 –]**

Wer möchte dem Senatsantrag aus Drucksache 22/9 folgen und das soeben genannte Gesetz beschließen? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei einigen Gegenstimmen in erster Lesung so beschlossen worden.

Wir benötigen eine zweite Lesung.

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Der Senat ist einverstanden, dass wir die zweite Lesung sofort durchführen.

Ich sehe keinen Widerspruch aus dem Hause und frage Sie deshalb, wer das Gesetz auch in zweiter Lesung so beschließen möchte. – Noch einmal die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Dann haben wir das auch in zweiter Lesung mit einigen Gegenstimmen und somit endgültig beschlossen.

**** Sammelübersicht siehe Seite 137.

(Präsidentin Carola Veit)

Punkt 14, Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 22/15: Änderungsantrag zur Geschäftsordnung: Gleichheit aller Fraktionen bei der Aktuellen Stunde sicherstellen.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Änderungsantrag zur Geschäftsordnung:
Gleichheit aller Fraktionen bei der Aktuellen
Stunde sicherstellen
– Drs 22/15 –]**

Die antragstellende Fraktion möchte den Antrag im Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung beraten.

Wer ist mit der Überweisung einverstanden? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat das Überweisungsbegehren keine Mehrheit gefunden.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der AfD-Fraktion gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. – Herr Ehlebracht, Sie bekommen es für maximal drei Minuten.

Detlef Ehlebracht AfD:* Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Etwas perfekt zu gestalten, so wie in der Technik oder im Ingenieurwesen, wo man mit Schieblehre und mit Mathematik genaue Maße und Normen einhalten kann, ist sicherlich noch ein bisschen einfacher als in nicht technischen Bereichen. Der vorliegende Antrag bezieht sich auf die Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft, also einen solchen nicht technischen Bereich. Daher erhebt der vorliegende Antrag auch nicht den Anspruch, etwas perfekt machen zu wollen. Aber was der Antrag erreichen möchte, ist, dass die Geschäftsordnung ein bisschen ausgewogener und ein Stückchen gerechter gestaltet wird, insbesondere für die Fraktionen der Opposition, also für die Minderheiten, ohne diesen dabei überproportionales Gewicht zukommen zu lassen.

Dass wohl eine grundsätzliche Bereitschaft der Bürgerschaft besteht, sich hier optimieren zu wollen, zeigt auch das Schreiben der Präsidentin vom 22. Februar 2020 an die Fraktionen mit einer anliegenden Empfehlung an diese bezüglich kleinerer Änderungen an der GO. Dort wird der überproportionale Redeanteil von fraktionslosen Abgeordneten in der Aktuellen Stunde aufgezeigt und gleichzeitig ein Formulierungsvorschlag als Empfehlung ausgesprochen, um dieses Ungleichgewicht zu korrigieren. Diese Empfehlung wurde hier unmittelbar in der ersten Bürgerschaftssitzung am 1. April 2020 mit dem Antrag 22/50 aufgegriffen, und die Annahme wurde vollzogen – exakt das, was wir mit diesem Antrag hier im Grunde genommen auch in der Sache beabsichtigen wollen.

In der vergangenen Legislaturperiode wurde bei zahlreichen Bürgerschaftssitzungen während der

Aktuellen Stunde das zweite Beratungsthema aufgerufen. Da die Aktuelle Stunde aber ein zeitliches Limit hat, was seine Berechtigung hat, kam es häufiger vor, dass die Zeit abgelaufen war, bevor jede Fraktion – und es waren mehrere Fraktionen, die davon betroffen waren – sich dazu äußern konnte. In der Sprache der Maus ausgedrückt würde das bedeuten, dass es ein Thema gab, zu dem die großen Fraktionen sprechen konnten und die kleinen nicht. Das ist ungerecht. Einige Urdemokraten hier könnten sich jetzt natürlich denken: Nö, finde ich nicht ungerecht, ist doch super, wenn ich mich darstellen kann und andere nicht, insbesondere wenn sie vielleicht eine andere Position vertreten. Sie haben deswegen jetzt die einmalige Chance, sich von diesem Gedankengut zu distanzieren, wenn Sie diesem vorliegenden Antrag zustimmen. Er bietet Ihnen, den Mitgliedern der Hamburgischen Bürgerschaft, die Möglichkeit zu zeigen, wie viel Hanseat in Ihnen schlummert und wie viele Demokratieriesen in Ihnen schlummern. Daher bitte ich um Zustimmung für diesen Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Ich frage Sie, wer dem Antrag ihre oder seine Zustimmung geben möchte. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Punkt 15, ebenfalls ein Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 22/18: Änderung der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft – Behandlung von Oppositionsvorlagen in den bürgerschaftlichen Ausschüssen.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Änderung der Geschäftsordnung der Hamburgischen
Bürgerschaft – Behandlung von Oppositionsvorlagen
in den bürgerschaftlichen Ausschüssen
– Drs 22/18 –]**

Auch hier gibt es einen Überweisungswunsch seitens der AfD-Fraktion, ebenfalls an den Verfassungsausschuss.

Wer folgt dem Überweisungsbegehren? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist dieses Überweisungsbegehren mit großer Mehrheit abgelehnt.

Auch hier ist mir mitgeteilt worden, dass das Wort gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung begehrt wird, und das bekommt Herr Walczak, ebenfalls für maximal drei Minuten.

Krzysztof Walczak AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die AfD-Fraktion fordert, dass einmal pro Quartal Anträge der Opposition in die Ausschüsse der Bürgerschaft überwiesen werden. Warum ist das erforderlich? Das haben die anderen Fraktionen gerade eindrucksvoll mit ihrem Verhalten demonstriert. Sie haben beim vorherigen Tagesordnungspunkt die Überweisung eines AfD-Antrags abgelehnt, der darauf abzielte, die Aktuelle Stunde zu verbessern. Handelte es sich um einen unsachlichen Antrag? Nein. Handelte es sich um einen ideologisch kontroversen Antrag? Nein. Trotzdem weigern Sie sich, unsere Vorschläge in den Ausschüssen zu diskutieren. So ein Verhalten ist für jeden Demokraten eine Bankrotterklärung. Der Demokrat muss selbstverständlich nicht einer Meinung mit der Opposition sein, aber der wahre Demokrat hört sich die Vorschläge der Opposition an und erlaubt, dass über sie gesprochen wird. Das richtige Forum in einem Arbeitsparlament, Herr Kienscherf, ist hierfür der Ausschuss. Dieses Forum entwerfen Sie, wenn Sie fast ausschließlich nur Vorlagen der Regierung oder Ihrer eigenen Fraktion in den Ausschüssen behandeln lassen. Alle Abgeordneten sollten sich fragen: Sind wir hier nur ein Protokollparlament, in dem Anträge der Opposition zwar eine Drucksachenummer bekommen, dann aber gleich wieder im Papierkorb landen? In der Demokratie gibt es nicht die blanke und schrankenlose Macht der Mehrheit. Die Befugnis der Mehrheit, Entscheidungen zu treffen, wird dadurch beschränkt, dass auf dem Weg zur Entscheidung die Opposition Einwirkungsmöglichkeiten hat. Doch diese Einwirkungsmöglichkeiten schmälern Sie immer und immer weiter, ob Sie nun missliebige Parteien von der Position des Vizepräsidenten ausschließen, ob Sie in einem politischen Gewaltakt Einzelfallgesetze erlassen, um namentliche Abstimmungen zu verhindern, oder ob Sie sich weigern, selbst die simpelsten und sinnvollsten Ideen in den Ausschüssen diskutieren zu lassen. Dieser Antrag ist für Sie die erneute Chance, eine Abfahrt Richtung Demokratie zu nehmen, statt mit Vollgas weiter in Richtung Erziehungs- und Gesinnungsdiktatur zu fahren. Nehmen Sie diese Abfahrt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Uns liegt eine weitere Wortmeldung gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung vor, und Herr Dr. Wolf bekommt gleich das Wort, ebenfalls für die AfD-Fraktion und für ebenfalls maximal drei Minuten. – Herr Dr. Wolf, Sie haben das Wort.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Die Hamburgische Bürgerschaft hat in puncto Minderheitenrechte Nachholbedarf. Das ist nicht nur unsere Ansicht,

darüber herrscht unter den Oppositionsfraktionen und teils sogar unter den Senatparteien Konsens, auch wenn die Motive unterschiedlich sind. Für Vertreter der CDU und der LINKEN kam das Thema durchaus aufs Tableau, als man am Wahlabend registrierte, dass man auf die Stimmen der AfD angewiesen sein würde, wenn man zukünftig einen Untersuchungsausschuss oder ein Aktenvorlageersuchen durchsetzen wollte.

Leider, wieder sehr entlarvend: Den Schutz der Minderheitenrechte sieht man vor allem deshalb bedroht, weil man die AfD nicht wie gewollt ausgrenzen kann, wenn man einmal Minderheitenrechte in Anspruch zu nehmen gedenkt. Das ist allerdings blanke Heuchelei. Dennoch hoffen wir, dass die geplanten Erörterungen und Verhandlungen zum Thema Parlamentsreform und Minderheitenrechte doch auch an der Stelle substanzielle Fortschritte erzielen können und erzielen.

Unser Antrag zielt darauf ab, das sagte mein Kollege Walczak schon, den Oppositionsfraktionen einmal im Quartal das Recht einzuräumen, eine Vorlage für besonders wichtig zu erklären, und hiermit eine Überweisung an den Fachausschuss zu erwirken.

In der Vergangenheit wurde die Überweisung von Anträgen der Opposition an die Ausschüsse sehr häufig blockiert, und das besonders oft bei uns. Um Ihnen mit einer konkreten Zahl behilflich zu sein: In der letzten Legislaturperiode wurden zwei unserer Anträge mit Mehrheit an den Ausschuss überwiesen. Das heißt, nicht einer pro Jahr, das heißt, einer alle zweieinhalb Jahre. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall)

Das ist ein Unding, und das bedarf einer rechtlichen Korrektur,

(Zurufe)

wie sie auch in anderen Parlamenten üblich ist. Schauen Sie zum Beispiel nach Niedersachsen, wo Gesetzentwürfe mit einer Mindestzahl von Abgeordneten dann zwingend an den Ausschuss zu überweisen sind. Da ist das Parlament, da ist die Bürgerschaft gefordert, sich einen entsprechenden rechtlichen Rahmen zu geben, um die Minderheitenrechte zu schützen, andernfalls drohen Rechtsverstöße. Ich erinnere an der Stelle auch noch einmal daran, dass wir gerade aus diesem Grund nach wie vor eine Klage vor dem Hamburgischen Verwaltungsgericht laufen haben gegen die Bürgerschaft wegen der laufenden Nichtbesetzung der Opposition in der Härtefallkommission durch die Wahlen dieses Hauses.

Im Übrigen dürfte das auch durchaus in Ihrem Interesse liegen, denn Sie mahnen doch immer wieder an und fordern sich selbst auf, sich mit den Ar-

(Dr. Alexander Wolf)

gumenten der AfD inhaltlich auseinanderzusetzen und die AfD zu stellen.

Haben Sie den Mut, springen Sie über Ihren Schatten und stimmen Sie hier unserem demokratischen Antrag zu, zu dem wir im Übrigen, weil wir die Minderheitenrechte als sehr wichtig ansehen, namentliche Abstimmung beantragen.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann können wir zur Abstimmung in der Sache kommen. Sie haben es gehört, beantragt ist die namentliche Abstimmung.

Ich bitte also wiederum unsere beiden Schriftführerinnen, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.) *****

Vielen Dank.

Dann ist auch dieser Antrag bei 4 Ja-Stimmen und 52 Nein-Stimmen so abgelehnt worden.

Wir kommen zu Punkt 16 unserer Tagesordnung, ebenfalls ein Antrag der AfD-Fraktion: In Zeiten von Corona auf Knöllchen verzichten.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
In Zeiten von Corona auf Knöllchen verzichten
– Drs 22/65 –]**

Auch hier wird seitens der AfD-Fraktion das Wort gewünscht gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung. Herr Nockemann bekommt es für die Zeit von maximal drei Minuten.

(Zurufe)

Dirk Nockemann AfD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in Zeiten von Corona gibt es Arbeitnehmer, die an ihrem regulären Arbeitsplatz erscheinen müssen.

(Zurufe)

Diese sollten einen möglichst infektionssicheren Arbeitsweg ...

(Zurufe)

– Es ist doch erstaunlich, wie berechenbar Ihre Reaktionen sind. Immer, wenn ich rede, kommt dann gleich das Lachen und die große Unruhe.

Diese sollten einen möglichst infektionssicheren Arbeitsweg haben und nach Möglichkeit nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit gelangen müssen. Das trifft auch auf Menschen zu, die anderen in dieser Krise helfen, die andere unterstützen. Die Anreise mit dem privaten Pkw wird aller-

dings durch eine Reihe von Parkverboten durch Anwohnerparkzonen beziehungsweise durch zeitliche Begrenzungen verhindert. Ein arbeitszeitumfassendes, arbeitsplatznahes oder hilfeleistungsnahes Parken ist halt nicht mehr möglich. Außerdem können Sie, wenn Sie berufstätig sind, wirklich nicht alle zwei Stunden nachwerfen; das ist inakzeptabel. Und außerdem ist es infektiös, die Tasten an dieser Parkuhr zu bedienen. Sie müssten sich auch einmal Sachargumenten zuwenden.

In ganz Europa verzichten einzelne Kommunen angesichts der Corona-Krise mittlerweile auf derartige Parkgebühren. Manche erklären die Kurzzeit-Parkzonen als aufgehoben, andere verzichten darauf, Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen. Das ist im Sinne des Paragrafen 47 des Ordnungswidrigkeitengesetzes durchaus möglich. Es sei denn, es ist kein rechtsfreier Raum, es sei denn, jemand parkt behindernd oder verkehrsgefährdend.

Düsseldorf macht das so, Wien macht das so, Klagenfurt macht das so, um die Infektionsgefahr nachhaltig zu verringern. Besonders gut gefallen hat mir die Begründung einer Stadt, die geschrieben hat, dies sei ein symbolischer Akt, gemeinsam mit allen gegen die Corona-Krise. Es ist eine Botschaft, dass wir alle gemeinsam in eine bestimmte Richtung fahren.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer Stadt wie Hamburg, in der links-grüne Autohasser mit im Parlament sitzen, ist das unmöglich, aber andere Städte machen es. Es würde mich einmal interessieren, wie Sie denn die Haltung dieser anderen Städte qualifizieren. Das hat doch mit AfD nichts zu tun. Darauf bin ich mal sehr gespannt.

Außerdem wird dort begründet, man könne das Personal für wichtigere Dinge einsetzen. In der Tat, das ist richtig, gerade jetzt gibt es eine Reihe von Tätigkeiten in den Verwaltungen dieser Stadt, für die man durchaus auch unterstützendes Personal benötigt, und das könnten die Damen und Herren aus diesem Bereich Verkehrsüberwachung sein.

Das Gebot der Stunde in der Corona-Krise lautet, die Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs zu erhöhen. Für die Gesundheit der Hamburger Bürger müssen eben alle Register gezogen werden, um das Infektionsrisiko zu minimieren. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir zur Abstimmung in der Sache kommen.

Wer möchte dem AfD-Antrag aus Drucksache 22/65 folgen? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mit größerer Mehrheit abgelehnt worden.

***** Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 3 bei.

(Präsidentin Carola Veit)

Wir kommen zu Punkt 19, ebenfalls ein Antrag der AfD-Fraktion: Entschlossen, schnell und solidarisch – 37-Punkte-Plan der AfD-Bürgerschaftsfraktion zur Bewältigung der Corona-Krise in Hamburg!

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Entschlossen, schnell und solidarisch – 37-Punkte-Plan der AfD-Bürgerschaftsfraktion zur Bewältigung der Corona-Krise in Hamburg!
– Drs 22/75 (Neufassung) –]**

Hier liegt uns ein Überweisungsantrag an den Sonderausschuss "Bewältigung der Corona-Krise" vor.

Wer möchte den Antrag überweisen? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann hat das Überweisungsbegehren keine Mehrheit gefunden.

Ich frage Sie, wer dem Antrag in der Sache seine Zustimmung geben möchte. – Auch hier die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Dann hat der Antrag auch in der Sache keine Mehrheit gefunden.

Punkt 20, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Online-Anträge auf Corona-Soforthilfen müssen für alle verständlich sein.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Online-Anträge auf Corona-Soforthilfen müssen für alle verständlich sein
– Drs 22/76 –]**

Diese Drucksache möchten SPD und GRÜNE an den neuen Sonderausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit so überwiesen worden.

Punkt 21, ebenfalls ein Antrag der Fraktion DIE LINKE: Corona schnell Einhalt gebieten – sofortige Maßnahmen umsetzen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Corona schnell Einhalt gebieten – sofortige Maßnahmen umsetzen
– Drs 22/77 –]**

Vonseiten der SPD und der GRÜNEN liegt auch hier ein Überweisungsantrag an den neuen Sonderausschuss vor.

Wer möchte überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war dann einstimmig.

Punkt 23, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Versammlungen und Infektionsschutz sind vereinbar – Versammlungsfreiheit muss auch in Krisen gewährleistet werden!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Versammlungen und Infektionsschutz sind vereinbar – Versammlungsfreiheit muss auch in Krisen gewährleistet werden!
– Drs 22/79 –]**

Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN möchten auch hier eine Überweisung an den Sonderausschuss.

Wer ist dabei? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag entsprechend überwiesen worden.

Punkt 25, ebenfalls ein Antrag der Fraktion DIE LINKE: Obdachlose Menschen schützen: Unterbringung in Hotels sicherstellen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Obdachlose Menschen schützen: Unterbringung in Hotels sicherstellen
– Drs 22/81 –]**

Auch hier gibt es den Überweisungswunsch von SPD und GRÜNEN an den Sonderausschuss.

Wer möchte überweisen? – Wer ist gegen das Überweisungsbegehren? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit so überwiesen worden.

Punkt 26, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Schülerinnen und Schüler ernst nehmen: Prüfungen aussetzen – Wahlfreiheit einführen!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Schüler/-innen ernst nehmen: Prüfungen aussetzen – Wahlfreiheit einführen!
– Drs 22/82 –]**

Wer schließt sich dem Antrag an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat dieser Antrag ebenfalls keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Punkt 27, auch dies ein Antrag der Fraktion DIE LINKE: Geflüchtete in der Corona-Krise besser schützen!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Geflüchtete in der Corona-Krise besser schützen!
– Drs 22/83 –]**

(Präsidentin Carola Veit)

Auch hier gibt es seitens der SPD und der GRÜNEN den Wunsch, die Drucksache an den Sonderausschuss zu überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das bei wenigen Gegenstimmen so überwiesen worden.

Wir kommen zu Punkt 28. Auch dies ein Antrag der Fraktion DIE LINKE: Folgen der Corona-Pandemie für Studierende und Beschäftigte an den Hochschulen solidarisch bewältigen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Folgen der Corona-Pandemie für Studierende
und Beschäftigte an den Hochschulen solidaris-
ch bewältigen
– Drs 22/84 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Wissenschaftsstandort Hamburg: In der CO-
VID-19-Krise solidarisch und innovativ**

– Drs 22/112 –]

Hierzu gibt es einen Zusatzantrag von SPD und GRÜNEN, aber wir stimmen erst einmal über den LINKEN-Antrag ab.

Wer möchte ihm zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Zusatzantrag. Hier möchte die CDU-Fraktion Ziffer 1 separat abstimmen lassen.

Ich frage Sie also, wer Ziffer 1 annehmen möchte. – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist Ziffer 1 mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte auch den übrigen Ziffern des Antrags folgen? – Noch einmal die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Das ist dann bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung. Schönen Feierabend, vielen Dank.

Ende: 18.14 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Kazim Abaci, Maryam Blumenthal, Sina Aylin Demirhan, Gabi Dobusch, Olaf Duge, Dr. Carola Ensslen, Dr. Anke Frieling, Gerrit Fuß, Anna Gallina, Eckard Graage, Norbert Hackbusch, Astrid Hennies, Britta Herrmann, Danial Ilkhanipour, Sabine Jansen, Linus Jünemann, Sandro Kappe, Lisa Kern, Uwe Lohmann, Dominik Lorenzen, Claudia Loss, Gulfam Malik, Dorothee Martin, Alexander Mohrenberg, Christa Möller-Metzger, Ivy May Müller, Sami Musa, Ralf Neubauer, Ralf Niedmers, Andrea Nunne, Baris Önes, Cansu Özdemir, Milan Pein, Arne Platzbecker, Lars Pochnicht, Dr. Miriam Putz, Dr. Gudrun Schitteck, Hansjörg Schmidt, Sören Schumacher, Richard Seelmaecker, Ulrike Sparr, Olaf Steinbiß, Dr. Tim Stoberock, Birgit Stöver, Heike Sudmann, Urs Tabbert, Insa Tietjen, Dr. Sven Tode, Yusuf Uzundag, Dr. Isabella Vértes-Schütter, Michael Weinreich, Dagmar Wiedemann und Mehmet Yildiz

Hinweis: Im Rahmen der durch die Corona-Pandemie erforderlichen Schutzmaßnahmen fand die Plenarsitzung im Großen Festsaal des Rathauses mit einer reduzierten Anzahl Abgeordneter statt.

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 2

Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes
Drucksache 22/30

Nicht gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der AfD-Fraktion:					
Dr. Alexander Wolf	67	8	56	3	0

Zu Tagesordnungspunkt 3

Wahl von fünf ordentlichen Mitgliedern und zehn stellvertretenden Mitgliedern für die Härtefallkommission
Drucksache 22/31

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Mitglied					
Ekkehard Wysocki	67	60	3	4	0
Vorschlag der GRÜNEN Fraktion:					
a) Mitglied					
Mareike Engels	67	59	4	4	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Filiz Demirel	67	56	4	2	5
Michael Gwosdz	67	53	5	3	6
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
a) Mitglied					
André Trepoll	67	60	1	6	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Dennis Gladiator	67	51	4	7	5
Andreas Grutzeck	67	50	3	8	6
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
a) Mitglied					
Dr. Carola Ensslen	67	52	14	1	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Olga Fritzsche	67	48	11	3	5
Metin Kaya	67	47	10	4	6

Nicht gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der AfD-Fraktion:					
a) Mitglied					
Olga Petersen	67	9	56	2	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Thomas Reich	67	9	49	4	5
Krzysztof Walczak	67	5	54	3	5

Anlage 2

(siehe Seite 125)

Namentliche Abstimmung**über den Antrag der AfD-Fraktion:****Größe des Senats sowie die Anzahl der mit ihm assoziierten Syndici (Staatsräte) beschränken****Drucksache 22/66 (Neufassung)**

Name	Abstimmungsergebnis
Ksenija Bekeris	Nein
Cem Berk	Nein
Martin Bill	Nein
Miriam Block	Nein
Sabine Boeddinghaus	Nein
Eva-Maria Botzenhart	Nein
Ole Thorben Buschhüter	Nein
Deniz Celik	Nein
Matthias Czech	Nein
Filiz Demirel	Nein
Rosa Domm	Nein
Detlef Ehlebracht	Ja
Mareike Engels	Nein
Alske Freter	Nein
Olga Fritzsche	Nein
Stephan Gamm	Nein
Dennis Gladiator	Nein
René Gögge	Nein
Andreas Grutzeck	Nein
Michael Gwodz	Nein
Sina Imhof	Nein
Jennifer Jasberg	Nein
Stephan Jersch	Nein
Annkathrin Kammeyer	Nein
Metin Kaya	Nein
Dirk Kienscherf	Nein
Thilo Kleibauer	Nein
Martina Koeppen	Nein
Jan Koltze	Nein
Simon Kuchinke	Nein
Iftikhar Malik	Nein
Kirsten Martens	Nein
Vanessa Mohnke	Nein
Zohra Mojadeddi	Nein
Farid Müller	Nein
Dirk Nockemann	Ja
Dr. Christel Oldenburg	Nein
Lisa Maria Otte	Nein
Dennis Paustian-Döscher	Nein
Dr. Mathias Petersen	Nein
Anja Quast	Nein
Dr. Stephanie Rose	Nein
Marc Schemmel	Nein
Britta Schlage	Nein
Frank Schmitt	Nein
Markus Schreiber	Nein
Silke Seif	Nein
Ali Simsek	Nein
Nils Springborn	Nein
David Stoop	Nein
Philine Sturzenbecher	Nein
Dennis Thering	Nein
Sarah Timmann	Nein

Name	Abstimmungsergebnis
Juliane Timmermann	Nein
Dr. Anjes Tjarks	Nein
André Trepoll	Nein
Carola Veit	Nein
Krzysztof Walczak	Ja
Dr. Götz Wiese	Nein
Dr. Alexander Wolf	Ja
Ekkehard Wysocki	Nein
Güngör Yilmaz	Nein
Lena Zagst	Nein

Anlage 3(siehe Seite **128**)**Namentliche Abstimmung****über den Antrag der AfD-Fraktion:****Änderung der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft – Behandlung von Oppositionsvorlagen in den bürgerschaftlichen Ausschüssen****Drucksache 22/18**

Name	Abstimmungsergebnis
Julia Barth	Nein
Ksenija Bekeris	Nein
Cem Berk	Nein
Martin Bill	Nein
Miriam Block	Nein
Sabine Boeddinghaus	Nein
Eva-Maria Botzenhart	Nein
Ole Thorben Buschhüter	Nein
Deniz Celik	Nein
Matthias Czech	Nein
Filiz Demirel	Nein
Rosa Domm	Nein
Detlef Ehlebracht	Ja
Mareike Engels	Nein
Alske Freter	Nein
Olga Fritzsche	Nein
Stephan Gamm	Nein
Dennis Gladiator	Nein
René Gögge	Nein
Andreas Grutzeck	Nein
Michael Gwosdz	Nein
Sina Imhof	Nein
Regina-Elisabeth Jäck	Nein
Jennifer Jasberg	Nein
Stephan Jersch	Nein
Annkathrin Kammeyer	Nein
Metin Kaya	Nein
Dirk Kienscherf	Nein
Thilo Kleibauer	Nein
Martina Koeppen	Nein
Jan Koltze	Nein
Simon Kuchinke	Nein
Iftikhar Malik	Nein
Kirsten Martens	Nein
Vanessa Mohnke	Nein
Zohra Mojadeddi	Nein
Farid Müller	Nein
Dirk Nockemann	Ja
Dr. Christel Oldenburg	Nein
Lisa Maria Otte	Nein
Dennis Paustian-Döscher	Nein
Dr. Mathias Petersen	Nein
Anja Quast	Nein
Dr. Stephanie Rose	Nein
Marc Schemmel	Nein
Britta Schlage	Nein
Frank Schmitt	Nein
Markus Schreiber	Nein
Silke Seif	Nein
Ali Simsek	Nein
Nils Springborn	Nein
David Stoop	Nein

Name	Abstimmungsergebnis
Philine Sturzenbecher	Nein
Dennis Thering	Nein
Sarah Timmann	Nein
Juliane Timmermann	Nein
Dr. Anjes Tjarks	Nein
André Trepoll	Nein
Carola Veit	Nein
Krzysztof Walczak	Ja
Dr. Götz Wiese	Nein
Dr. Alexander Wolf	Ja
Ekkehard Wysocki	Nein
Güngör Yilmaz	Nein
Lena Zagst	Nein

Anlage 4**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**

für die Sitzung der Bürgerschaft am 22. April 2020

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
12	86	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 12. Februar 2020: "Gemeinsamer Bericht des Ausschusses für Umwelt und Energie, des Stadtentwicklungsausschusses, des Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 21/19200: Erste Fortschreibung des Hamburger Klimaplanes und Gesetz zur Änderung der Verfassung, zum Neuerlass des Hamburgischen Klimaschutzgesetzes sowie zur Anpassung weiterer Vorschriften (Senatsantrag)" – Drucksache 21/19831
13	72	Bericht des Europaausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
10	48	Feststellung des Senats über das Zustandekommen der Volksinitiative "Hamburg soll Grundeinkommen testen!"	SPD, GRÜNEN, CDU, LINKEN, AfD	Ausschuss für Verfassung, Ge- schäftsordnung und Wahlprüfung
11	71	Bericht der Kommission für Bodenordnung für das Jahr 2019	SPD, GRÜNEN, AfD	Ausschuss für Verfassung, Ge- schäftsordnung und Wahlprüfung